ÖGZ

Österreichischer Städtebund

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

2/2021

SCHWERPUNKT BÜRGERBETEILIGUNG, SDGs & MEHR

Demokratie in Zeiten der Pandemie

RÜCKBLICK

villach. live. digital



Verlagspostamt 1110 Wien • P.b.b. MZ 17Z041202 M Österreichischer Städtebund, Rathaus, 1082 Wien



Ihre LEBENSQUALITÄT ist unsere Aufgabe.

Kultur, Immobilien, Logistik und Medien:
Die Wien Holding schafft Lebensqualität für unsere Stadt. 365 Tage im Jahr zu jeder Zeit an jedem Ort. Für alle Wienerinnen und Wiener.

www.wienholding.at

mehr wien zum leben.
wienholding

Ein Unternehmen der Stadt Wien



Demokratie in Zeiten der Pandemie

Warum wir gerade jetzt an der Stärkung der Demokratie arbeiten sollten

Demokratie muss wehrhaft sein. Das beweist der „Sturm auf das Kapitol“ in Washington D.C. vom 6. Jänner, der nicht nur die USA erschüttert hat. Auch die COVID-19-Pandemie ist ein intensiver Stresstest für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Gerade in Krisenzeiten ist der Zugang zu demokratischen Errungenschaften ebenso wichtig wie das Vertrauen in das politische System.

Der SORA-Demokratiemonitor 2020 zeigt allerdings eine alarmierende Entwicklung: Die Erfahrungen mit Demokratie sind bei Menschen im ökonomisch unteren Drittel hauptsächlich von Abwertung, Zugangsdiskriminierung und dem Ausschluss von wirksamer Beteiligung geprägt. Die Stärkung der Demokratie ist jetzt unser aller Aufgabe – wir müssen demokratisches Engagement ermöglichen, Beteiligung fördern und dafür sorgen, dass in der Schule, in der Nachbarschaft, in Gemeinden und Städten positive Erfahrungen im Zusammenhang mit Demokratie gemacht werden können. Denn der Klimawandel, die Pandemie und ihre Folgen sind Herausforderungen, denen wir uns gemeinsam mit transparenten Informationen und nachvollziehbaren politischen Prozessen stellen müssen.

Thomas Weninger
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

Michael Ludwig
Präsident Österreichischer Städtebund

© Foto: Markus Wache

Lokale Demokratie – Bürgerbeteiligung

Initiative
Die Europäische Hauptstadt der Demokratie 14

Roger de Weck
Krise und Kraft der Liberalität 18

Heinz Fischer
Demokratie und SDGs 20

FNU-Bericht
Umsetzung der SDGs in Österreich 22

BACID-Projekt in Bijeljina
Agenda 2030 und Bürgerbeteiligung 24

Politik und Pandemie
Demokratie Monitor 2020 27

Aufruf
Verteidigung der Demokratie 30

Demokratie-Krise
Wenn die Demokratie nicht liefert 32

Bürgerbeteiligung
Demokratie in Zeiten der Blase 34

Kommunalpolitik
Die Dorfgemeinschaft als Innovationsschmiede 36

Ökonomie
Gender Budgeting 38

Ökonomie
Partizipatives Budget 40

Europäische Kooperation
EU-Strategie für den Donauraum 42

CEMR
Globale Politik im lokalen Kontext 45

Vereinigtes Königreich
Agentur für Kommunalanleihen 48

Schottland
Gemeinschaft versus Gemeinden 50

villach.live. digital

villach.live.digital
Beschlüsse der Geschäftsleitung 54

Die Workshops zum Nachschauen 55

Klimaschutz – Siedlungs-entwicklung – Verkehr 56

Hört auf die Jugend! 58

Konjunktur: Was kommt nach dem harten Winter? 60

Magazin

Kommunale Pionierinnen
Helga Konrad 63

Neue Reihe:
Jüdische Friedhöfe im Burgenland 64

Umwelt
KlimaKonkret 66

Gemeindefinanzbericht
Vergangenheit und Zukunft 67

Mobilität
Sharing in Österreich 70

Öffentlicher Verkehr
Ausbau, Ausbau, Ausbau 72

Recht
Airbnb-Update 74

Recht
Gemeinde-Apps 76

Recht
Volksabstimmung Ludesch 78

Recht
Kommunalsteuereinhebung 79

Aktuelles aus den Städten 6

Literatur 82

Finanzen 84

Zu guter Letzt 86

Termine 87

Impressum 87


must-haves
designer-marken immer
30–70% günstiger
Parndorf
Designer Outlet
™
McArthurGlen
designeroutletparndorf.at



Innovation in Politics Awards 2020

RemiHub – erstmals Gewinner aus Österreich

Zum vierten Mal holte der „Innovation in Politics"-Wettbewerb die Arbeit von mutigen und kreativen PolitikerInnen vor den Vorhang. Eine Jury aus 1.058 BürgerInnen wählte im Dezember aus 389 Erfolgsprojekten aus 22 Ländern 90 FinalistInnen und kürte 9 GewinnerInnen.

Österreich lag bei innovativen politischen Ideen erstmals im Spitzenfeld. So konnte das Projekt RemiHub – Inner-City Delivery Hubs in der Kategorie „Lebensqualität" erstmals die internationale Jury für ein Projekt aus Österreich überzeugen. Das Projekt RemiHub reagiert auf den rapide anwachsenden Bedarf an Paketzustellungen mit einer neuen Form der Logistik: Lieferfahrzeuge von Logistikunternehmen müssen meist weite Distanzen zurücklegen, um vom Stadtrand an ihr innerstädtisches Ziel zu gelangen. Das Projekt RemiHub nutzt gut angebundene, zentrale Flächen der Wiener Linien als Umschlagplatz, um mit klimafreundlichen Transportmitteln wie Lastenrädern oder E-Kleintransportern die Zustellung auf kurzem Weg zu übernehmen. Dadurch können das Verkehrsaufkommen, die Luftverschmutzung und die Lärmbelästigung in der Stadt stark reduziert werden.

https://innovationinpolitics.eu/en/best-practice/remihub-inner-city-delivery-hubs/

Wer stimmt wie?

Abstimmungsmonitoring

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik veröffentlicht auf ihrer Website www.oegfe.at stets das aktuelle Abstimmungsverhalten bei den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments in Brüssel und liefert spannende Hintergrundinformationen zu Budget, Initiativen und Richtlinien.



© Foto: https://innovationinpolitics.eu





in this together

Kunst im öffentlichen Raum: Installationen in St. Pölten

Anlässlich von 25 Jahre Österreich in der EU hat die Gegenwartskunst-Initiative art hoc projects zwei in verschiedenen europäischen Ländern geborene und seit vielen Jahren in Österreich lebende KünstlerInnen, Aldo Giannotti und Borjana Ventzislavova, eingeladen, ihre Fragen, Perspektiven und Hoffnungen an und für Europa mit der Öffentlichkeit zu teilen.
Sieben temporäre Interventionen, die in St. Pölten das barocke Stadtzentrum und das moderne Regierungsviertel miteinander verknüpfen, sind daraus entstanden und werden noch bis November hier zu sehen sein. Von der Leuchtschrift am Bahnhof bis zum Riesentransparent auf dem Klangturm bringen die Installationen künstlerische Abwechslung in Zeiten des Lockdowns in den öffentlichen Raum.

www.publicart.at

Antikorruptions-Lernprogramm für Bundesbedienstete

Städtebund-E-Learning-Tool vom Ministerrat beschlossen

„Die VerANTWORTung liegt bei mir – EINE FRAGE DER ETHIK“: Der Verhaltenskodex zur Korruptionsprävention im öffentlichen Dienst wurde im November im Ministerrat beschlossen.
Der Kodex soll alle Bediensteten des öffentlichen Dienstes bei der Einhaltung der Bestimmungen gegen Korruption unterstützen. Das E-Learning-Tool basiert weitgehend auf dem E-Learning des Österreichischen Städtebundes, das schon jetzt in vielen kommunalen Verwaltungen Anwendung findet.
Projektträger für das ursprüngliche Programm waren die Stadt Wien, der Österreichische Städtebund und die Städtebund-Landesgruppen Kärnten und Steiermark.
„Die guten Erfahrungen der Städte bei der Korruptionsbekämpfung und -prävention haben dazu geführt, dass dieses Tool nun auch für den gesamten öffentlichen Dienst zum Einsatz kommen soll“, freut sich Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, über diesen Schritt. „Das Programm hilft, vor allem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst zu sensibilisieren, damit sie im Zweifelsfall richtig reagieren“, sagt Weninger.
www.staedtebund.gv.at/themen/korruptionspraevention

Wir trauern um Traude Dierdorf

Die Alt-Bürgermeisterin von Wiener Neustadt verstarb am 1. Jänner.

Die engagierte SPÖ-Politikerin Traude Dierdorf wurde 1997 zur ersten Frau an die Spitze Wiener Neustadts gewählt, 2005 musste sie ihr Amt aus gesundheitlichen Gründen zurücklegen. Während ihrer Amtszeit war Traude Dierdorf Mitglied der Geschäftsleitung im Österreichischen Städtebund. Als Bürgermeisterin machte sie Wiener Neustadt zur Sozial-Hauptstadt Niederösterreichs: Zu ihren größten Errungenschaften zählen der Bau neuer Kindergärten, die Schaffung leistbaren Wohnraums und der Neubau des Landespflegeheims. Sie trieb die Modernisierung der Schulen voran, förderte Jugend- und Sportvereine, initiierte eine Lehrlingsoffensive am Magistrat, ein Langzeitarbeitslosenprojekt und den Ausbau der geschützten Werkstätte, um nur ein paar Beispiele ihres sozialen Wirkens zu nennen.



© Fotos: Michael Strasser, Magistrat Wiener Neustadt

Herzlich willkommen!

Die neuen Städtebund-Mitglieder Frastanz, Radstadt und Kottingbrunn stellen sich vor.

Frastanz
Wo Vielfalt zu Hause ist

Frastanz, das Eingangstor zum Walgau, hat rund 6.500 EinwohnerInnen und ist einwohnermäßig die größte Gemeinde im Walgau. Menschen aus 70 unterschiedlichen Ländern leben hier. Grund für diese Vielfalt ist zum einen die Stadtnähe zu Feldkirch, zum anderen die rasante wirtschaftliche Entwicklung im 20. Jahrhundert. Heute zählt Frastanz zu den wirtschaftlich bedeutendsten Gemeinden der Region.

Die Marktgemeinde verfügt mit ihren über 2.500 Haushalten über eine ausgezeichnete Infrastruktur und ein sehr ausgeprägtes soziales Netzwerk für Jung und Alt. Beispiele dafür sind die gezielte Sprachförderung, Integrationsprojekte wie „Frastanz bittet zu Tisch“, die Werkstätte der Lebenshilfe und ein umfangreiches Pflegeangebot wie Krankenpflege, Sozialzentrum, Mobiler Hilfsdienst etc. Mit der Aqua Mühle Vorarlberg beheimatet Frastanz eine soziale Einrichtung, die weit über die Gemeinde hinauswirkt. Zudem ist Frastanz österreichweit Pionier mit dem Projekt „Familienlotsinnen“. Dabei unterstützen Frauen junge Familien.

Die Betreuung und Förderung von Kindern hat in Frastanz mit Ganztagesbetreuungsstätten, Spielgruppen und zeitlich flexiblen Kindergärten große Priorität.

Naturschönheiten wie das Frastanzer Ried, das Saminatal oder die Drei Schwestern sind Naherholungsgebiete vor der Haustüre. Für Spaß im kühlen Nass stehen zwei Freibäder im Sommer zur Verfügung. Wintersportfans pilgern zur Bazora. Zu Museumsbesuchen lädt die Vorarlberger Museumswelt mit sieben Museen wie dem Landesfeuerwehr- oder dem Tabakmuseum. Über 60 eingetragene Vereine bereichern das Zusammenleben in Frastanz.

Bürgermeister Walter Gohm: „Insbesondere bei neuen Themen ist es wichtig, dass man sich ein Problem möglichst rasch aus mehreren Blickwinkeln und vor dem Hintergrund breiter Erfahrung und Expertise anschaut. Der Städtebund verfügt über die personelle und fachliche Kompetenz, um genau dies sehr rasch zu ermöglichen. Es muss nicht immer jede Gemeinde mit viel Aufwand ihr eigenes Süppchen kochen.“

Radstadt
Die alte Stadt im Gebirge

Die Gegend um Radstadt wurde bereits im 4. Jh. v. Chr. von den Kelten bewohnt. Nach der Besiedlung durch Römer und Bayern erhielt Radstadt unter Erzbischof Rudolf von Hohenegg 1289 das Stadtrecht – die einzige Stadt des Erzbistums Salzburg im Gebirge. Radstadt blickt auf eine bewegte und spannende Geschichte zurück. 1949 wurde auf Privatinitiative der 1. Sessellift im Land Salzburg erbaut und der „Königslehen“ entwickelte sich zum internationalen Schigebiet. Von der ersten urkundlichen Erwähnung eines Richters in Radstadt im Jahre 1246 bis zum 31. Dezember 2002 besaß Radstadt ein eigenes Bezirksgericht. In den Jahren 2014 bis 2020 wurden in Radstadt unter anderem eine neue Wasserversorgungs- und Aufbereitungsanlage, ein neues Schulzentrum, ein Baulandsicherungsmodell, die Begegnungszone geschaffen. Viele Wirtschaftstreibende, Hotels, Gasthäuser und Freizeitangebote befinden sich innerhalb und außerhalb der Stadtmauern. Radstadt gehört nicht zu den größten Städten Österreichs – ist aber mit einer guten Wirtschaftsstruktur, einem guten Angebot für Einheimische und Gäste vorne mit dabei. Die Stadtgemeinde ist sehr bemüht, die Geschichte rund um Radstadt zu erhalten, möchte aber auch „Schwung“ in die durchgängige Stadtmauer einziehen lassen. Mit rund 4.900 Hauptwohnsitzen gilt die alte Stadt im Gebirge als größter Ort im Ennspongau.





Walter Gohm ist Bürgermeister der Vorarlberger Marktgemeinde Frastanz.





Bürgermeister Christian Pewny aus Radstadt im Salzburger Pongau

© Fotos: Marcel A. Mayer Photographer, Frank Blau, Stadtgemeinde Radstadt, Tourismusverband Radstadt, Air-Media/Karl Strauch

Bürgermeister Christian Pewny: „Die Stadtgemeinde Radstadt kämpft, wie viele andere Gemeinden, für die Ortskernstärkung und die Innenstadtbelebung. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit weiteren Mitgliedern des Städtebundes dem Trend des „Geschäftesterbens“ entgegenzuwirken. Grundlegend freuen wir uns auf einen regen Erfahrungsaustausch zu den Themen Digitalisierung, (öffentlicher) Verkehr, Betriebsansiedelungen, moderne digitale Verwaltung und Bürgerinnen- und Bürgerservice.“

Kottingbrunn
Kultur und Natur

Die Marktgemeinde Kottingbrunn liegt in der Thermenregion (Bezirk Baden, NÖ) zwischen Wien und Wiener Neustadt und beheimatet rund 8.300 EinwohnerInnen.
Der Ort blickt auch auf eine langjährige Geschichte zurück. Das historische, fast 1.000 Jahre alte Wasserschloss ist das Wahrzeichen und gleichzeitig das Herzstück von Kottingbrunn. In den vergangenen Jahren erfolgten weitreichende Sanierungsarbeiten, um ein modernes, ansprechendes Ortszentrum sowie Räumlichkeiten für das herausragende Kunst- und Kulturangebot zu schaffen. Das ausgezeichnete kulturelle Angebot der Kottingbrunner Kulturszene (www.kulturszene.at) ist mittlerweile über die Gemeindegrenzen hinaus bekannt.
Das Naturdenkmal Schlosspark rund um das Wasserschloss, die wildromantische Teichlandschaft sowie der Wiener Neustädter Kanal bieten Erholung und Natur vor der Haustüre. Unter dem Motto „Kottingbrunn auf der Spur“ (www.kottingbrunn-auf-der-spur.at) lädt der Kultur- und Naturpfad zur Entdeckungsreise im Schlossareal ein. Der Weg führt vom Wasserschloss durch den Schlosspark zum Areal der ehemaligen Galopp- und Hindernisrennbahn und wieder retour.
„Es freut mich, dass Kottingbrunn nun Mitglied im Städtebund ist und sehe dadurch eine Möglichkeit, unsere Anliegen und Themen als große Marktgemeinde in einem urbanen Umfeld besser einbringen zu können“, so Bürgermeister Christian Macho.



Christian Macho: Stadtoberhaupt von Kottingbrunn in Niederösterreich



© Fotos: Marktgemeinde Kottingbrunn (2)

www.staedtebund.gv.at

[FB12-146]

EtherCAT P:
reduziert Verkabelung und Aufwand

Ultraschnelle Kommunikation und Power auf einem Kabel



www.beckhoff.at/EtherCAT-P-Box

EtherCAT P integriert in einem 4-adrigen Standard-Ethernet-Kabel die EtherCAT-Kommunikation sowie die System- und Peripheriespannung. Das I/O-System für EtherCAT P in Schutzart IP 67 nutzt die Vorteile von EtherCAT P voll aus: Material- und Montagekosten sowie der benötigte Bauraum in Schleppketten, Kabeltrassen und Schaltschränken werden deutlich reduziert. Die kompakten und robusten I/O-Module decken ein breites Signalspektrum ab: von Standard-Digital-I/Os bis zur komplexen Analog- und Messtechnik. Hinzu kommen über 100 weitere Komponenten für EtherCAT P. Jetzt informieren!

New Automation Technology BECKHOFF

ORANGE THE WORLD

ZAHLREICHE AKTIONEN GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Die UN-Kampagne Orange The World, die jährlich zwischen dem 25. November, dem „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen“, und dem 10. Dezember, dem „Internationalen Tag der Menschenrechte“, stattfindet, macht auf Gewalt gegen Frauen aufmerksam. Weltweit erstrahlen deshalb Gebäude in orangen Farben und werden Fahnen an den Rathäusern gehisst, um ein sichtbares Signale gegen Gewalt an Frauen zu setzen.



In **Wien** erklärte Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál, Vorsitzende des Frauenausschusses des Österreichischen Städtebundes: „Gewalt gegen Frauen hat in unserem Land keinen Platz. Die Coronakrise hat gezeigt: Frauen sind im Lockdown besonders gefordert. Die Doppelbelastung durch Homeoffice und Homeschooling traf und trifft Frauen stärker als Männer. Viele Frauen sind in Kurzarbeit oder haben Angst vor Arbeitslosigkeit und sind stark belastet. Gerade jetzt ist es wichtig, dass Frauen, die sich bedroht fühlen oder die Gewalt erfahren haben, wissen, wo sie Hilfe und Schutz bekommen. Frauen finden diese Unterstützung beim 24-Stunden Frauennotruf der Stadt Wien, bei den städtischen Frauenberatungen und in Frauenhäusern.“



Vöcklabruck war mit fünf beleuchteten Bauten stark vertreten, um ein Statement gegen Gewalt zu setzen. Der obere Stadtturm, die Kirche in Schöndorf, das Mutterhaus der Franziskanerinnen, die Bezirkshauptmannschaft und das Salzkammergutklinikum Vöcklabruck beteiligten sich an der Aktion.



Auch die Stadt **Villach** war Teil der weltweiten Aktion „Orange the world“: Vier Gebäude, darunter das Verwaltungsgebäude des LKH Villach und mehrere Kirchen, strahlten orange, um auf das Thema aufmerksam zu machen. Darüber hinaus wurde der Film „Liebes:Leben“ der Filmemacherin Carola Mair in Kooperation mit dem Filmstudio Villach via Stream gezeigt.



In **Salzburg** unterstützte u. a. Stadträtin Martina Berthold die Kampagne: „Als Sitz der Stadtregierung leuchtet das Schloss Mirabell in dieser Zeit orange. Durch den Corona-Lockdown werden Spannungen in Familien und Beziehungen größer. Für immer mehr Frauen und ihre Kinder wird die Situation in ihren eigenen vier Wänden bedrohlicher und Übergriffe häufen sich. Daher ermutigen wir alle, aktiv gegen Gewalt einzutreten! Nicht nur in diesen 16 Tagen, sondern das ganze Jahr lang.“



Als sichtbares Zeichen wehte in **Innsbruck** die „Frei leben ohne Gewalt“-Fahne vom Rathausbalkon. Um die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren, fanden im Rahmen der „16 Tage gegen Gewalt“ zahlreiche Aktionen unter Einhaltung der COVID-19-Bestimmung statt. Stadträtin Elisabeth Mayr (l.) hisste gemeinsam mit Referatsleiterin Uschi Klee (Frauen und Generation) die „Frei leben ohne Gewalt“-Fahne.



In der Landeshauptstadt **Klagenfurt** und in weiteren Kärntner Gemeinden wurde auf Initiative des Büros für Frauen, Chancengleichheit und Generationen der Stadt Klagenfurt gemeinsam mit den Mitgliedern der Frauenplattform Klagenfurt und des Mädchenzentrums in Kooperation mit dem Frauenreferat des Landes Kärnten und den Kärntner Frauen- und Familienberatungsstellen die Aktion „Sprechblasen gegen Gewalt“ und „Kennst du das auch?“ durchgeführt.

© Fotos: PID/David Bohmann, Stadt Villach/Oskar Höher, IKM/M. Freinhofer, Elke Holzmann, Stefan Tschandl, StadtKommunikation/Hude



In **Wels** wehten – wie schon seit zehn Jahren – die Flaggen der Aktion „Frei leben ohne Gewalt“ der Menschenrechtsorganisation „Terre des femmes“ am Stadtplatz. Auch der Ledererturm erstrahlte als Welser Wahrzeichen im Zuge der Aktion in der Farbe Orange.



Die Mitglieder der Frauenplattform St. Pölten – eine Initiative des Büros für Diversität der Stadt **St. Pölten** – setzen bereits seit vielen Jahren mit der Fahnenaktion vor dem Rathaus ein sichtbares Zeichen für ein freies Leben ohne Gewalt, heuer auch mit Bürgermeister Matthias Stadler.



Auch in **Bruck an der Mur** wurde 16 Tage lang mit Sprechblasen in den sozialen Medien auf das Thema aufmerksam gemacht.



Frauenstadträtin Eva Schobesberger und Vertreterinnen von Frauen- und Gewaltschutzorganisationen in **Linz** setzten mittels Sprechblasen ein Zeichen gegen Gewalt. Sprechblasen sowie die MNS-Masken können im Frauenbüro kostenlos bestellt werden.



In **Bregenz** hisste Vizebürgermeisterin Sandra Schoch eine Fahne am Rathausbalkon. Martinsturm, Vorarlberger Landestheater, Herz Jesu Kirche und Vahdet Moschee wurden in Orange beleuchtet.



Die Bürgermeisterin der Bezirkshauptstadt **Liezen,** Roswitha Glashüttner, appelliert gerade in dieser Zeit der reduzierten Kontakte und Isolation, achtsam zu sein und nicht wegzusehen, wenn man das Gefühl hat, etwas stimmt nicht. Gerade jetzt ist die Gefahr häuslicher Gewalt besonders groß. Es ist dringend nötig, Einrichtungen und Institutionen, die Präventionsarbeit leisten oder Ansprechpartner für Opfer sind, in den Vordergrund zu stellen und sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.



„Nein zu Gewalt an Frauen – frei leben“ lautet die Botschaft auf der Fahne, die engagierte Kremserinnen vor dem Rathaus in **Krems** aufgezogen haben. Das Steiner Tor, die Dreifaltigkeitssäule und der Pavillon im Stadtpark erstrahlten in Orange. Die Aktionen werden von der Stadt Krems und lokalen Fraueninitiativen unterstützt.



„Licht an gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“ hieß es auch in **Klosterneuburg** am 25. November – das Stadtmuseum erstrahlte 16 Tage lang in Orange.



Die Stadtgemeinde **Spittal an der Drau** beleuchtete das Schloss Porcia zwei Wochen lang orange, um ein sichtbares Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen.

© Fotos: Stadt Wels, Josef Vorlaufer/Medienservice St. Pölten, Frauenreferat Bruck an der Mur, Stadt Linz, Renate Heiler, www.photoinstyle.eu, Stadt Krems, Stadtgemeinde Klosterneuburg/SchuhE, eggspress



© Foto: Getty Images

Schwerpunkt Demokratie

Beteiligung der Bevölkerung





Jürgen Czernohorszky vertrat Wien beim international besetzten Auftaktgespräch der Initiative.

Die Europäische Hauptstadt der Demokratie

Europas BürgerInnen wählen jährlich eine Stadt, die gleichzeitig als Bühne und Labor für demokratische Prozesse im 21. Jahrhundert dienen soll.

Helfried Carl und Uta Zeuge-Buberl, The Innovation in Politics Institute, Wien

Im September 2020 startete das Innovation in Politics Institute, mit Sitz in Wien und Berlin, seine neue Initiative Europäische Demokratie-Hauptstadt (European Capital of Democracy). „Die Demokratie gehört zu den Grundwerten der Europäischen Union", so Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission für Demokratie und Demografie als Schirmherrin der Auftaktveranstaltung in ihren Begrüßungsworten. „Deshalb ist es umso wichtiger, dass diese Initiative uns allen die Bedeutung der Demokratie aufzeigt, dass wir sie schützen und das Gute daran weiterentwickeln müssen."

In den kommenden Jahren schaffen wir mit dieser europaweiten Initiative eine Plattform für einen gegenseitigen Austausch, und das gemeinsam mit PolitikerInnen, städtischen Verwaltungen, den zivilgesellschaftlichen und sozialen Organisationen, den Vereinen sowie den BürgerInnen in ganz Europa. Die Initiative European Capital of Democracy unterstützt sie dabei, sich gemeinsam auf den Weg für mehr Demokratie zu machen. In einer Zeit, in der die Demokratien – nicht nur in Europa – aus

© Foto: The Innovation in Politics Institute



„Über den Austausch von Best Practices wollen wir Anstöße zu konkretem Handeln geben und jene vor den Vorhang holen, die neue Formen der Partizipation ausprobieren."

Helfried Carl, Managing Partner des Innovation in Politics Institute und Mitbegründer der European Capital of Democracy Initiative

verschiedenen Gründen unter Druck geraten sind, ist es wichtiger denn je, etwas für die Stärkung der Demokratie, für ihre Weiterentwicklung und Verbesserung zu tun, „damit unsere Gesellschaften weltoffen und vorwärtsgewandt bleiben", wie Marija Pejčinović Burić, Generalsekretärin des Europarates, die der Veranstaltung ebenfalls ihren Ehrenschutz verlieh, in ihren Grußworten schreibt.

Ab Herbst 2021 wird deshalb im Jahresrhythmus die Europäische Hauptstadt der Demokratie ausgerufen. Die ersten zwei Städte werden von einem Expertengremium gemeinsam mit dem Innovation in Politics Institute ausgewählt, um die Initiative lebendig werden zu lassen. Im weiteren Verlauf wird ein mehrstufiger Bewerbungsprozess etabliert: Städte aus den 47 Mitgliedstaaten des Europarates haben ab Frühjahr 2021 die Möglichkeit, sich zu bewerben. Dafür müssen sie ihre eigenen Bemühungen um die Demokratie nach vorgegebenen Prinzipien (z. B. Partizipation, faire Wahlen, Offenheit und Transparenz, Innovation und Nachhaltigkeit) erkennbar machen und evaluieren. Darauf aufbauend sind sie dazu aufgerufen, ein Jahresprogramm zu entwerfen, das die demokratischen Praktiken auf vielfältige und für alle BürgerInnen nützliche Art und Weise erkennbar erweitert.

Eine Kommission von internationalen ExpertInnen trifft daraufhin eine Vorauswahl von fünf Städten. Diese Letztentscheidung trifft aber eine Jury aus 10.000 BürgerInnen aller Mitgliedsländer des Europarats, die einen Querschnitt der demografischen, kulturellen und sozialen Vielfalt Europas abbilden soll. Dieser transparente Auswahlprozess wird in Form einer Online-Abstimmung organisiert.

Wie das Programm aussehen kann

Die designierte Stadt kuratiert, organisiert und implementiert eine große Bandbreite an Aktivitäten, die darauf ausgerichtet sind, die Demokratie zu stärken und sie durch innovative Konzepte auszubauen. Projekte und Programme werden in enger Abstimmung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, lokalen PartnerInnen und natürlich den BürgerInnen der Stadt entwickelt. Eine Hauptstadt der Demokratie fördert die Einhaltung der Menschenrechte, bildet Strukturen für mehr Bürgerbeteiligung, baut Brücken zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, garantiert die grundlegenden Bedürfnisse wie Wohnen, Bildung und Arbeit und schafft Raum für soziale und politische EntrepreneurInnen. Zu guter Letzt ist die Europäische Demokratie-Hauptstadt auch Gastgeberin für internationale Initiativen, Projekte und Veranstaltungen, an denen BürgerInnen, PolitikerInnen, ExpertInnen, KünstlerInnen und MedienvertreterInnen aus der eigenen Stadt sowie aus ganz Europa teilnehmen können, um gemeinsam an einem demokratischeren Europa zu arbeiten und Ideen zu entwerfen.

Bereits die Auftaktveranstaltung im September 2020 hat deutlich gemacht, dass viele politische EntscheidungsträgerInnen auf lokaler und europäischer Ebene bereit sind, die Demokratie neu und weiter zu denken: Gemeinsam mit der Vizepräsidentin

„Ich sehe Demokratie als einen Langzeit-Lernprozess über Vertrauen, über die Bedürfnisse und Realitäten anderer Menschen. Es bedeutet, einen aktiven Beitrag zu leisten und sich an etwas zu beteiligen, das größer ist als wir selbst."

Sara Sušanj, Mitglied des Jugendrats von Opatija, Kroatien

© Foto: Sebastian-Philipp

der Europäischen Kommission, Dubravka Šuica, mit den BürgermeisterInnen von Athen, Danzig, Prag, Budapest, Bratislava, Frankfurt, Warschau und Istanbul, mit VertreterInnen der Städte Paris und Wien sowie mit bekannten PolitikerInnen wie dem polnischen Friedensnobelpreisträger Lech Wałęsa wurde ein Zeichen für ein offenes und demokratisches Europa gesetzt. Darüber hinaus waren viele europäische Städte in den letzten Jahren hinsichtlich der Stärkung demokratischer Werte keineswegs untätig.

Eine Vielzahl an Best Practices, an innovativen Initiativen und Projekten, wurde ins Leben gerufen, von denen wiederum andere Städte lernen können. Einen Diskurs über die Europäische Demokratie-Hauptstadt zu führen, heißt daher auch, Raum für stetigen Austausch zu schaffen und zu lernen, wie neue Formen der Demokratie erlebbar gemacht werden können.

„Die mikropolitischen Erfahrungen einer Stadt haben einen großen Einfluss, oftmals sogar quer wirkend auf nationale Strukturen."

Tamara Ehs, Demokratieforscherin und unabhängige Beraterin für Demokratieinnovation und politische Bildung, Österreich

Die Best Practices, die wir über ein europaweites Netzwerk im Zuge des bereits zum vierten Mal im Dezember 2020 vergebenen Innovation in Politics Award prämieren, unterstreichen, was die jüngste OECD-Studie über innovative Bürgerbeteiligung und neue demokratische Institutionen aufzeigt: Seit 2011 ist ein stetiger Anstieg von deliberativen Partizipationsprozessen zu beobachten. Das trifft insbesondere auf die lokale Ebene zu (+52 %). Ohne das politische Engagement von BürgerInnen – nicht nur bei Wahlen – ist Demokratie undenkbar. Auf diese Weise können Bürgerversammlungen, Bürgerräte, partizipative Stadtplanungsprojekte oder digitale Apps, die Stadtverwaltungen mit BürgerInnen in Kontakt treten lassen, dabei helfen, Prioritäten für politische Entscheidungen besser abzuwägen und Herausforderungen hinsichtlich Stadtplanung, Gesundheit, Umwelt oder Infrastruktur nachhaltig und damit langfristig zu lösen.

Beteiligung implementieren

Politische EntscheidungsträgerInnen haben erkannt, dass man neue Formen der Bürgerbeteiligung nicht nur punktuell einsetzen sollte, sondern dass sie zum festen Bestandteil politischer Entscheidungsfindung werden können. Das erhöht nicht nur das Verständnis der BürgerInnen für politische Prozesse, sondern hilft auch, Menschen mit verschiedenen Überzeugungen für einen Kompromiss zusammenzubringen. Lernen PolitikerInnen, zivilgesellschaftliche Organisationen und BürgerInnen aktiv zuzuhören und über das zu sprechen, was ihr Wohlbefinden in der Stadt unmittelbar beeinflusst, so sind die ersten Schritte zu einer stärkeren Demokratie bereits gesetzt.

Die Initiative European Capital of Democracy schafft ein europaweites Netzwerk von Gleichgesinnten, um die Demokratie voranzubringen und das Vertrauen der Menschen in die Politik zu stärken. Sie gibt Denkanstöße, präsentiert innovative und funktionierende Ideen und vernetzt die große Zahl europäischer BürgerInnen, die sich für die Verteidigung und Weiterentwicklung der Demokratie einsetzen möchten. Die Werte der Demokratie hochzuhalten bedeutet, für Menschenrechte, das Wohlergehen der StadtbewohnerInnen und soziale Gleichberechtigung zu sorgen. Es reicht nicht, darüber zu lamentieren, dass diese Werte vielerorts in der Defensive sind. Mit der Europäischen Demokratie-Hauptstadt wird bewusst ein offensiver, positiver Diskurs über die Vorteile und Potenziale der Demokratie im 21. Jahrhundert gefördert.

„Um einen Weg aus der gegenwärtigen Krise der Demokratie zu finden, müssen wir in Bürgerbeteiligung investieren. BürgerInnen auf lokaler Ebene politisch zu engagieren ist viel einfacher als auf nationaler Ebene. Daher spielen Städte eine bedeutende Rolle."

Gergely Karácsony, Oberbürgermeister von Budapest, Ungarn

European Capital of Democracy

ÜBER DIE INITIATIVE

Das Innovation in Politics Institute mit Sitz in Wien und Berlin und Partnern in 13 weiteren Ländern ist eine überparteiliche Organisation, die sich für mehr Demokratie über Grenzen hinweg und ungeachtet politischer Zugehörigkeiten einsetzt. Seit 2017 präsentiert das Institut ebenfalls die jährlichen Innovation in Politics Awards und hat seither über 2.000 mutige und kreative politische Projekte zusammengetragen, die jährlich von einer Jury von etwa 1.000 EU-BürgerInnen ausgewählt werden.

https://capitalofdemocracy.eu
#CapitalofDemocracy

ÖAMTC.
Immer für Sie da.



Nothilfe
120

ÖAMTC

Ein gutes Gefühl, beim Club zu sein.

G 0189_21 | ÖAMTC ZVR 730335108



Krise und Kraft der Liberalität

Wer die Freiheit liebt, beschränkt sie dort, wo sie Gesundheit und Leben der Mitmenschen aufs Spiel setzt.

Roger de Weck

Der Demokratie schaden nicht diejenigen, die entschlossen der Pandemie wehren – gefährlich sind vielmehr die „starken Männer“ à la Donald Trump und Boris Johnson, die schwach regieren und dem Virus freie Bahn ließen. Denn wer die Freiheit liebt, beschränkt sie dort, wo sie Gesundheit und Leben der Mitmenschen aufs Spiel setzt. Niemand darf so frei sein, andere anzustecken. Freiheit sei die „Unabhängigkeit von eines Anderen nöthigender Willkür“, schrieb 1797 Immanuel Kant, der Philosoph der Aufklärung.

Am Anfang der Aufklärung steht der Zweifel. Die liberale Demokratie, Kind dieser Aufklärung, muss nur schon deshalb jede politische oder wirtschaftliche Übermacht bekämpfen, weil Machtmenschen kaum zweifeln: Ob transnationale Wirtschaftsführer oder nationalistische Anführer – viele sind unbelehrbar und pachten die Wahrheit. Demgegenüber sollte die liberale eine lernende Demokratie sein, also selbstkritisch ihre Schwächen ausbessern.

Zur Liberalität gehört fundiertes Zweifeln, dann fundiertes Handeln. Und wer handelt, ist optimistisch: Er glaubt an den Fortschritt, jedenfalls an kleine Fortschritte, sonst bliebe er untätig. Doch die Autoritären, die jetzt große Staaten und das große Wort führen, sind rückwärtsgewandt. Diese Reaktionäre reagieren. Sie verkörpern die andauernde Reaktion auf die epochale Aktion, die in der Geistesgeschichte Aufklärung heißt. Und die bis heute in schönster „Geistesgegenwart“ zweifelt, fragt, forscht, debattiert, lernt, entdeckt und entwickelt, also der Liberalität verpflichtet bleibt. Das können nur eigenständige Menschen leisten, mündige Bürgerinnen und Bürger. Ohne es für die absolute Wahrheit zu halten, nehmen sie das Wissen der Wissenschaften ernst: jetzt zum Beispiel die Erkenntnisse der Klimaforscherinnen und Klimaforscher.

Liberalität

Was bedeutet Liberalität? Eine Antwort gab der Rechtsphilosoph Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der freiheitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Der 2019 verstorbene Staatsrechtler betonte, das Gedeihen der Demokratie hänge von der „moralischen Substanz“ der Bürgerinnen und Bürger ab, von ihrem „staatstragenden Ethos“ der Toleranz und Achtung der Vielfalt, vom entsprechenden Wir-Gefühl – in den Worten des Staatsdenkers Montesquieu vom esprit général, der allgemeinen Geisteseinstellung.

© Foto: Getty Images

Der derzeit herrschende esprit général sieht jedoch in jeder Widrigkeit, die unsere Gesellschaft ereilt, eine Malaise der Toleranz, eine Bredouille des Humanismus. Inzwischen ist es die Grundhaltung konservativer und mancher sozialdemokratischen Kräfte in Europa, „die Schrauben fester anzuziehen" – von den Populisten ganz zu schweigen, auch wenn sie sich als „Freiheitliche" bezeichnen. Autoritäres schwingt in der Luft. Im Zweifel Zwang. Unsere Demokratie sei zu liberal, unsere Gesellschaft zu offen, die Festung Europa müsse gefestigt werden. So der anschwellende Grundton. Liberalität sei nicht rabiat genug – „Liberalität ist Naivität" heißt es rundum, als seien wir bislang ein Volk der Arg- und Ahnungslosen gewesen: als müsse die Schar der Blauäugigen endlich die Augen öffnen.

Rechts und teils links der Mitte läuft ein – mehr zynischer als ernsthaft realpolitischer – Machtdiskurs der Rückkehr zur Strenge: Bei sozial Schwachen erzeuge die Kürzung der Hilfsgelder „heilsamen Druck". Arbeitslose sollen „aus der Hängematte" geholt werden. Und wer „sich den Grundregeln unserer Gesellschaft verweigert", den solle man „härter bestrafen": Selbst der sozialliberale Politologe Yascha Mounk wettert gegen die „Strafmilde" in einigen europäischen Ländern – als bringe die amerikanische Strafhärte irgendeinen Vorteil.

Es ist eine selbstverständliche Pflicht, entschlossen gegen Gewalttäter aller Couleur vorzugehen, seien sie Identitäre, seien sie Islamisten. Aber Reaktionäre und etliche Konservative hämmern uns ein, unverantwortlich seien jene Zeitgenossen, die in Nathan dem Weisen keinen Multikulti-Naivling sehen wollen. Liberalität wird plötzlich zur Frage der Nationalität: Wer aus dem Ausland stammende Demokratieverächter an die Kandare nimmt, verteidigt die abendländische Zivilisation. Wer aber einheimischen Antidemokraten Kante zeigt, dem fehlt es angeblich an der Dialogfähigkeit.

In ihrem Kampf der Kulturen (wider alles Fremde) und ihrem Kulturkampf (wider die liberale Demokratie) fordern Reaktionäre die geistig-amoralische Wende – damit alles erlaubt und jedes Mittel recht ist. Doch die globale Coronakrise zeigt, dass wir an einem „Weltethos" (Theologe Hans Küng) oder wenigstens an einem europäischen Ethos arbeiten sollten. Bald zählt die Erde acht Milliarden Bewohnerinnen und Bewohner. Das erfordert mehr Rücksicht auf Mitmenschen und Nachfahren, mehr Umsicht im Verbrauch natürlicher Ressourcen.

Doch im heutigen Zeitgeist gelten Ethos und Moral als naiv – oder despotisch. Moral ist durchweg Hypermoral, Übermoral, moralisierender Totalitarismus, Moralpolizei, Moralkeule, Moralpauke, Moralpredigt, Moralismus, Moralin, darunter geht es nicht. Und dieser Diskurs kommt umso besser an, als der Marktliberalismus den Eigennutz zur Tugend und die Rücksichtslosigkeit zu einem Freiheitsrecht erhoben hat.

Indessen ist Politik ohne Moral noch verhängnisvoller als Moral ohne Politik. Das zeigen der chinesische Totalitarismus, der Trumpsche Autoritarismus, der Orbánsche Zynismus. Umso dringlicher wird es nach der Pandemie sein, die liberale Demokratie aktionsfähiger zu machen: einerseits, damit sie sich in der Welt behauptet, und anderseits, damit sie die Gesellschaft der (durch Corona verschärften) Ungleichheiten ins Lot bringt, überdies die Natur zur „Teilnehmerin" an der Demokratie macht.

Damit Gestrige nicht die Zukunft kapern, muss die Demokratie modernisiert werden, um sie auf die Höhe des ökologischen und digitalen 21. Jahrhunderts zu bringen (dazu mache ich im Buch „Die Kraft der Demokratie" zwölf konkrete Vorschläge, bis hin zu einer Umweltkammer des Parlaments mit gewählten Umweltabgeordneten). Zu welchem Unfug veraltete demokratische Institutionen und Verfahren verleiten, zeigt ja das amerikanische Wahlsystem.

Nur eine zielstrebig und behutsam erneuerte Demokratie, die gestaltungskräftiger wird, kann mehr Bürgerinnen und Bürger einbinden, ihnen Zukunftsperspektiven eröffnen. Dazu bedarf es des Primats der Politik, um gegen den Widerstand eines Teils der Wirtschaft eine griffige Umwelt- und Sozialpolitik durchzusetzen.

Solidarität

Liberalität bedeutet, die liberale Demokratie zu stärken. Das ist die eigentliche Antwort auf die Autoritären – diese bloß zu kritisieren, reicht nicht, und sie zu imitieren, lässt die Demokratie erodieren. Zu den Prioritäten zählt dabei: mehr Solidarität. Denn die Erfahrung der wirtschaftsliberalen Jahrzehnte und zumal der US-Wahlen zeigt: Krasse Ungleichheit ist Gift für die Demokratie, denn sie schürt Ressentiments, sie spaltet die Gesellschaft.

Gefährlicher als die Lautstärke der Reaktionäre ist die Schwäche vieler Demokraten. Statt sich an die Rhetorik der Rückwärtsgewandten anzulehnen, sollten Konservative, Liberale und Linke an der ökosozialen Demokratie von morgen arbeiten.



ZUR PERSON

Der Publizist Roger de Weck ist Gastprofessor am College of Europe in Brügge. Er war ZEIT-Chefredakteur, Präsident des traditionsreichen Graduate Institute of International and Development Studies in Genf und Generaldirektor des Schweizer Radios und Fernsehens.



DIE KRAFT DER DEMOKRATIE

Damit Gestrige nicht die Zukunft kapern, müssen Demokraten an der Demokratie von morgen arbeiten. Roger de Wecks jüngstes Buch „Die Kraft der Demokratie – Eine Antwort auf die autoritären Reaktionäre" ist 2020 bei Suhrkamp erschienen und wurde mit dem Bruno-Kreisky-Preis ausgezeichnet.

© Foto: beigestellt

Demokratie und die 17 Entwicklungsziele

Warum sich demokratische Prinzipien wie ein goldener Faden durch die SDGs ziehen

Heinz Fischer, ehemaliger Bundespräsident, Ban Ki-moon Centre Wien

Zwei Mal hat im 20. Jahrhundert ein Weltkrieg die Welt erschüttert. Der Erste Weltkrieg, der mehr als 17 Millionen Menschen das Leben gekostet hat, und der Zweite Weltkrieg, dem (einschließlich der 6 Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden) fast 60 Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind. Kein Wunder, dass besonders der Zweite Weltkrieg extrem starke Erschütterungen und Reaktionen ausgelöst hat.

Die Gründung der Vereinten Nationen im Oktober 1945 mit ihrem Hauptsitz in New York war eine der wichtigsten und langfristig positiven Reaktionen auf die Weltkatastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Die UNO ist inzwischen 75 Jahre alt geworden, hat derzeit 193 Mitgliedstaaten und ist ein zentraler Faktor der internationalen Zusammenarbeit.

1948 wurde von der UNO die Menschenrechtsdeklaration beschlossen, die seither aus der Arbeit für Grundrechte, Menschenwürde und Demokratie nicht wegzudenken ist.

Artikel 1 dieser Menschenrechtsdeklaration beginnt bekanntlich mit den Worten: „Alle Menschen sind gleich an Rechten und Würde geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen."

Man kann Friedenssicherung, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechtspolitik als die zentralen und in viele andere Bereiche ausstrahlenden Themen der Vereinten Nationen bezeichnen.



Bundespräsident a. D. Heinz Fischer

Nachhaltige Entwicklungsziele

Zu den größten Erfolgen der Vereinten Nationen in jüngerer Zeit gehört zweifellos die Ausarbeitung der „Sustainable Development Goals" – also der nachhaltigen Entwicklungsziele. Die Beschlussfassung über die SDGs erfolgte einstimmig im September 2015 und ich konnte als damaliger Bundespräsident an der Beschlussfassung der Entwicklungsziele in New York teilnehmen und darüber hinaus in einer kurzen Rede auf die enorme Bedeutung der SDGs hinweisen.

Der Grundgedanke der 17 nachhaltigen Entwicklungsziele liegt ja darin, dass man in der Weltpolitik nicht nur einzelne Aufgaben und einzelne Ziele in den Vordergrund rücken darf – und womöglich andere Ziele von ähnlicher Bedeutung in Gefahr geraten vernachlässigt zu werden –, sondern dass man zur Lösung der großen Probleme der Weltpolitik einen gesamthaften Ansatz benötigt. Der Kampf gegen Armut und Hunger (SDG 1 und 2) muss auch mit dem Kampf gegen drohende Klimakatastrophen (SDG 13), mit dem Kampf um Gleichberechtigung der Geschlechter (SDG 5), mit dem Eintreten für Frieden (SDG 16) oder auch mit dem

© Foto: BKMC

Eintreten für Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Chancengleichheit und Demokratie verknüpft werden.
Auch eine nachhaltige Politik für Städte und Gemeinden (SDG 11) sowie für sauberes Wasser und entsprechende Sanitäreinrichtungen gehören zu den nachhaltigen Entwicklungszielen.

SDGs und Demokratie

Was nun die besondere Verbindung zwischen SDGs und Demokratie betrifft, bin ich der Meinung, dass sowohl die SDGs als auch das Konzept der Demokratie ein bestimmtes gemeinsames Menschenbild voraussetzen. Und zwar das Bild des mündigen, selbstbestimmten, mit Vernunft und Gewissen ausgestatteten Menschen, der mit allen anderen Menschen Gleichwertigkeit und gleiche Menschenwürde teilt.
Das Zusammenleben der Menschen hat Arbeitsteilung zur Folge.
Und Arbeitsteilung in Gemeinschaften, Gemeinden oder Staaten ist mit Machtteilung verbunden, wobei Macht immer die Tendenz zur Machtausdehnung und Machtakkumulation hat.
Auf der Grundlage unseres Menschenbildes der gleichen Menschenwürde hat sich daraus das Konzept der Demokratie entwickelt, das versucht, der ungleichen Machtverteilung und auch der ungleichen Verteilung von Lebenschancen Grenzen zu setzen, indem die Ausübung von Macht gesetzlichen Normen unterworfen wird, die die Macht zeitlich und inhaltlich begrenzen, die den Zugang zur Macht regeln, Gegenmacht und Kontrolle ermöglichen und das Verhältnis zwischen Macht und Recht regeln. Das ist im Wesentlichen die Aufgabe einer demokratischen Verfassung.
Nur wenn das demokratische Prinzip akzeptiert und durchgesetzt wird, haben die Entwicklungsziele, denen der Gedanke der unveräußerlichen Menschenwürde zugrunde liegt, eine reale Chance, sich umfassend durchzusetzen. Und nur wenn wir die Entwicklungsziele als Orientierungspunkte nationaler und internationaler Politik akzeptieren, finden wir gute Rahmenbedingungen für eine nachhaltige und stabile Entwicklung der Demokratie vor.
Die nachhaltigen Entwicklungsziele, Menschenwürde und Demokratie, sind somit aufs Engste miteinander verknüpft.
Ban Ki-moon, der frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen (2007–2016), der am Zustandekommen der SDGs einen entscheidenden Anteil hatte, hat das kürzlich in einer Rede knapp und bündig wie folgt formuliert: Demokratische Prinzipien ziehen sich wie ein goldener Faden („like a golden thread“) durch die 17 Entwicklungsziele.
Man kann und soll das als „authentische Interpretation“ der nachhaltigen Entwicklungsziele betrachten und ich darf hinzufügen, dass sich auch das Ban Ki-moon Centre in Wien, das Ban Ki-moon und ich gemeinsam vor zwei Jahren gegründet haben, den nachhaltigen Entwicklungszielen engstens verbunden fühlt.

ÖGZ

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

Jeden Monat ein anderer Schwerpunkt mit spannenden Fachartikeln zu kommunalen Themen wie Stadtentwicklung, Mobilität, Finanzen, Umwelt.

JETZT ABONNIEREN!
Jahresabo: 45 Euro
Einzelheft: 4,70 Euro

KONTAKTDATEN
Telefon +43 (0)1/740 32-725
Mail: abo.oegz@bohmann.at

www.staedtebund.gv.at



Umsetzung der SDGs in Österreich

Österreich präsentierte im Juli 2020 den Freiwilligen Nationalen Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (FNU).

Sabine Schneeberger und Erika Bernhard

Im Jahr 2015 wurde mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und den 17 globalen Zielen (Sustainable Development Goals – SDGs) ein umfassendes Rahmenwerk für Nachhaltige Entwicklung weltweit und ein gutes Leben für alle gemäß dem Grundsatz „Leaving no one behind" beschlossen.

SDG 11 „Städte und Gemeinden" hat zum Inhalt, diese nachhaltig, sicher, widerstandsfähig und inklusiv zu machen. Schon jetzt lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten, daher liegt dort ein Schlüssel zur Erreichung der Agenda 2030.

Alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sind angehalten, bis zum Jahr 2030 mindestens zwei Mal über die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele zu berichten. Überprüfungsmechanismus ist das Hochrangige Politische Forum der Vereinten Nationen (HLPF).

Österreich präsentierte seinen ersten Freiwilligen Nationalen Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele/SDGs (FNU) im Juli 2020 vor dem Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung. An der Präsentation wirkten Bundeskanzler Sebastian Kurz, Bundesministerin Karoline Edtstadler, Bundesminister Alexander Schallenberg, Bundesministerin Leonore Gewessler, Bundesministerin Margarete Schramböck, Bundesminister Rudolf Anschober sowie VertreterInnen von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Jugend mit. Die virtuelle Präsentation konnte öffentlich mitverfolgt werden und ist nach wie vor auf der thematischen Webseite des Bundeskanzleramtes (www.sdg.gv.at) abrufbar.

In die Erstellung des Berichts waren alle Bundesministerien sowie VertreterInnen von Bundesländern, Städte- und Gemeindebund, Sozialpartnerschaft und Stakeholder aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingebunden.

Mit rund 160 Erfolgsgeschichten werden vielfältige Lösungsansätze und konkrete Aktivitäten zur Umsetzung der Agenda 2030 vorgestellt. Der FNU bietet eine umfassende Informationsbasis über den Stand der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele in Österreich.

Nachhaltigkeit in ihrer ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimension nimmt in Österreich bereits seit Jahrzehnten eine besondere Stellung ein. Neben Österreichs Errungenschaften bei der SDG-Umsetzung legt der Bericht aber auch weiterhin bestehende Herausforderungen dar. Wie es um die Fortschritte bei der Erreichung der 17 SDGs konkret steht und in welchen Bereichen Aufholbedarf gegeben ist, wird auf Basis von Daten des Nationalen Indikatorenberichts der Statistik Austria analysiert.

Als drei Schwerpunktthemen des FNU wurden „Digitalisierung", „Klimaschutz und Klimawandelanpassung" sowie „Frauen, Jugend und ‚Leaving no one behind'" für die ausführlichere Darstellung gewählt. Diese Themenkomplexe spiegeln zugleich die drei Dimensionen der Agenda 2030 wider und haben für Österreich eine besondere Relevanz.

Umsetzung in Österreich

Die Bundesministerien verfolgen einen „Mainstreaming"-Ansatz. Sie integrieren die SDGs in Strategiedokumente, Programme und Aktivitäten der Politik und Verwaltung. Im Sinne des Multi-Stakeholder-Ansatzes erfolgt ein Austausch mit Bundesländern, Städte- und Gemeindebund, Sozialpartnern und Stakeholdern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zur Umsetzung der Agenda 2030 – diese Organe und Stakeholder entwickeln wiederum eigene Strategiedokumente und Programme mit SDG-Bezug.

Die Interministerielle Arbeitsgruppe zur Agenda 2030, unter gemeinsamer Leitung des Bundeskanzleramtes und des Außenministeriums, fördert den kontinuierlichen Austausch mit relevanten AkteurInnen.

„Österreich verfolgt bei der Umsetzung der SDGs einen breiten Ansatz, der alle Bundesministerien, Bundesländer, Städte und Gemeinden sowie Sozialpartner und Stakeholder aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft einbindet. Die breitenwirksame Kommunikation der SDGs und deren Umsetzung ist dabei ein wichtiger Schwerpunkt." (FNU, S. 16)

International engagiert sich Österreich für die Umsetzung der SDGs mit Projekten der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und im Rahmen von Aktivitäten in der EU und bei internationalen Organisationen. Als ein Amtssitz der Vereinten Nationen kommt Österreich eine besondere Rolle zu: Aufgrund der Präsenz einer Reihe internationaler Organisationen im Energiebereich gilt Wien als „Energiehauptstadt".

Lokal handeln

Wie sich Städte und Gemeinden in Österreich für eine nachhaltige Entwicklung engagieren:

„Global denken, lokal handeln“ – diesem Leitgedanken folgen Österreichs Städte und Gemeinden, wenn es um die Umsetzung der 17 globalen Ziele geht. Um diese zu erreichen, braucht es insbesondere das Handeln auf der regionalen und lokalen Ebene. Der Austausch mit den Bundesländern und Stakeholdern wird auf kommunaler Ebene stark gefördert. Für die Koordinierung der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele haben viele Städte und Gemeinden eigene Beauftragte nominiert. Kooperationsnetzwerke und Strategien bilden vielfach die Grundlage der SDG-Umsetzung. Ein Beispiel ist die Musterresolution „Agenda 2030 für Städte und Gemeinden“, die der Österreichische Städte- und Gemeindebund in Kooperation mit dem Klimaschutzministerium erstellt hat. Darin bekennen sich Städte und Gemeinden, im Sinne des SDG 11 für nachhaltige Städte und Gemeinden zu handeln und die Umsetzung der Agenda 2030 zu unterstützen. Bewusstseinsbildende Maßnahmen stehen dabei im Vordergrund.

Städtebund & SDG-Umsetzung

Der Österreichische Städtebund hat mit der Publikation „SDGs in Österreichs Städten“ einen wichtigen Leitfaden zur Umsetzung der SDGs auf kommunaler Ebene herausgegeben. Dieser bietet zahlreiche Beispiele und Anregungen für eine erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030.

Eine im FNU genannte Erfolgsgeschichte des Städtebundes ist der „Equal Pension Day“: Mit diesem Tag – an dem Männer bereits so viel Pension bekommen haben wie Frauen erst bis zum Jahresende erhalten haben werden – leistet der Österreichische Städtebund seit 2017 jährlich einen öffentlichkeitswirksamen Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern. An diesem Aktionstag finden Verteil- und Straßenaktionen statt, in denen über die Pensionslücke informiert wird. Der Equal Pension Day fiel 2019 in Österreich auf den 30. Juli.

Die Initiative verfolgt das Ziel, Ungleichheit zu verringern und setzt den Grundsatz „Leaving no one behind“ wirkungsvoll um.

Smart Cities

Der Städtebund rückt zunehmend digitale Innovation in den Vordergrund: In nachhaltigen Smart Cities wird die bessere Nutzung der Chancen der Digitalisierung durch interkommunale Zusammenarbeit ermöglicht. Zahlreiche österreichische Städte und Gemeinden sind bereits sogenannte Smart Cities. Sie beweisen durch hohe Lebensqualität, intelligente Logistik- und Verkehrssysteme sowie ökologische Standards, dass sie zu den innovativsten und lebenswertesten Kommunen weltweit zählen. Erwähnt werden soll hier beispielhaft die „Smart City Wien Rahmenstrategie 2019–2050“.

Bürgerinnen und Bürger aktiv

Nicht zuletzt sind die Erfolge bei der Umsetzung der Agenda 2030 auf das tatkräftige Engagement der BürgerInnen zurückzuführen. Instrumente, wie etwa das GemeindeNavi Agenda 2030 für oberösterreichische Gemeinden, unterstützen bei der partizipativen Selbstevaluierung und Zukunftsplanung. Es schafft Bewusstsein für die Bedeutung der Agenda 2030 in Gemeinden und Regionen und unterstützt konkrete Umsetzungsaktivitäten.

Auch in Zukunft wird Österreich auf Basis des Regierungsprogramms 2020–2024 die Umsetzung der Agenda 2030 unter systematischer Einbindung von Stakeholdern weiterverfolgen. Auch die Stärkung der Schnittstellen zwischen dem Bund und der regionalen und lokalen Ebene im Sinne einer besseren Vernetzung der AkteurInnen und eines effektiven Zusammenwirkens steht dabei im Fokus. Das Engagement von BürgerInnen auf lokaler Ebene ist grundlegend für das Erreichen der Nachhaltigen Entwicklungsziele.



ÖSTERREICH UND DIE AGENDA 2030

Der Bericht stellt zahlreiche Initiativen zur Erreichung der 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele vor. Ein Dank geht an den Städte- und den Gemeindebund für ihre engagierte Zusammenarbeit in der Berichtserstellung.

DIE AUTORINNEN

Sabine Schneeberger *ist Leiterin der Abt. IV/4 (Umwelt, Klima, Verkehr, AStV I und Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung iRd Sektion EU, Internationales und Grundsatzfragen) im Bundeskanzleramt.*

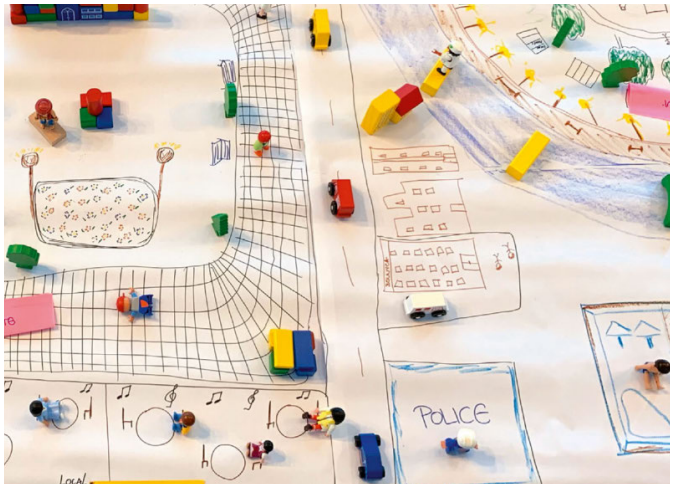
Erika Bernhard *ist Stv. Leiterin der Abt. VII.1 (EZA im Rahmen der EU und VN) im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten.*

Gemeinsam obliegt den Autorinnen die Co-Vorsitzführung in der Redaktionsgruppe für den im Juli 2020 vorgelegten ersten Freiwilligen Nationalen Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele/SDGs (FNU) und die weiteren Arbeiten in diesem Zusammenhang.











„Bijeljina THE city of FUTURE“ – mit diesem Slogan startete das SDG-Team der Stadt Bijeljina die Kommunikation der Agenda 2030 und lud die Bevölkerung und alle Stakeholder ein, diesen Weg gemeinsam zu gehen.

© Fotos: City of Bijeljina (3), pulswerk gmbH (2)

Agenda 2030 und Bürgerbeteiligung

Die Erfolgsmischung für Stadterneuerung am Beispiel der Stadt Bijeljina

Niemanden zurücklassen“, das Leitprinzip der Agenda 2030, stellt den Menschen in den Mittelpunkt jedes Gestaltungsprozesses. Die Stadt Bijeljina (Republika Srpska) in Bosnien und Herzegowina (BiH) verfolgt diesen Ansatz seit 2017. Seit damals ist die Agenda 2030 das zentrale Werkzeug für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Zusammenarbeit und partnerschaftliches Vorgehen in Kombination mit der Agenda 2030 werden als Erfolgsformel verstanden.

Im Freiwilligen Nationalen Umsetzungsbericht[1] von BiH wird Bijeljina als die erste Stadt/Gemeinde erwähnt, die die Targets und Indikatoren der Sustainable Development Goals (SDGs) für ihre Stadt- bzw. Regionalentwicklungsstrategie genutzt hat. Gemeinsam mit der lokalen NGO „Center for Promotion of Sustainable Development“ (CePSuD) wurde Bewusstsein für Nachhaltige Entwicklung und partnerschaftliche Zukunftsgestaltung geschaffen.

Bewusstsein schaffen

Mit der 2017 gestarteten Informationskampagne wurden etwa 360 VertreterInnen aus öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und NGOs in insgesamt 26 Städten und Gemeinden mit der Agenda 2030 in Trainings vertraut gemacht. Konkrete Aktivitäten und Projekte folgten. Auch dabei wurden alle relevanten Sektoren miteinbezogen, allem voran die Anliegen der BürgerInnen berücksichtigt.

Das Team des Department for Local Economic Development and European Integration (LED und EI Department) organisierte allein zwischen 2019 und 2020 acht Beteiligungsverfahren. 9.330 BürgerInnen wurden um ihre Meinung zu Fragen der Mobilität, Zufriedenheit mit dem Service der Stadtverwaltung für Wirtschaftstreibende oder der Gestaltung der Promenade am Kanal u. v. m. gebeten. Die Ergebnisse dieser Befragungen flossen nicht nur in Strategiepapiere wie etwa den Sustainable Urban Mobility Plan (2020–2025) ein, sondern werden in der Stadt auch sichtbar: Radparkplätze, mehr Platz für FußgängerInnen, der renovierte Hauptplatz oder die von jungen KünstlerInnen bemalten Sockel entlang des Kanals.

Eine besondere Herausforderung stellt für Bijeljina die Abwanderung von jungen, gut ausgebildeten Menschen dar. Anfang 2019 gaben Studierende in einer Onlinebefragung Gründe dafür an: Angst, keine Arbeit zu finden, die unsichere politische Lage und die als nicht gut empfundenen Lebensbedingungen. Die meisten von ihnen wollten nach dem Studium weggehen.

Was kann die Stadt tun, um für junge Menschen attraktiv zu sein?

In einem zweitägigen Workshop im Rahmen des Projekts Bijeljina becomes a Great Place to Live – supported by the Agenda 2030 bearbeiteten über 30 Studierende und VertreterInnen von NGOs diese zentrale Frage. Stefan Ćirković, Student an der Fakultät für Betriebswirtschaft, freute sich über die Möglichkeit, VertreterInnen aus der Stadtverwaltung die Probleme der jungen Generation zu schildern und „Vorschläge und Ideen zur Lösung dieser Probleme vorzubringen, in der Hoffnung, dass wir Bijeljina zu einem besseren Wohnort für junge Menschen machen.“

In erster Linie muss die Stadt also Fragen stellen, aufmerksam zuhören und die Befürchtungen der jungen Generation ebenso ernst nehmen wie ihre Ideen. Diese Überlegungen und die Erfahrungen der pulswerk gmbH mit der Agenda 2030 als Werkzeug in der Ideenentwicklung waren Ausgangspunkt zum von der ADA (Austrian Development Agency) geförderten BACID-Fund-Projekt.[2]

Das Team von LED und EI Department sorgte im Workshop für Transparenz hin-

VISION EINER STADT

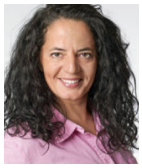
Die Stadt ist immer auch oder vor allem die Menschen, die darin leben. Daher wird sich wohl die Vision von Bijeljina, wie sie Ankica Todorović und Mile Pejcic (Berater des Bürgermeisters seit 2017) formulieren, nicht wesentlich von Visionen österreichischer Städte unterscheiden:

„Die Stadt Bijeljina, ein Universitäts-, Kultur-, Gesundheits- und Sportzentrum und regional führend in der wirtschaftlichen Entwicklung, schafft durch einen modernen und integrierten Ansatz für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Landwirtschaft und Umweltschutz eine tolerante Gemeinschaft von erfolgreichen und gebildeten Menschen, die gut leben und gleiche Chancen für alle schaffen.“

VERANSTALTUNG AGENDA 2030

Stadt und Land in die Zukunft denken. Details auf S. 87

www.agenda2030.at



NADIA PRAUHART

beschäftigt sich im Österreichischen Ökologie-Institut und bei der pulswerk GmbH mit der Agenda 2030 als Werkzeug bei Prozessbegleitungen und Projektentwicklungen im Kontext der lokalen/regionalen Umsetzung. Über den BACID Fund begleitet sie aktuell im Projekt GO!GreeNiš die NGO TEAM in der Stadt Niš (Serbien) und die Entwicklung des „Agenda 2030"-Festivals in Bijeljina.

www.pulswerk.at
www.ecology.at
www.agenda2030.at



ANKICA TODOROVIĆ

leitet das Department for Local Economic Development and European Integration Bijeljina. Ihr Ziel ist es, das Leben der BürgerInnen im Kontext wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung zu verbessern. Sie initiiert und implementiert sektorenübergreifende Projekte und setzt sich stark für die Einbeziehung des zivilen, öffentlichen und privaten Sektors und der BürgerInnen in Entscheidungsprozesse der Stadtverwaltung ein. Seit 2017 arbeitet sie intensiv an der Bekanntmachung der Agenda 2030 und der Lokalisierung der SDGs. Sie ist Co-Autorin des Handbuchs „Agenda 2030 in my municipality" und vertritt Bijeljina auf regionalen, nationalen und internationalen Konferenzen.

sichtlich der Entscheidungsprozesse in der Stadtverwaltung. Nach Inputs von lokalen NGOs zu den Herausforderungen von Menschen mit Behinderungen im urbanen Kontext und der Einführung in die Agenda 2030 mit einem von der UN BiH entwickelten Tool bauten die Studierenden in einem co-kreativen Prozess die „Traum-Stadt" Bijeljina. Mit dieser vom Team der pulswerk gmbH eingesetzten Methode wirkt die Vielfalt der SDGs als Impulsgeberin für die kommunale Entwicklungsarbeit. Entlang der globalen Nachhaltigkeitsziele werden neue Gestaltungsideen kreiert und bestehende optimiert.

Zuhören und Ideen weiterverfolgen

Kulturelle, gemeinschaftsbildende Aktivitäten und die Hilfe beim Start ins Berufsleben waren Wünsche aus dem WS. Ein Zentrum für Entrepreneurship und Innovation, die partizipative Belebung und Gestaltung des öffentlichen Raums und das „Agenda 2030"-Festival waren konkrete Ideen.

Das Innovation Center for Sustainable Development wird Anfang 2021 als InCOR eröffnet. Aktuell wird an der IT-Infrastruktur und der Einrichtung in einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Gebäude gearbeitet.

Für fünfzig angehende UnternehmerInnen fanden Entrepreneurship-Trainings statt. Zwanzig TeilnehmerInnen erhielten für ihre Geschäftsmodelle finanzielle Unterstützung und konnten so ihr eigenes Start-up gründen. Weitere Trainings zu Digitalisierung, Grafik, Design oder Online-Marketing werden ab 2021 für junge Menschen kostenlos im InCOR angeboten.

Damit die Ideen zum öffentlichen Raum auch tatsächlich angenommen werden, ließ der 2019 gegründete Working Body for Civic Initiatives, bestehend aus VertreterInnen aus Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Jugend, die Bevölkerung abstimmen. Von den über 1.200 Personen entschieden sich 52 % für Outdoor-Fitnessgeräte, behindertengerechte Eingänge und einen inklusiven Spielplatz im Stadtpark.

Das „Agenda 2030"-Festival rückt die Zukunftsfähigkeit und den Einsatz für nachhaltige Stadtentwicklung in Bijeljina ins Rampenlicht. Vielfältige Aktivitäten für Jung und Alt machen die Lokalisierung der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele erlebbar. Da ist es naheliegend, dass damit das erste Green Event in der Region organisiert wird. Die Entwicklung des Konzepts und der einzelnen Programmpunkte erfolgt partizipativ in einem interdisziplinären Team. Im von BACID Fund unterstützten Projekt Paving the way for the Bijeljina Festival – the first Green Event in the Region begleitete die pulswerk GmbH das Team des LED und EI Department und VertreterInnen der Bevölkerung und Stadtverwaltung in vier Online-Workshops. Die Agenda 2030 war Impuls für die Gestaltung der Programmpunkte und der sektorenübergreifenden Organisationsprozesse. Green-Events-Maßnahmen konnten mit dieser Methode leichter an die lokalen Möglichkeiten angepasst und sogar eine Verzahnung mit Programminhalten konnte ermöglicht werden. Die innerhalb doch recht kurzer Zeit entwickelten Ideen übertrafen an Zahl und Tiefe alle Erwartungen. Dies lag nicht zuletzt an der Diversität der TeilnehmerInnen und der offenen Haltung des Koordinationsteams der Stadtverwaltung.

1 https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/23345VNR_BiH_ENG_Final.pdf

2 www.BACID.eu ist ein von der ADA gefördertes Programm von Städtebund und KDZ zur Stärkung der lokalen Ebene im Donauraum und auf dem Westbalkan.

© Fotos: Schrattenecker-Fischer, City of Bijeljina



Demokratie in Zeiten der Corona-Pandemie

Zentrale Ergebnisse des Demokratie Monitors 2020

Martina Zandonella, SORA – Institute for Social Research and Consulting

Den Demokratie Monitor hat SORA 2018 anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der Ersten Republik und mit tatkräftiger Unterstützung u. a. des Österreichischen Städtebundes ins Leben gerufen. Geschaffen werden sollte ein verlässliches – und bislang fehlendes – Instrument, das im Jahresrhythmus den Zustand der Demokratie aus Sicht der Bevölkerung aufzeigt und dahingehende Entwicklungen beobachtet: Was denken die Menschen ganz allgemein über die Demokratie als Staatsform? Vertrauen sie dem politischen System in Österreich? Und wer beteiligt sich an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen? Das sind die zentralen Fragen, über die der Demokratie Monitor seit nunmehr drei Jahren Auskunft gibt. Seine Grundlage ist eine jährliche, repräsentative Befragung von rund 2.200 Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich.

Erst Ibiza, dann Corona

Bereits in den ersten drei Jahren seines Bestehens hat der Demokratie Monitor turbulente Zeiten begleitet: 2019 prägte die auf „Ibiza“ folgende Staatskrise das Land und stellte das Vertrauen der Menschen in die Demokratie auf die Probe, 2020 folgte die Corona-Pandemie. Deren Auswirkungen sind weitreichend: Ein Drittel der Menschen berichtet infolge der Pandemie von einer Verschlechterung ihrer finanziellen Situation, mehr als ein Viertel von einer angeschlagenen psychischen Gesundheit. Besonders betroffen ist dabei das ökonomisch schwächste Drittel – das sind jene Menschen, deren Haushaltseinkommen im unteren Drittel liegt und deren finanzielle Absicherung für die Zukunft gering oder gar nicht vorhanden ist. Rund zwei Drittel von ihnen berichten eine (weitere) Verschlechterung ihrer finanziellen Lage, bei rund der Hälfte hat sich die psychische Gesundheit verschlechtert. Von diesen Auswirkungen der Pandemie wesentlich seltener betroffen ist demgegenüber das ökonomisch stärkste Drittel: 12 % berichten eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation, 16 % eine Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit.

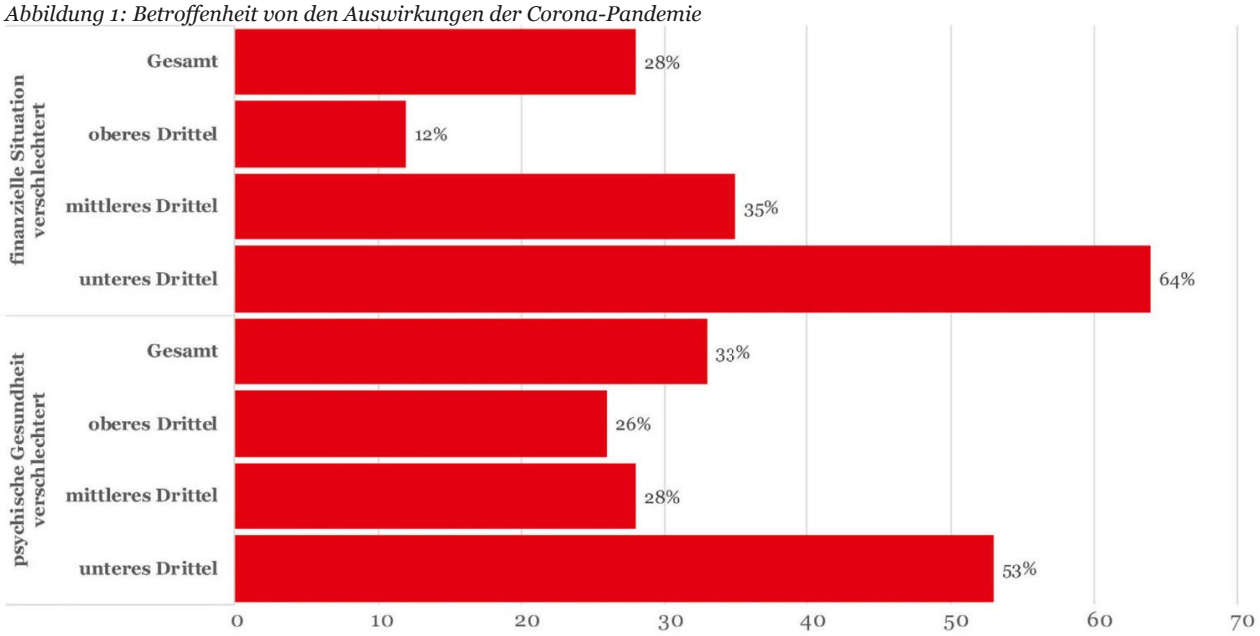
Dies geht auch an den Einstellungen der Menschen zur Demokratie nicht spurlos vorüber: Zwar ist die Demokratie als grundlegendes System nach wie vor breit verankert – nahezu neun von zehn Menschen sind davon überzeugt, dass die Demokratie, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag, die beste Staatsform ist. Dahingehende Verunsicherung beobachten wir jedoch im ökonomisch schwächsten Drittel und in der Mitte der Gesellschaft: In beiden Gruppen ist die Zustimmung zur Demokratie heuer weniger stark ausgeprägt als noch in den Jahren zuvor. Aktueller Grund hierfür ist die Betroffenheit von den Auswirkungen der Corona-Pandemie: Hat sich die finanzielle Lage oder die psychische Gesundheit der Menschen im Zuge der Pandemie verschlechtert, leidet auch ihr demokratisches Selbstverständnis.

Die Führer-Frage

Im Gegensatz dazu hat die Staatskrise des Jahres 2019 die grundlegenden Einstellungen zur Demokratie im ökonomisch schwächsten Drittel und in der Mitte der

© Foto: Parlamentsdirektion/Thomas Jantzen

Abbildung 1: Betroffenheit von den Auswirkungen der Corona-Pandemie

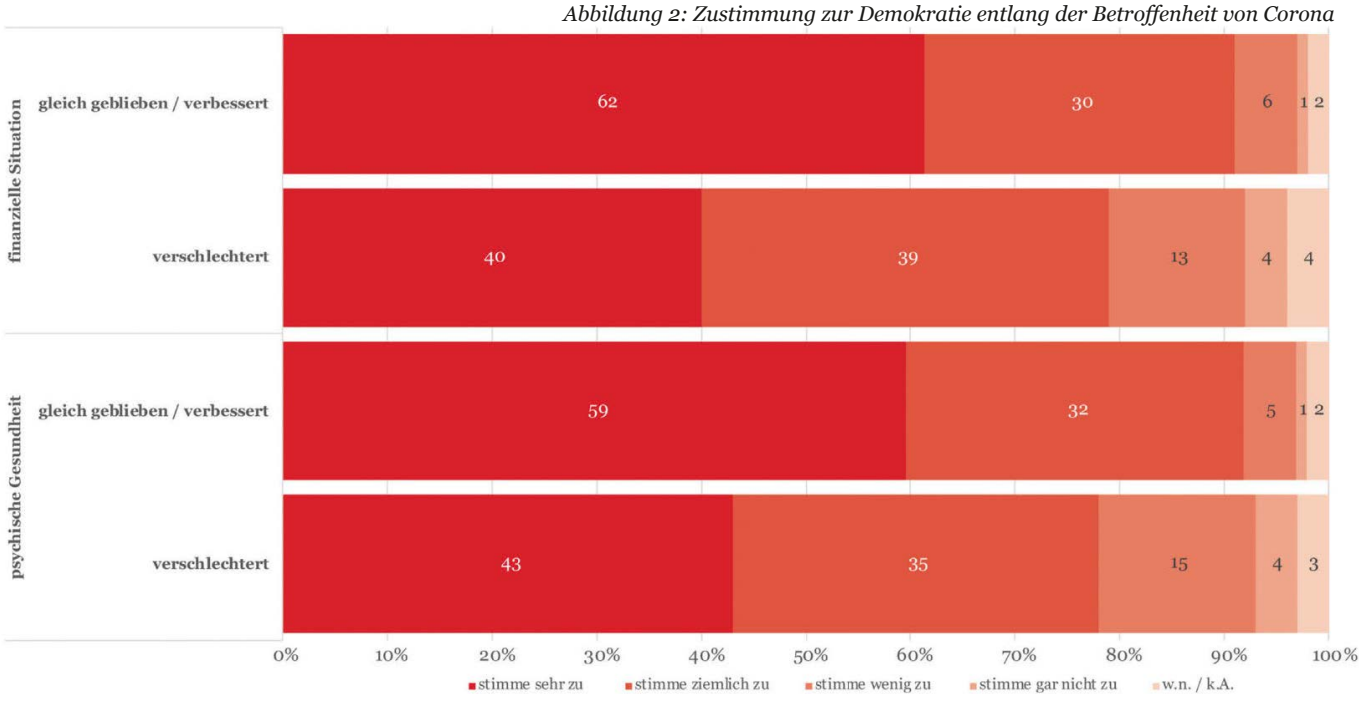


Gesellschaft nicht tangiert. Im ökonomisch stärksten Drittel hat sie jedoch Aufruhr verursacht und einen Anstieg an autoritären Einstellungen mit sich gebracht. Der Demokratie Monitor 2020 verweist nun darauf, dass dies ein vorübergehendes Phänomen war, denn die autoritären Einstellungen im ökonomisch stärksten Drittel sind dieses Jahr wieder auf ihren Ausgangswert von 2018 zurückgegangen. Damit haben die autoritären Einstellungsmuster in der Bevölkerung auch insgesamt wieder etwas abgenommen: Rund ein Fünftel der Menschen in Österreich kann sich aktuell unter bestimmten Umständen einen „starken Führer" und damit eine autokratische anstelle einer demokratischen Staatsform vorstellen.

Vertrauen in Politik

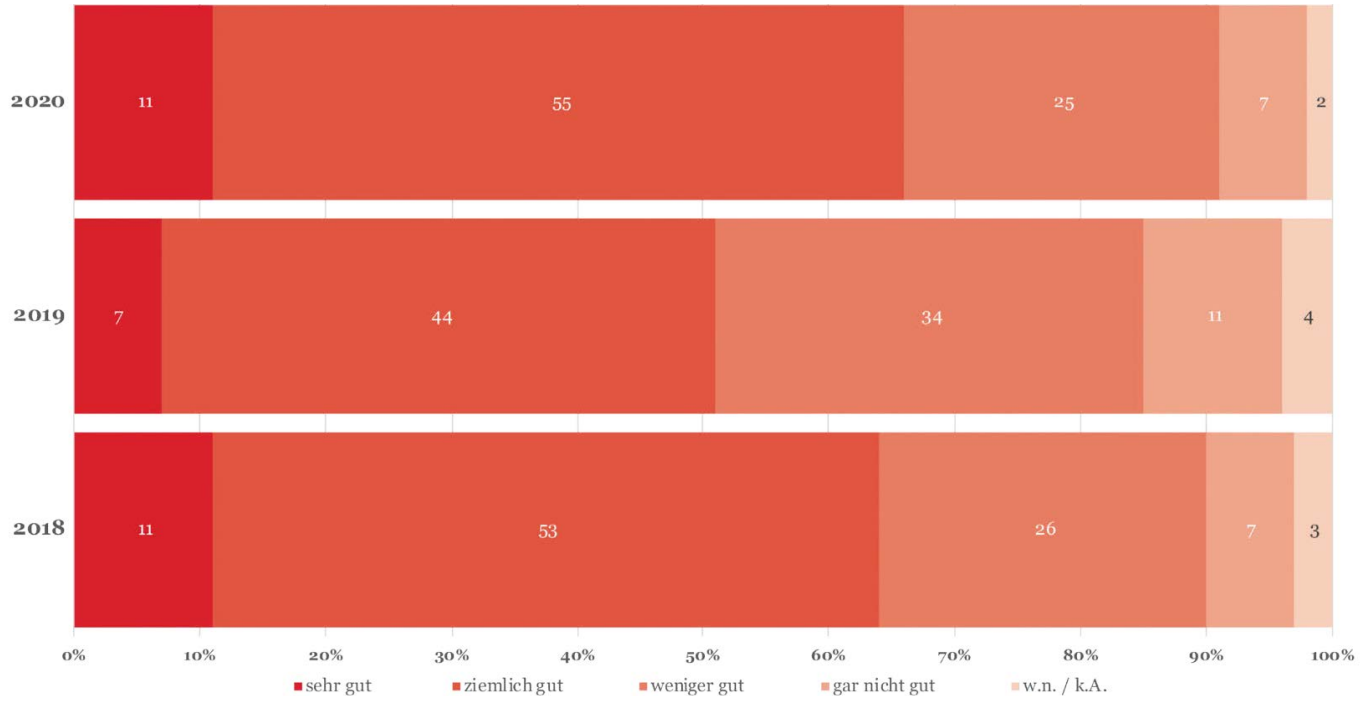
Das Vertrauen in die Demokratie in Österreich ist im Zuge der Staatskrise hingegen in allen Bevölkerungsgruppen eingebrochen – 2019 dachte nur mehr die Hälfte der Menschen, dass unser politisches System gut funktioniert. Auch hier beobachtet der Demokratie Monitor 2020 eine Erholung, denn dem politischen System vertrauen inzwischen wieder zwei Drittel der Menschen – ebenso viele wie im Jahr 2018. Im Zuge der Corona-Pandemie ist außerdem das Bewusstsein für demokratische Institutionen und Prozesse angestiegen: Mehr Menschen als in den Jahren zuvor ver-

Abbildung 2: Zustimmung zur Demokratie entlang der Betroffenheit von Corona



© Grafik: SORA-Institut

Abbildung 3: Funktioniert das politische System in Österreich?



trauen dem Parlament und fordern einen Ausbau der Oppositionsrechte. Auch pocht die überwiegende Mehrzahl der Menschen (84 %) darauf, dass gerade in schwierigen Zeiten wie diesen die demokratischen Spielregeln eingehalten werden müssen.

Das Vertrauen der Menschen in das politische System hat dabei in allen Bevölkerungsgruppen wieder zugelegt. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass ökonomische Unsicherheit nach wie vor sehr stark auf dieses Vertrauen drückt: Denken 78 % der Menschen im ökonomisch stärksten Drittel und 70 % in der Mitte der Gesellschaft, dass das politische System in Österreich gut funktioniert, gilt selbiges für nur 43 % der Menschen des ökonomisch schwächsten Drittels. Der Demokratie Monitor 2020 hat dies genauer unter die Lupe genommen und festgestellt: Verantwortlich für dieses geringe Vertrauen im ökonomisch schwächsten Drittel sind spezifische Erfahrungen, die die Menschen entlang ihrer sozialen Lage mit bzw. als Teil von Demokratie machen.

Fehlende Wertschätzung

So bekommen die Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel häufig vermittelt, dass sie selbst, ihre Arbeit und ihre Lebensweise weniger wert sind. In diesem Zusammenhang haben z. B. drei Viertel der Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel den Eindruck, dass die Politik sie wie Menschen zweiter Klasse behandelt – eine grundlegende und sehr tiefgehende Abwertungserfahrung. Sie berichten außerdem häufig von Diskriminierung beim Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheitseinrichtungen. Und sie haben insgesamt weniger Möglichkeiten, ihre Lebensumstände und Arbeitsbedingungen mitzugestalten. Beteiligen sie sich politisch, erfahren sie wiederum seltener, dass dies tatsächlich etwas verändern kann. All das bedingt ihr geringes Vertrauen in die Demokratie, deren zentrales Versprechen jenes nach politischer Gleichheit ist:

Egal wer wir sind, was wir besitzen oder woher wir kommen – wir sind gleich viel wert, haben gleichen Zugang zu demokratischen Errungenschaften und können die eigenen bzw. die uns alle betreffenden Lebensumstände im selben Ausmaß politisch mitgestalten. Der Demokratie Monitor 2020 legt offen, dass dies für die Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel nicht gilt – ihre Erfahrungen im Kontext von Demokratie sind geprägt von Ungleichwertigkeit und Abwertung, Zugangsdiskriminierung und dem Ausschluss von (wirksamer) politischer Beteiligung.

Pandemie verstärkt Ungleichheit

Ist es uns als Gesellschaft und den politischen EntscheidungsträgerInnen Ernst mit der Demokratie, können wir das nicht länger ausblenden oder hinnehmen. Dies gilt gerade auch in Zeiten der Corona-Pandemie, denn Ausnahmesituationen wie diese legen bestehende Ungleichheiten nicht nur offen, sie verschärfen sie noch weiter:

Arbeitslosigkeit, Lohnverluste, Erwerbsverbote und ein erhöhtes Ansteckungsrisiko sowie Arbeitsverdichtung in den „systemrelevanten“ Berufen betreffen das ökonomisch schwächste Drittel besonders stark. Ebenso haben Schulschließungen und Ausgangsbeschränkungen entlang bestehender Ungleichheiten wie überbelegtem Wohnraum und fehlender Freiflächen im ökonomisch schwächsten Drittel weitreichendere Auswirkungen.

Ausgehend von den Erkenntnissen des Demokratie Monitors gilt für die Aufarbeitung der Pandemie und für die Stärkung der Demokratie: Positive Erfahrungen in Zusammenhang mit Demokratie und politischer Beteiligung können gerade im direkten Umfeld der Menschen geschaffen werden – in der Schule, der Arbeit, der Nachbarschaft und der Stadt.

© Grafik: SORA-Institut



Globaler Aufruf zur Verteidigung der Demokratie

Mehr als 500 politische und gesellschaftliche Persönlichkeiten, NobelpreisträgerInnen und führende pro-demokratische Institutionen aus der ganzen Welt, darunter über sechzig ehemalige Staats- und Regierungschefs, haben im Juni 2020 eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der davor gewarnt wird, dass die Demokratie bedroht ist und verteidigt werden muss. Der Aufruf im Wortlaut:

Die COVID-19-Pandemie bedroht mehr als nur das Leben und die Lebensgrundlagen von Menschen auf der ganzen Welt. Sie ist auch eine politische Krise, die die Zukunft der liberalen Demokratie bedroht.

Es überrascht nicht, dass autoritäre Regime die Krise nutzen, um Kritikerinnen und Kritiker zum Schweigen zu bringen und ihren politischen Druck zu verstärken. Aber selbst einige demokratisch gewählte Regierungen nutzen die Bekämpfung der Pandemie zur Aneignung von Notstandsbefugnissen, die die Menschenrechte einschränken und die staatliche Überwachung verstärken, ohne Rücksicht auf rechtliche Grenzen, parlamentarische Kontrolle oder Zeitrahmen für die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung. Parlamente werden ins Abseits gedrängt, Journalistinnen und Journalisten verhaftet und schikaniert, Minderheiten zum Sündenbock gemacht, und die schwächsten Teile der Bevölkerung sehen sich mit alarmierenden neuen Gefahren konfrontiert, da die wirtschaftlichen Beschränkungen das Gefüge der Gesellschaften allerorts verwüsten.

Repression wird nicht dazu beitragen, die Pandemie unter Kontrolle zu bringen. Die Redefreiheit zum Schweigen zu bringen,

© Foto: Getty Images

friedliche Dissidentinnen und Dissidenten einzusperren, die Aufsicht durch die Legislative zu unterdrücken und Wahlen auf unbestimmte Zeit zu annullieren – all das trägt nicht zum Schutz der öffentlichen Gesundheit bei. Im Gegenteil, diese Angriffe auf Freiheit, Transparenz und Demokratie werden es den Gesellschaften erschweren, schnell und wirksam auf die Krise zu reagieren, sowohl durch staatliche als auch durch zivilgesellschaftliche Maßnahmen.

Es ist kein Zufall, dass die gegenwärtige Pandemie in einem Land begann, in dem der freie Informationsfluss erstickt wird und in dem die Regierung diejenigen bestraft hat, die vor den Gefahren des Virus warnten – Warnungen, die als Verbreitung von Gerüchten erstickt wurden, die dem Ansehen des Staates schaden. Wenn die Stimmen verantwortungsbewusster Bürgerinnen und Bürger unterdrückt werden, können die Folgen tödlich sein, nicht nur für ein Land, sondern für die ganze Welt.

Demokratie ist nicht nur ein geschätztes Ideal. Sie ist das Regierungssystem, das am besten geeignet ist, eine Krise vom Ausmaß und von der Komplexität von COVID-19 zu bewältigen. Im Gegensatz zu den selbstherrlichen Behauptungen der autoritären Propaganda sind ein glaubwürdiger und freier Informationsfluss, eine faktengestützte Debatte über politische Optionen, die freiwillige Selbstorganisation der Zivilgesellschaft und ein offener Umgang zwischen Regierung und Gesellschaft entscheidende Vorteile bei der Bekämpfung der Pandemie. Und sie alle sind Schlüsselelemente der liberalen Demokratie.

Nur durch die Demokratie können Gesellschaften das soziale Vertrauen aufbauen, das es ihnen ermöglicht, in einer Krise durchzuhalten, nationale Widerstandsfähigkeit angesichts von Notlagen zu bewahren, tiefe gesellschaftliche Spaltungen durch integrative Beteiligung und Dialog zu heilen und das Vertrauen darauf zu bewahren, dass die Lasten geteilt und die Rechte aller Bürgerinnen und Bürger respektiert werden.

Nur durch Demokratie kann eine unabhängige Zivilgesellschaft, einschließlich Frauen und junger Menschen, in die Lage versetzt werden, mit öffentlichen Institutionen zusammenzuarbeiten, bei der Erbringung von Dienstleistungen zu helfen, den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, informiert und engagiert zu bleiben und die soziale Moral und den Sinn für gemeinsame Ziele zu stärken.

Nur durch die Demokratie können freie Medien ihre Aufgabe wahrnehmen, die Menschen zu informieren, damit sie fundierte persönliche und familiäre Entscheidungen treffen können, die Regierung und öffentliche Institutionen kritisch hinterfragen und Desinformationen entgegenwirken können, die darauf abzielen, Gesellschaften auseinanderzureißen.

Nur durch die Demokratie kann die Gesellschaft ein nachhaltiges Gleichgewicht zwischen konkurrierenden Bedürfnissen und Prioritäten herstellen – zwischen der Bekämpfung der Ausbreitung des Virus und dem Schutz der wirtschaftlichen Sicherheit; und zwischen der Umsetzung einer wirksamen Reaktion auf die Krise und dem Schutz der bürgerlichen und politischen Rechte der Menschen in Übereinstimmung mit den verfassungsmäßigen Normen und Garantien.

Nur in Demokratien kann die Rechtsstaatlichkeit die individuellen Freiheiten vor staatlichen Eingriffen und Einschränkungen schützen, die weit über das hinausgehen, was zur Eindämmung einer Pandemie notwendig ist. Nur in Demokratien können Systeme der öffentlichen Rechenschaftspflicht Notstandsbefugnisse der Regierung begrenzen und überwachen und sie beenden, wenn sie nicht mehr benötigt werden.

Nur in Demokratien kann man den staatlichen Angaben über das Ausmaß und die gesundheitlichen Auswirkungen der Pandemie Glauben schenken.

Demokratie garantiert keine kompetente Führung und effektive Regierungsführung. Während unter den Ländern, die am effektivsten gegen das Virus vorgegangen sind, Demokratien vorherrschen, haben andere Demokratien bei der Reaktion auf die Pandemie schlecht agiert und einen sehr hohen Preis an Menschenleben und wirtschaftlicher Stabilität gezahlt. Demokratien, die schlecht funktionieren, schwächen die Gesellschaft weiter und schaffen Spielräume für autoritäre Politiker.

Die größte Stärke der Demokratie ist jedoch ihre Fähigkeit zur Selbstkorrektur. Die COVID-19-Krise ist ein alarmierender Weckruf, eine dringende Warnung, dass die Freiheiten, die wir schätzen, in Gefahr sind und dass wir sie nicht als selbstverständlich hinnehmen dürfen. Durch Demokratie können die Bürgerinnen und Bürger und ihre gewählten Führungspersonen lernen und wachsen. Noch nie war es für sie wichtiger, dies zu tun.

Die gegenwärtige Pandemie stellt eine gewaltige globale Herausforderung für die Demokratie dar. Autoritäre Kräfte rund um die Welt betrachten die COVID-19-Krise als ein neues politisches Schlachtfeld in ihrem Kampf, die Demokratie als schwach zu stigmatisieren und ihre enormen Fortschritte der letzten Jahrzehnte rückgängig zu machen. Die Demokratie ist bedroht, und Menschen, denen sie am Herzen liegt, müssen den Willen, die Disziplin und die Solidarität aufbringen, um sie zu verteidigen. Auf dem Spiel stehen die Freiheit, Gesundheit und Würde der Menschen überall auf der Welt.

INFO

Quelle und UnterzeichnerInnen:
www.idea.int



Wenn die Demokratie nicht liefert

Mit der Demokratie sind derzeit vor allem junge Menschen unzufrieden, außerdem setzen ihr Verschwörungstheorien zu. Das zeigen zwei besorgniserregende Studien. Doch es gibt Hoffnung.

Saskia Blatakes, freie Journalistin

Die Ergebnisse seien „zutiefst beunruhigend“, schreiben die AutorInnen einer aktuellen Studie der Uni Cambridge mit dem Titel „Youth and Satisfaction with Democracy“. Von 1973 bis 2020 haben die ForscherInnen 4,8 Millionen Menschen in 160 Ländern befragt. Das Resümee: Vor allem junge Menschen auf der ganzen Welt sind unzufriedener geworden mit der Staatsform Demokratie.

Auf den ersten Blick mag das nicht überraschen. Galt „die Jugend“ – wenn man überhaupt derart generalisieren möchte – doch schon immer als rebellisch, unzufrieden mit dem Status quo oder politisch desinteressiert. Doch die Studie zeigt: Die heutige Jugend ist unzufriedener denn je. Verglichen wurden folgende vier Generationen: Millennials oder Generation Y (alle, die zwischen 1981 und 1996 geboren wurden), Generation X (1965 bis 1980), Babyboomer (1944 bis 1964) und jene Kohorte, die in der britischen Studie als „Zwischenkriegs-Generation“ bezeichnet wird (1918 bis 1943).

Alarmierende Ergebnisse

Erstens ist die heutige junge Generation deutlich unzufriedener als es die Generation vor ihr im gleichen Alter war. Dies gilt auch für die Generationen vor ihr: Jede Alterskohorte ist unzufriedener als ihre VorgängerInnen, als diese in der gleichen Phase befragt wurden. Im Klartext: Die Unzufriedenheit mit der Demokratie hat unter den Jungen kontinuierlich zugenommen.

Zweitens scheint diese Unzufriedenheit tiefgreifender und nachhaltiger geworden zu sein. Früher galt die Faustregel: Je älter ein Mensch wird, umso mehr lernt er die Demokratie zu schätzen. Gern zitiert wird in diesem Zusammenhang Winston Churchill, der sinngemäß sagte, die Demokratie sei die

© Foto: Getty Images

schlechteste aller Regierungsformen – außer allen anderen, welche die Menschheit bisher ausprobiert habe. Doch genau dieses kritische Grundvertrauen in die Demokratie scheint vielen jungen Menschen abhandengekommen zu sein.
Woran liegt das? Hier muss man die Ergebnisse der einzelnen Länder und Regionen separat betrachten. Die gute Nachricht vorweg: Österreich steht im Vergleich noch gut da. In Fernost, Osteuropa und Nordeuropa inklusive Österreich ist die Unzufriedenheit der jungen Menschen nicht ganz so stark gestiegen wie im Rest der Welt. Zugenommen hat sie besonders stark in den USA, Brasilien, Mexiko, Frankreich und Großbritannien. Sucht man nach den Gründen, lassen sich keine generellen Aussagen treffen.

Unzufrieden über Ungleichheit

Während in Afrika und Lateinamerika vor allem Korruption und fehlende Rechtssicherheit frustrieren, sind es in Südeuropa vor allem die Folgen der Finanzkrise und das Unvermögen des Staates, Jobs und Wohlstand zu sichern. Interessant ist es, sich die sogenannten Übergangsländer anzusehen: Wer einmal eine Diktatur am eigenen Leib erlebt hat, ist in der Regel zufriedener mit der Demokratie bzw. schätzt die Vorzüge eines demokratischen Systems. Allerdings gilt dieses Phänomen nur für die älteren BürgerInnen. Die Jüngeren scheinen ein politisches System nicht nach den ihm zugrunde liegenden Idealen, sondern nach seinen tatsächlichen Leistungen zu beurteilen.
Anders formuliert: Wenn das System nicht liefert, hat es für viele junge BürgerInnen versagt. Bei allen Unterschieden gibt es nämlich einen Faktor, der in allen Ländern Unzufriedenheit vorantreibt: die gestiegene Ungleichheit der Vermögen und Einkommen.
Warum das vor allem junge Menschen betrifft, ist klar: Ungleichheit hat einen direkten Effekt auf die Chancen, die sie im Leben haben werden. Sie leiden besonders unter hohen Mieten, Problemen beim Aufbau von Ersparnissen, höheren Schulden (zum Beispiel wegen teurer Ausbildungen), geringeren Chancen, ein Eigenheim zu kaufen und eine Familie zu gründen, und oft auch unter einer gestiegenen Abhängigkeit von den Eltern oder anderen Verwandten.
Gesellschaften, in denen persönlicher Erfolg viel weniger von eigener, harter Arbeit abhängt und viel mehr von geerbtem Geld, sind besonders ungleich. Ein Beispiel: Millennials machen in den USA fast ein Viertel der Bevölkerung aus, besitzen aber nur drei Prozent des Vermögens. Als die Babyboomer im gleichen Alter waren, verfügten sie über ganze 21 Prozent des nationalen Vermögens.

Populismus ist populär

Während Ungleichheit und Demokratiemüdigkeit – aus unterschiedlichen Gründen – überall gestiegen sind, gibt es eine beunruhigende Übereinstimmung: Der Populismus ist auf dem Vormarsch – besonders seit der „populistischen Welle“ von 2015 – und vor allem die Jugend scheint sich durch ihn politisch aktiviert zu fühlen. Auch das zeigt die Studie: Wenn PopulistInnen an die Macht kommen – egal ob von links oder von rechts –, ist die Jugend erst einmal zufriedener. Eine deutliche Ausnahme bildet nur die Regierungszeit von Donald Trump. Sind die PopulistInnen dann mehr als zwei Regierungszeiten im Amt, sinkt in der Regel die Zufriedenheit der Jungen und die Demokratie schlittert in eine deutliche Legitimitätskrise.

Angst und Verschwörungstheorien

Trotzdem ist Populismus en vogue, das zeigt auch eine Studie, die von dem slowakischen Thinktank Globsec und der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) durchgeführt wurde. In zehn mitteleuropäischen Ländern wurden jeweils etwa 1.000 Personen zu ihren politischen Einstellungen befragt. Das Ergebnis: Gestiegen ist die Zustimmung zu Populismus, starken Führerfiguren, Verschwörungstheorien und die Meinung, „unsere Werte“ seien durch MigrantInnen bedroht.
Dabei zeigen sich auch interessante Widersprüche: Zum Teil überlagert sich die Angst vor einer „Islamisierung“ mit der Angst vor einer vermeintlichen „jüdischen Einflussnahme“ auf die nationale Politik. Während beispielsweise in Österreich 42 Prozent Angst vor einer Islamisierung haben, fürchten auch ganze 21 Prozent eine „geheime jüdische Okkupation“. Das Sympathisieren mit Fake News und eine Tendenz zum Diktatorischen scheinen zusammenzuhängen: „Jene, die an Verschwörungstheorien glauben und offen für Desinformation sind, sprechen sich eher für einen starken Führer aus“, heißt es in der Zusammenfassung der Studie.
In Österreich glauben mittlerweile ganze 22 Prozent, dass „eine geheime Macht eine totalitäre Weltordnung etablieren möchte“. „Fehlendes Demokratie- und Medienvertrauen, ungenügende Transparenz und Unzufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation sind ein idealer Nährboden für Verschwörungstheorien und machen anfällig für Desinformation. Obwohl acht von zehn ÖsterreicherInnen die heimischen Medien im Großen und Ganzen für ‚frei‘ halten, ist das Vertrauen in sie doch relativ gering, wenn jeder zweite Befragte angibt, den ‚gängigen Massenmedien‘ zu misstrauen“, kommentiert ÖGfE-Generalsekretär Paul Schmidt. Als Grund für diese Entwicklungen sieht er die „Krisen und Umbrüche“ der letzten Jahre.

Die Demokratie ist selbstkritisch

Seit vielen Jahren versuchen Wissenschaft, Politik und Medien, das neue Erstarken des Populismus zu ergründen und Gegenmittel auszumachen. Und genau in dieser Suche findet sich die Hoffnung, nach der sich viele sehnen: in der Demokratie selbst. Denn es liegt in ihrer Natur, sich kritisch zu hinterfragen, sich zu prüfen und sich weiterzuentwickeln.
Eine ihrer zentralen Eigenschaften, der Pluralismus, hat den Populismus erst hervorgebracht und wird gleichzeitig von ihm bekämpft. Sie muss nun lernen, mit ihren Feinden aus dem Inneren umzugehen. Die Demokratie sei von Natur aus experimentell, schreibt der französische Historiker Pierre Rosanvallon in seinem neuen Buch „Das Jahrhundert des Populismus“ (Hamburger Edition 2020).
Werden die Demokratien die aktuellen und kommenden Krisen meistern? Werden sie sich gegen antidemokratische Strömungen zur Wehr setzen? Werden sie gerechte und nachhaltige Antworten finden auf die steigende Unzufriedenheit der Jungen?
Die Antworten werden zeigen, wie gut uns das Experiment Demokratie in Zukunft gelingt.



Demokratie in Zeiten der Blase

Wie Bürgerinnen und Bürger die Politik verbessern können

Jacob Birkenhäger und Leonie Feinendegen, ifok GmbH, Berlin – www.ifok.de

Wie funktioniert unsere Demokratie heute, in einer digitalen und vielfältigen Gesellschaft? Einer Gesellschaft, die immer weniger gemeinsame Räume hat, sondern von Filterblasen und Echokammern dominiert ist – von (digitalen) Räumen also, in denen ich nur lese und höre, was ich ohnehin schon denke. In denen die Konfrontation mit anderen Meinungen weitgehend ausbleibt.

Die Politik – egal ob in der Kommune, im Bundesland oder auf der nationalen Ebene – muss sich den neuen Gegebenheiten stellen.

Eine immer vielfältigere, vernetztere, teilweise post-faktische Gesellschaft auf der einen Seite, komplexe Herausforderungen wie Corona oder die Klimakrise auf der anderen Seite erfordern neue politische Verfahren und Entscheidungsprozesse.

Der folgende Artikel beschreibt beispielhaft, wie BürgerInnen in Entscheidungen und Entscheidungsfindungsprozesse miteinbezogen werden sollten und wie die Politik damit besser wird. So stärken wir unsere Demokratie.

Bürgerrat Leipzig

2019 hat in Deutschland der erste bundesweite Bürgerrat getagt, den ifok zusammen mit weiteren Durchführungsinstituten der Bürgerbeteiligung unter Initiative von Mehr Demokratie e.V. und der Schöpflin Stiftung konzeptioniert, organisiert und moderiert hat. Die zufällig ausgelosten Teilnehmenden haben sich mit der Frage beschäftigt, wie die Demokratie in Deutschland langfristig gestärkt werden kann. Bei einem Bürgerrat kommt eine Gruppe an BürgerInnen zusammen, um ein bestimmtes Thema zu diskutieren und basierend auf dieser Diskussion und thematischem Input von ExpertInnen das Für und Wider abzuwägen und so Handlungsempfehlungen an die Politik zu formulieren. Die Teilnehmenden des Bürgerrats werden zufällig in ganz Deutschland ausgelost und dann basierend auf bestimmten Merkmalen, wie Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Herkunft, ausgewählt, um die Gesellschaft möglichst genau abzubilden (im Englischen deshalb auch „mini public“ genannt). So kommen verschiedenste Menschen zusammen, die einer öffentlichen Einladung wahrscheinlich eher nicht gefolgt wären, sich durch die konkrete Auswahl per Zufall aber angesprochen und mitunter auch verpflichtet fühlen teilzunehmen.

In ihrer Rolle als zufällig ausgewählte BürgerInnen, die mit einer konkreten

© Fotos: Mehr Demokratie



Großes Engagement beim Bürgerrat Demokratie 2019 in Leipzig

politischen Frage betraut werden, fokussieren sich die Menschen schnell auf das Gemeinwohl und gemeinsame Lösungen, statt eigene Interessen gegen andere durchsetzen zu wollen. Die zufällige Auswahl der BürgerInnen statt einer Wahl führt dazu, dass niemand seine Interessen durchsetzen muss. Das Momentum der Repräsentation bestimmter Gruppen entfällt zugunsten der Repräsentation des ganzen Landes. Die Ausgelosten müssen sich nicht gegenüber bestimmten Wählergruppen rechtfertigen und diese überzeugen, sie wiederzuwählen, denn allein der Zufall bestimmt, wer Teil eines Bürgerrats ist – eine Wiederwahl ist so gut wie ausgeschlossen und basiert im unwahrscheinlichen Fall wiederum nur auf Zufall.

So kann eine sachorientierte, kompromissbereite und ergebnisoffene Atmosphäre entstehen: Das Ziel aller Beteiligten ist, eine Lösung zu finden, die für alle, für das ganze Land, funktionieren kann.

Zahlreiche Erfolgsbeispiele

Die zufällige Auswahl von BürgerInnen führt nicht nur auf einer nationalen Ebene zu konstruktiven Empfehlungen im Sinne der Allgemeinheit. In Baden-Württemberg werden zufällig ausgewählte BürgerInnen an den Zukunftsthemen des Landes beteiligt, sei es einer neuen Landesstrategie für Europa, der Transformation der in Baden-Württemberg so wichtigen Automobilwirtschaft oder zum Umgang mit Corona und den erforderlichen Maßnahmen. Der Bürgerrat Vorarlberg macht international Schule für die Einbindung von BürgerInnen und stärkt die Selbstorganisation und Eigenverantwortung in der Bevölkerung. Auch auf kommunaler Ebene gibt es zahlreiche Erfolgsbeispiele der zufallsbasierten Beteiligung von BürgerInnen, z. B. in Tempelhof-Schöneberg (Berlin) nach Vorarlberger Modell.

Neben der Zufallsauswahl ist – insbesondere in Infrastrukturprojekten wie beispielsweise dem Brenner Nordzulauf – eine frühzeitige Bürgerbeteiligung ein Garant für den Erfolg von Projekten. Im Rahmen der Rheinspange, einer geplanten Autobahnquerung des Rheins südlich von Köln, hat ifok im Auftrag des Landesbetriebs Straßenbau Nordrhein-Westfalen die BürgerInnen der Region zu einem sogenannten Beteiligungsscoping eingeladen, in dem die Öffentlichkeit ihre Themen und Fragen vor dem Start der eigentlichen Planung in den Prozess einbringen und die Bürgerbeteiligung selbst mitgestalten konnte. Zu Beginn der Planungen sind die Gestaltungsspielräume noch groß und nehmen im Verlauf der oft mehrjährigen Planung schrittweise ab. Die BürgerInnen frühzeitig einzubeziehen, führt daher zu einem Ergebnis, das am Ende auch mehr Unterstützung in der Öffentlichkeit findet.

Grenzen der Beteiligung

Die Einbindung von BürgerInnen und Öffentlichkeit in politische oder planerische Vorhaben, egal ob per Zufall, auf Einladung oder mit ausgewählten Stakeholdern und unabhängig vom Zeitpunkt, erfordert auch eine Umstellung von Politik und Verwaltung.

Der Planer oder die Planerin einer Bahntrasse muss lernen, schon früh in ihrer/seiner Planung in einen Dialog mit der Öffentlichkeit zu treten, statt die Bahnstrecke erst komplett zu planen und dann öffentlich zu kommunizieren. Die Kommunikation tritt an den Anfang der Planungen. Genauso muss ein Ministerium oder eine kommunale Verwaltung lernen, mit den Ergebnissen aus einer Bürgerbeteiligung umzugehen. Das betrifft regelmäßig die fachlichen Stellen und FachpolitikerInnen, die daher von Beginn an in den Beteiligungsprozess eingebunden sein sollten. Zentraler Bestandteil erfolgreicher Bürgerbeteiligung sind ein transparenter Umgang mit den Ergebnissen in Politik und Verwaltung und die Rückmeldung zur Umsetzung der Ergebnisse.

Bürgerbeteiligung kann unsere Demokratie stärken und die Politik besser machen. Sie ist aber kein Ersatz von repräsentativer Politik und der wichtigen Arbeit unserer VolksvertreterInnen in den Parlamenten, die am Ende verbindliche Entscheidungen für die Allgemeinheit treffen. Bürgerbeteiligung ist immer nur beratend.

Neue Beteiligungsformate

Ein Ergebnis des Bürgerrats Demokratie war unter anderem, dass mehr Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden sollen. Aus diesem Grund hat sich der Bundestag für einen Bürgerrat zu Deutschlands Rolle in der Welt ausgesprochen. Dieser ist auch als Modellverfahren für das deutsche Parlament vorgesehen, um Beteiligungsformate auf Bundesebene in Verzahnung mit der parlamentarischen Arbeit zu erproben.

Der zweite bundesweite Bürgerrat in Deutschland tagt nach monatelangen Vorbereitungen im Januar und Februar 2021 digital.

Die verschiedenen Beispiele zeigen, dass Bürgerbeteiligung auf verschiedenen politischen Ebenen eingesetzt werden kann und das Potenzial hat, unser Zusammenleben und unsere Demokratie zu stärken. ifok hat seit 25 Jahren Erfahrungen darin, erfolgreiche Beteiligung von BürgerInnen und Öffentlichkeit von der kommunalen bis zur europäischen Ebene umzusetzen.

© Foto: Mehr Demokratie

Mut und Beharrlichkeit

Die Dorfgemeinschaft als Innovationsschmiede – neue Wege der Governance?

Dalilah Pichler und Wolfgang Oberascher, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Die Arbeit von KommunalpolitikerInnen ist fordernd. Man will die eigene Stadt oder Gemeinde positiv verändern, übernimmt Verantwortung und versucht sein Möglichstes, die Bedürfnisse der BürgerInnen zu erfüllen.

Grenzen erwachsen im Arbeitsalltag aber leider allzu oft gleich von mehrfacher Seite. Einerseits konstatieren gesellschaftspolitische Entwicklungen eine allgemeine Politikverdrossenheit und eine Individualisierung der Gesellschaft. Jeder will, dass die eigenen Interessen als prioritär gesehen werden und damit natürlich auch für die kommunalpolitischen EntscheidungsträgerInnen ausschlaggebend sein sollen.

Andererseits reichen die Forderungen der BürgerInnen an die kommunale Ebene häufig über die – durch das föderale System eingeräumten – gesetzlichen Möglichkeiten des Handelns hinaus. Man müsste eigentlich in Handlungsbereiche anderer AkteurInnen hineinwirken, wenn man eine Herausforderung direkt lösen möchte. Spielt das Gegenüber nicht mit, steht es vielfach schlecht um eine Problemlösung. Für die Politik besteht die Gefahr, in Ohnmacht zu verfallen, da man einer verfahrenen Situation nicht Herr wird.

Neue Wege

Genau das Gegenteil ist erfreulicherweise jedoch auch schon gelebte Praxis! Durch Innovation und unter Anwendung moderner Governance-Prinzipien finden KommunalpolitikerInnen erfrischende, neue Wege, um letztlich doch durch Innovation zum Ziel zu gelangen. Dabei soll Innovation nicht zwingend als Digitalisierung oder Entwicklung von neuen Dienstleistungen oder Prozessen verstanden werden, sondern als disruptive Veränderung, bei der vorhandene Ressourcen anders kombiniert und bestehende Praktiken verdrängt werden. Darunter fallen auch innovative Ansätze der Zusammenarbeit, Kommunikation und Governance. Auch wenn Praktiken bereits anderswo im öffentlichen Sektor angewendet werden, so sind sie trotzdem innovativ, wenn sie für die involvierten AkteurInnen in ihrem Kontext als neu empfunden werden.

Einige Fälle aus ganz Europa, die auf kommunaler Ebene auf dringliche Herausforderungen neue Wege der Governance eingeschlagen haben, wurden im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit untersucht. Was ist dabei besonders aufgefallen?

Beim Vergleich der Fälle sogenannter „Governance Innovationen“ haben wir ein stark ausgeprägtes Kollaborationsverständnis der politischen Führungskräfte erkennen können. Die dort in Gang gesetzten Innovationsprozesse zeichneten sich besonders durch vier Merkmale aus. Erstens ermöglichten und unterstützten die PolitikerInnen formelle und auch informelle Treffen der relevanten Stakeholder. Hier liegt es an der politischen Führungskraft, die richtigen AkteurInnen an den Tisch zu bringen und Beteiligung von BürgerInnen sowie Interessenvertretungen über die üblichen Verdächtigen hinaus sicherzustellen.

Vertrauen ist das nächste Stichwort im Innovationsprozess, denn ein zweiter Aspekt war die hohe Vertrauensbasis zwischen den beteiligten AkteurInnen und der Politik. Diese war fundiert durch den politischen Willen, Veränderungsprozesse zu starten, Prioritäten auf die politischen Agenden zu setzen und Neues zu probieren.

Der dritte Ansatz liegt bei gleichberechtigten Entscheidungskompetenzen. Partizipation und Beteiligung standen an erster Stelle in diesen Prozessen. Es sind Strukturen zu entwickeln, bei denen die AkteurInnen sich möglichst früh einigen, wie bindende Entscheidungen getroffen werden sollen. Unterschiedliche Beteiligungsprozesse finden in Österreich bereits vor allem durch die Lokale Agenda 21 statt und können als Grundlage dienen, in Gemeinden Bürgerbeteiligung zu fördern.

Letztlich und ganz zentral gilt, dass die Politik die Innovationsbereitschaft vorlebt und davon überzeugt ist, dass neue Wege in ihrem Kontext beschritten werden können. In Sachen Offenheit und Risikobereitschaft müssen PolitikerInnen mit gutem Beispiel vorangehen und vermitteln, damit die Zivilgesellschaft und Verwaltungsbedienstete sich befähigt fühlen und aktiv werden.

Learnings aus der Studie

Was haben wir aus diesen Erkenntnissen für andere Städte und Gemeinden gelernt und wie können LokalpolitikerInnen diese so wichtigen Innovationen in ihren Kommunen fördern und steuern?

Zuallererst sehen wir es als wesentlich an, dass ein unterstützendes Innovationsklima innerhalb und über Organisations- und Sektorengrenzen hinweg geschaffen wird, damit innovatives Denken gedeihen kann. Die Befähigung von Verwaltungsbediensteten sowie BürgerInnen durch die Gewährung von Gestaltungsfreiraum führt zu einem offeneren Austausch von Information, Wissen und anderen Ressourcen. Als gewählte Vertretung sollten PolitikerInnen es als Hauptaufgabe sehen, Inklusion und Partizipation der weniger aktiven BürgerInnen zu fördern, um so ein Ungleichgewicht der Interessensvertretungen zu vermeiden.

Eine weitere Empfehlung ist, dass politische Führungskräfte die zugrunde liegende Komplexität eines Problems anerkennen. Je sensibler oder komplexer das Thema ist, desto mehr müssen Führungskräfte den Innovationsprozess schützen, indem sie

Haltung zeigen, (politische) Risiken eingehen und Verantwortung für den Prozess übernehmen. Hier gehört es zur Aufgabe der Politik, vorzuleben, dass man bereit dazu ist, Neues zu wagen bzw. auszuprobieren. In einer Welt mit einer immer aktiver werdenden Zivilgesellschaft werden nur ganzheitliche Lösungsansätze langfristig Wandel herbeiführen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Kreativität und Mut im Gestaltungsprozess sowie Beharrlichkeit zum Erreichen der gemeinsamen Ziele maßgeblich beitragen. Trotz aller impliziten und expliziten Hindernisse während eines politischen Prozesses zeigen die untersuchten Beispiele, dass ein Fehlen von institutionalisierten Strukturen kein Hindernis für eine politische Vision sein muss. Vielmehr öffnen agile Strukturen und ein modernes Kollaborationsverständnis bei den EntscheidungsträgerInnen genau jene Türen, die ansonsten häufig verschlossen bleiben würden.



Workshop mit Flüchtlingen in Alberschwende

Das österreichische Good-Practice Beispiel: Gemeinde Alberschwende

Die Gemeinde im Bregenzerwald nahm, wie viele andere Gemeinden in Österreich, im Jahr 2015 Flüchtlinge aus Syrien auf. Ohne sich von der Überforderung auf internationaler und nationaler Ebene beirren zu lassen, nahmen die DorfbewohnerInnen die Sache selbst in die Hand. Durch die Überwindung sektoraler und institutioneller Grenzen wurde eine lokale Lösung für eine globale Herausforderung auf die Beine gestellt.

Was zuerst als ziviles Engagement begann, entwickelte sich weiter zu der Initiative „Wir sind aktiv“, um die Grundvoraussetzungen für Hilfe zur Selbsthilfe zu schaffen. Dabei wurde eine Vermittlungsstelle für gemeinnützige Arbeit von den AsylwerberInnen für die AsylwerberInnen eingerichtet. Doch der innovativste Schritt war die sektorenübergreifende Zusammenarbeit der Dorfgemeinschaft, um einen Weg zu finden, geflüchtete Menschen so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Aktive BürgerInnen, die sich auch in Vereinen organisierten, verhandelten mit lokalen Unternehmen und die Bürgermeisterin nutzte ihre Kontakte und Netzwerke, um öffentliche Einrichtungen wie AMS und AUVA bei der Suche nach einer Lösung einzubeziehen. Trotz des großen Widerstandes von Institutionen, die auf streng ausgelegte Gesetze und Vorschriften verwiesen, hat Alberschwende einen Weg gefunden, ein Volontariat speziell für Flüchtlinge zu schaffen, um eine frühzeitige Berufsorientierung und Arbeitsmarktintegration in Lokalbetrieben sicherzustellen. Mit dem Volontariat wird die lange Wartezeit zwischen der Gewährung von Asyl und dem Zugang zum Arbeitsmarkt sinnvoll überbrückt und die Integration in die Gesellschaft beschleunigt. Eine wichtige Rolle spielte in diesem Innovationsprozess die Bürgermeisterin von Alberschwende, die durch kollaborative Führungsqualitäten den Grundstein für eine Innovation der kommunalen Governance legte. Lokale PolitikerInnen können durch das proaktive Schaffen von Innovationsräumen, wo AkteurInnen befähigt werden und bereichsübergreifendes Denken gefördert wird, neue Lösungswege für scheinbar unüberwindbare Herausforderungen aufzeigen.

Was ist die Innovation?

Die Möglichkeit für Bleibeberechtigte ohne die gesetzlich verlangten Deutschkenntnisse, sich vor einem positiven Asylbescheid beruflich via Volontariat zu orientieren, gab es in dieser Form für die Region nicht. Durch den Impuls und die Beharrlichkeit der Zivilgesellschaft, die auf eine Lösung drängte, wurde auch eine rechtskonforme Möglichkeit in Kooperation mit den öffentlichen Institutionen sowie Unternehmen geschaffen.

Dieser Beitrag ist eine gekürzte Version des gleichnamigen Artikels in der KDZ-Publikation „Nachhaltig wirken: Impulse für den öffentlichen Sektor“. Der vollständige Artikel inklusive einer Beschreibung der untersuchten Beispiele ist hier abrufbar: https://bit.ly/33jzgSw

© Foto: Regionalentwicklung Vorarlberg

Der ökonomische Nutzen von Gender Budgeting in Wien

Gleichstellungspolitische Maßnahmen leisten einen wichtigen Beitrag für die gesellschaftliche Entwicklung und haben positive Auswirkung auf die Gesamtwirtschaft. Die Stadt Wien investiert viel in die Gleichstellung von Frauen und Männern. Das ist (auch) wirtschaftlich gesehen sinnvoll, belegt eine Studie des WIFO.

Iulia-Andreia Leopold, Dezernat Grundlagen, und Edith Waltner, Dezernat Wirtschaft; beide Stadt Wien – Wirtschaft, Arbeit und Statistik

Die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt ist in Wien im Bundesvergleich relativ weit fortgeschritten. Dementsprechend sind die Gleichstellungsdefizite und damit das Gleichstellungspotenzial in Wien geringer als in den übrigen Bundesländern (vgl. WIFO 2017). Aber auch hier gibt es durchaus Verbesserungspotenzial, insbesondere was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch die Aufteilung von unbezahlter Arbeit zwischen Frauen und Männern betrifft. So könnte durch mehr Gleichstellung in Wien ein zusätzliches BIP in der Größenordnung von +2,3 % bis +2,7 % bis zum Jahr 2030 erwirtschaftet werden (vgl. WIFO 2019). Besonders vielversprechende Maßnahmen, um dies zu erreichen, sind jene, die auf eine Erhöhung der Erwerbsintegration abzielen und solche, die MINT[1]-Qualifikationen von Frauen fördern.

Die Stadt Wien bekennt sich zur Gleichstellung von Frauen und Männern und hat bereits vor 15 Jahren (also schon Jahre vor Inkrafttreten der diesbezüglichen Verfassungsbestimmung) damit begonnen, Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in allen Bereichen umzusetzen. Während die verfügbaren Studien die positive Wirkung von mehr Geschlechtergleichstellung auf die Gesamtwirtschaft darlegen (vgl. OECE 2015 bzw. EIGE 2017), gibt es kaum Untersuchungen zu makroökonomischen Auswirkungen von Gender-Budgeting-Maßnahmen. Neben der hohen methodischen Komplexität solcher Wirkungsanalysen stellen diese auch hohe Ansprüche an die Daten und stoßen häufig an die Grenzen der Datenverfügbarkeit. Das ist insofern bedauerlich, als es empirische Belege braucht, um die Effektivität von Gender Budgeting zu erhöhen und die weitere Umsetzung von Gleichstellungspolitik voranzutreiben.



U-Bahn-Ausbau reduzierte Frauenarbeitslosigkeit.

Volkswirtschaftliche Wirkung

Die Abteilung „Wirtschaft, Arbeit und Statistik" der Stadt Wien hat bewusst „Neuland" betreten und das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) damit beauftragt, eine Machbarkeitsstudie zu den ökonomischen Wirkungen von Gender Budgeting in Wien durchzuführen. Auf dieser Grundlage wurden Wirkungsanalysen für zwei konkrete Beispielinitiativen (Beitragsfreier Kindergartenbesuch, U1-Verlängerung) vorgenommen (vgl. WIFO 2019).

Im Fall der Einführung des beitragsfreien Kindergartens im Herbst 2009 – als erstes Beispiel – ergeben die Berechnungen, dass die erforderlichen Ausgaben der Stadt Wien für den beitragsfreien Kindergarten mit

© Foto: Johannes Zinner

einer Wertschöpfung von rund 400 Mio. Euro und einer Beschäftigung von 7.600 Personen verbunden sind. Davon entfallen ca. 295 Mio. Euro an Wertschöpfung bzw. rund 6.000 Beschäftigte auf Wien. Sowohl der Wertschöpfungs- als auch der Beschäftigungseffekt der Ausgaben für den beitragsfreien Kindergarten in Wien sind damit höher als jene, die im Durchschnitt mit dem öffentlichen Konsum verbunden sind. Die Analyse zeigt, dass die Maßnahme eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen in Wien bewirkt hat. Das hat damit zu tun, dass die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu einem erhöhten Arbeitskräfteangebot von Frauen führt und – auch ein wichtiges Ergebnis – Frauen auch vermehrt in einem Beruf arbeiten können, der ihrer tatsächlichen Qualifikation entspricht. Rund 1.000 Wiener Frauen zusätzlich wurde es somit ermöglicht, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.
Das zweite Beispiel – die Verlängerung der U1 bis Leopoldau im Jahr 2006 – wurde gewählt, weil Frauen aufgrund ihrer von Männern unterschiedlichen Verkehrsmittelwahl in stärkerem Ausmaß von Investitionen in öffentlichen Verkehr profitieren. Zentrales Ergebnis dieser Wirkungsanalyse ist, dass die Arbeitslosenquote jener Frauen, die in unmittelbarer Nähe der neu gebauten Stationen wohnen, aufgrund der U1-Verlängerung stärker zurückgegangen ist als jene der Frauen im übrigen Wien. Ausschlaggebend dafür dürfte sein, dass Frauen durch den besseren Zugang zum öffentlichen Verkehrssystem die Arbeitssuche in einem weiteren Umkreis erleichtert wird und diese damit effizienter erfolgen kann.

Investitionen rechnen sich

Gleichstellungspolitische Maßnahmen führen nicht nur zu mehr Gendergerechtigkeit, sondern tragen auch zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Sinne von Wertschöpfungs- und Beschäftigungswachstum bei. In diesem Zusammenhang gewinnt die Gender-Budgeting-Analyse besonders in Zeiten von knappen Budgetressourcen, wie dies im Zuge der COVID-19-Pandemie der Fall ist, wieder neue Bedeutung. Viele der derzeit als systemrelevant eingestuften Berufe im Handel, in der Gesundheit und Pflege, Bildung etc. haben hohe Frauenanteile, sind aber dennoch schlecht bezahlt. Zudem sind Mütter durch fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten im Lockdown noch stärker durch unbezahlte Arbeit belastet und von Einkommensverlusten betroffen (vgl. Mader 2020). Trotzdem drohen Frauen bei den Konjunktur- und Unterstützungsmaßnahmen von EU und der Regierung nicht entsprechend berücksichtigt zu werden (vgl. Klatzer/Rinaldi 2020).

Gleichstellung in der Krise

Auch mit Blick auf die Zeit nach der COVID-19-Pandemie bleibt zu befürchten, dass Frauen bei notwendigen Sparmaßnahmen durch ein Ausbleiben von sozialen Investitionen (z. B. in den Bereichen Gesundheit, Kinderbetreuung, Pflege und Bildung) besonders betroffen sein könnten. Die Coronakrise hat deutlich gezeigt, dass der Großteil der Tätigkeiten im Zusammenhang mit Kindern und Haushalt nach wie vor von Frauen übernommen wird, die ihr Arbeitsangebot aufgrund von Mehrarbeit mit den Kindern in den Lockdown-Zeiten reduzieren. Das führt letztendlich zu einem weiteren Auseinanderdriften der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern (vgl. WIFO 2020). Der Gender Gap bei den Kosten im Zusammenhang mit Schulschließungen ist nicht zu vernachlässigen (vgl. IHS 2020).
Dementsprechend wichtig ist es, die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen spezifischer Gender-Budgeting-Maßnahmen stärker zu thematisieren, qualitätsvolle Datengrundlagen für entsprechende Wirkungsanalysen zu schaffen und den Kommunen den budgetären Spielraum für diesbezügliche Maßnahmen zu geben. Ein weiterer Ausbau sozialer Investitionen sollte folglich neben ihrer Wirkung auf Verteilung und Chancengleichheit auch unter dem Gesichtspunkt der aktuellen Krisenbewältigung und des notwendigen Ausschöpfens vorhandenen Wachstumspotenzials betrachtet werden.

1 MINT-Qualifikationen beziehen sich auf die Fachbereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik.

LITERATUR

EIGE (2017): „Economic Benefits of Gender Equality in the European Union", Publications Office of the European Union, Luxemburg. https://bit.ly/3bGyzYH

OECD (2015): „OECD Economic Surveys: Austria 2015", OECD Publishing, Paris. http://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-aut-2015-en

WIFO (2017): Gleichstellungsindex Arbeitsmarkt. Eine Analyse des Geschlechterverhältnisses in Österreich. Aktualisierung 2017. https://bit.ly/2LAFxUb

WIFO (2019): Wachstumsfaktor Gleichstellung. Der ökonomische Nutzen von Gender Budgeting in Wien. www.wien.gv.at/wirtschaft/standort/pdf/studie-genderbudgeting-endbericht.pdf

Mader et al. (2020): Gender-spezifische Effekte von COVID-19. www.wu.ac.at/vw3/forschung/laufende-projekte/genderspezifscheeffektevoncovid-19

Klatzer/Rinaldi (2020): „#nextGenerationEU" leaves women behind. https://alexandrageese.eu/wp-content/uploads/2020/07/Gender-Impact-Assessment-NextGenerationEU_Klatzer_Rinaldi_2020.pdf

WIFO (2020): Ökonomische Folgen von Schulschließungen. www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=66599&mime_type=application/pdf

IHS (2020): Kosten von Schulschließungen zur Pandemiebekämpfung. irihs.ihs.ac.at/id/eprint/5529/1/ihs-policy-brief-2020-kocher-steiner-corona-schulen.pdf

Das Partizipative Budget in Porto Alegre

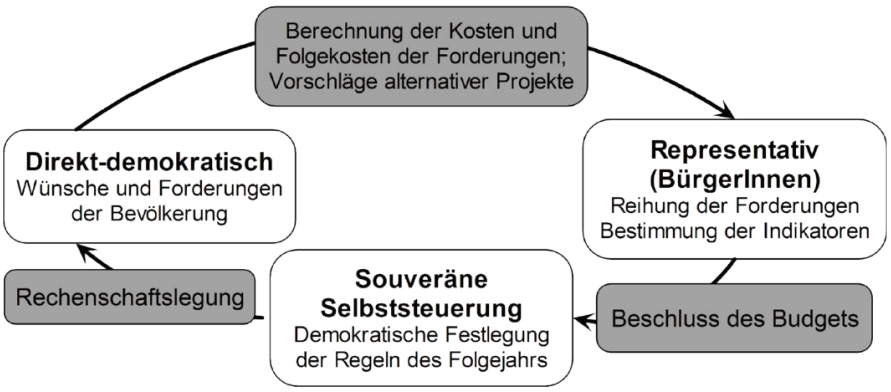
Demokratische Budgetpolitik im Globalen Süden

Bernhard Leubolt ist Gastprofessor an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Die Großstadt Porto Alegre (aktuell etwa 1,5 Mio. EinwohnerInnen) im südlichsten Bundesstaat Brasiliens, Rio Grande do Sul, steht so stark wie keine andere Stadt weltweit mit dem Weltsozialforum in Verbindung. Die „Bewegung der Bewegungen" traf sich in den Jahren 2001, 2002, 2003, 2005 und 2010 für das „World Social Forum" in Porto Alegre. Ein wichtiger Hintergrund für die Wahl dieses eher ungewöhnlichen Austragungsortes war die demokratische Stadtpolitik Porto Alegres in den 1990er- und 2000er-Jahren.

Auf dem Höhepunkt des Demokratisierungsprozesses Brasiliens – nach lang andauernder Militärdiktatur – übernahm die brasilianische Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores – PT) im Jahr 1989 die Stadtregierung von Porto Alegre. Die beiden zentralen Wahlversprechen der PT waren, die Verteilungsprioritäten zugunsten der Armutsbetroffenen zu verschieben und die Stadtpolitik zu demokratisieren, um sozialen Bewegungen aktive Mitbestimmung zu ermöglichen. Als wichtigstes Instrument dafür entwickelte die PT-geführte Stadtregierung das Partizipative Budget.

Schon während der 1990er-Jahre erlangte das Partizipative Budget internationale Anerkennung, da es auf der UN-HABITAT-Konferenz 1996 in Istanbul als internationales „Best Practice"-Modell der Stadtpolitik präsentiert wurde. Durch die Sozialforen wurde Porto Alegres demokratische Budgeterstellung nochmals deutlich bekannter. Während des ersten Jahrzehnts der 2000er-Jahre entstanden dann auch in Nordamerika, Europa und Afrika Modelle eines Partizipativen Budgets, die von Porto Alegre inspiriert waren.



Jährlicher Prozess des Partizipativen Budgets, Quelle: eigene Darstellung

Demokratische Budgeterstellung als jährlicher Zyklus

Das Besondere am Partizipativen Budget Porto Alegres war die Gewährung von effektiver Mitbestimmung der BürgerInnen in Budget-Angelegenheiten. Anders als bei vielen anderen Beispielen von Partizipation, erschöpfte sich diese nicht in der Befragung von Betroffenen. Vielmehr organisierte die Stadtregierung einen jährlichen Prozess der Budgetmitbestimmung (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1 zeigt schematisch den jährlichen Prozess der Budgeterstellung in Porto Alegre. Die Stadtregierung entwickelte gemeinsam mit sozialen Bewegungen das jährliche Budget, das im Herbst dem Stadtparlament zum Beschluss vorgelegt wurde. Die weißen Bereiche wurden von den teilnehmenden BürgerInnen übernommen, die grauen Bereiche waren Zuständigkeitsbereich der Stadtregierung.

Den Anfang des jährlichen Zyklus stellten große Versammlungen auf Bezirksebene dar, für die die Stadtregierung aufwendig mobilisierte. Bei diesen direkt-demokratischen Versammlungen hatten alle TeilnehmerInnen das Recht, ihre Forderungen an die Stadtregierung persönlich einzubringen. Sie gaben auch ein Votum für Projekte ab, die sie umgesetzt sehen wollten. Dabei vergaben sie drei Punkte für ihre erste Wahl, zwei Punkte für ihre zweite und einen Punkt für ihre dritte Wahl. Dadurch wurde sichergestellt, dass sich nicht nur Projekte durchsetzen konnten, deren InitiatorInnen es gelang, möglichst viele Menschen zur Versammlung zu mobilisieren, sondern besonders Projekte, deren Dringlichkeit und Nutzen offensichtlich waren, viele Punkte erhielten (sie wurden sehr oft zweit- oder drittgereiht). Gleichzeitig wählten die TeilnehmerInnen dort auch Delegierte, die den Prozess in diesem Jahr intensiver begleiten sollten.

Nach mehreren Versammlungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten auf Bezirksebene bekam die Stadtregierung die gesammelten Forderungen und stellte Berechnungen der Kosten der Forderungen auf. Da viele Investitionen Folgekosten verursachen

(z. B. erfordern Schulen die Einstellung und Bezahlung von LehrerInnen), gehörte auch diese Berechnung zu den Aufgaben der Stadtregierung. In manchen Fällen kamen von der Stadtregierung alternative – meist kostengünstigere – Vorschläge, die dann in die nächste Runde partizipativer Budgeterstellung geleitet wurden.

Die in den ersten Runden gewählten Delegierten stellten dann gemeinsam mit der Stadtregierung das endgültige Budget zusammen. Um diesen Prozess transparent, fair und effizient gestalten zu können, entwickelten alle Beteiligten gemeinsam im Lauf der Jahre ein System, das die verschiedenen Investitionen in Bereiche einteilte, für die Punkte vergeben wurden. Anfang der 1990er-Jahre dominierten die Themen Kanalisation, Straßenbau, Grundstücksregulierung und Gesundheitsweisen. Die Armenviertel besaßen oft keine Kanalisation und asphaltierte Straßen und ihre BewohnerInnen hatten kein Eigentum des Landes, das sie bewohnten. Diese Missstände wurden während der 1990er-Jahre deutlich gebessert und ab dem Ende der 1990er-Jahre verschoben sich die Prioritäten Richtung sozialer Wohnbau und Bildungspolitik.

Das Punktesystem setzte an den Punkten an, die in der ersten Runde der direktdemokratischen Versammlungen auf Bezirksebene vergeben wurden. Modifiziert wurden diese Punkte dann noch durch die Bevölkerungszahl des jeweiligen Bezirks sowie die Bedürftigkeit bezüglich des jeweiligen Investitionsbereichs. Das Spezielle am Prozess der Reihung der Forderungen war, dass es für die Stimmen der BürgerInnen ein Punktesystem gab, das nach der Fertigstellung des Prozesses der Budgeterstellung – während der Rechenschaftslegung der Stadtregierung – durch die Delegierten für das kommende Jahr überarbeitet wurde.

In einem feierlichen Akt wurde jährlich das partizipativ erstellte Budget an das Stadtparlament übergeben. Die Regierung der PT setzte besonders intensiv auf aktive Partizipation, da sie über keine Mehrheit im Stadtparlament verfügte. Um in diesem Parlament ein Budget durchbringen zu können, war die Regierung strategisch auf dieses große Ausmaß von Partizipation angewiesen.

Schule der Demokratie

Bis Mitte der 2000er-Jahre galt das Partizipative Budget als eine Art „Schule der Demokratie". Die direkte Begegnung verschiedener Menschen wirkte sich auch auf deren Zusammengehörigkeitsgefühl sehr positiv aus. So beschrieb die Teilnehmerin Roselaine: „Sogar ich habe nur an meine Straße gedacht, als ich zum Partizipativen Budget gekommen bin. Aber ich habe andere Personen und Gemeinschaften getroffen und habe viel größere Probleme kennengelernt. Was ich als Riesenproblem gesehen habe, war nichts im Vergleich zur Situation anderer Personen. Keine Wohnung zu haben, unter einem Tuch zu schlafen oder die Frage der Abwässer unter freiem Himmel, wo Kinder spielen und laufen. Ich vergaß meine Straße, sodass sie sogar bis heute nicht asphaltiert ist." (In: Solidariedade 2003, zit. nach Leubolt 2006) Diese Form der Begegnung wurde besonders dadurch ermöglicht, dass unter den teilnehmenden BürgerInnen Armutsbetroffene überdurchschnittlich stark vertreten waren.

Außerdem konnten die TeilnehmerInnen wahrnehmen, dass sie staatsbürgerliche Rechte hatten – Rechte, um Projekte anzusuchen, und Rechte, den Bürgermeister und den Ingenieur zu fragen, warum Projekte nicht durchgeführt wurden. Ein Teilnehmer am Partizipativen Budget, Rolf Naumann, beschreibt das deutlich: „Früher war ich bloß ein Steuerzahler, heute bin ich ein Staatsbürger, ich bin integriert ins Leben der Stadt." (ebd.) Diese Überwindung des rein individualistischen Zugangs hin zur Wahrnehmung gemeinschaftlicher Werte ist der Kern staatsbürgerlichen Bewusstseins. Daher kann das Partizipative Budget als „Schule der Demokratie" bezeichnet werden.

Abbau von Mitbestimmung seit 2005

Seit 2005 regiert die PT nicht mehr die Stadt. Seither wurde die Rolle des Stadtparlamentes und der Stadtregierung laufend gestärkt und das Partizipative Budget verlor seine Strahlkraft. Da immer weniger Investitionsentscheidungen im Rahmen des Prozesses stattfanden, verloren viele BürgerInnen Interesse, ihre Zeit intensiv in den jährlichen Budgeterstellungsprozess zu investieren. Die partizipative Budgeterstellung wurde modernisiert und ist nun auch über Internet möglich. Gleichzeitig setzte das ursprüngliche Modell aber sehr stark auf persönliche Begegnungen. Die dadurch ermöglichte Bildung von Solidarität und staatsbürgerlichem Bewusstsein ist nun abgeschwächt.

Demokratie ist erlernbar

Das Beispiel des Partizipativen Budgets zeigt, dass Demokratie erlernbar ist: Man lernt seine Mitmenschen kennen und arbeitet gemeinsam mit ihnen an Lösungen sowie den Modalitäten des Aushandlungsprozesses. Damit bearbeitet man den Kern der Demokratie. Besonders wesentlich für den Prozess in Porto Alegre waren die effektiven Möglichkeiten der teilnehmenden BürgerInnen, tatsächlich mitzubestimmen. Wenn klar ist, nach welchem Prozedere die partizipativen Beiträge bearbeitet werden und die Regierung genaue Rechenschaft darüber ablegt, wie damit umgegangen wird, können auch Menschen zur Partizipation motiviert werden, die normalerweise nicht partizipieren. Und diese Form von Inklusion ist eine besondere Lehre der Demokratie aus dem Globalen Süden.

LITERATUR

Leubolt, Bernhard, 2006: Staat als Gemeinwesen: Das Partizipative Budget in Rio Grande do Sul und Porto Alegre. Wien: LIT.

Leubolt, Bernhard/Romão, Wagner/Becker, Joachim/Novy, Andreas (2012): Re-evaluating Participatory Governance in Brazil. In: Cannon, Barry/Kirby, Peadar [Hrsg.]: Civil Society and the State in Left-Led Latin America: Challenges and Limitations to Democratisation. Zed: London, S. 78–93.

Solidariedade, 2003: Caminhando para um Mundo Novo. Caminhando para um Mundo Novo. Orçamento Participativo de Porto Alegre visto pela comunidade. Petrópolis: Vozes.



Die EU-Strategie für den Donauraum

Regional, partizipativ, direkt: eine europäische Kooperation über Grenzen hinweg

Robert Lichtner, Leiter Danube Strategy Point, Claudia Singer,
Leiterin „Institutionelle Kapazität und Kooperation“, EU-Strategie für den Donauraum

Der Donauraum umfasst, vom Ursprung der Donau im Schwarzwald bis zu ihrer Einmündung ins Schwarze Meer, 14 Staaten mit insgesamt 115 Millionen EinwohnerInnen – eine im Hinblick auf seine Fläche, Bevölkerung und der in dieser Region erbrachten Wirtschaftsleistung für ganz Europa ungemein wichtige Region. Die EU-Strategie für den Donauraum (EUSDR) ist eine großräumige Strategie zur territorialen Zusammenarbeit und regionalen Entwicklung ausgewählter EU-Staaten. Als eine von vier sogenannten makroregionalen Strategien (Baltikum, Alpen, Adriatisch-Ionischer Raum) wurde sie 2010 auf Initiative Österreichs und Rumäniens gegründet und 2011 mit sieben weiteren EU-Mitgliedstaaten (Deutschland, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Bulgarien), den drei EU-Beitrittskandidaten Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro und den zwei EU-Nachbarstaaten Republik Moldau und Ukraine verabschiedet.

Den Donauraum, so divers die in ihm vereinten Nationalstaaten auf den ersten Blick zu sein scheinen, eint eine Vielzahl von gemeinsamen, für alle in ihm lebenden BürgerInnen relevanten Themen. Herausforderungen, wie z. B. Umweltverschmutzung, Mobilität, Beschäftigung, Wettbewerb oder Sicherheit, übersteigen allerdings die Lösungskompetenzen der einzelnen Staaten oder Regionen – eine übergreifende Kooperation ist daher nicht nur erforderlich, sondern auch für alle an der Strategie beteiligten Staaten gewinnbringend.

Eine neue Politikebene

Die EUSDR, die 2020 ihr 10-jähriges Jubiläum feierte, integriert mehrere sektorale Politiken und erfasst so die wichtigsten thematischen und räumlichen Herausforderungen. Der Mehrwert der Donauraumstrategie besteht in ihrer Möglichkeit, die

© Foto: Shutterstock



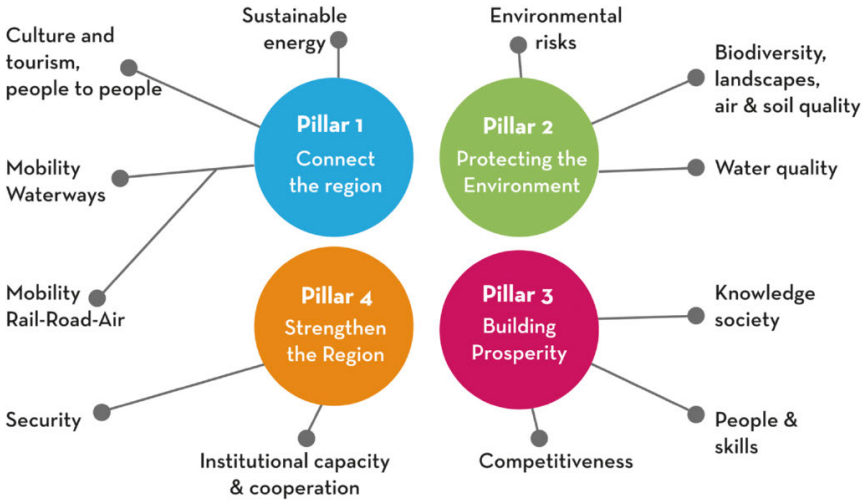
Die Donau: ein mächtiger Fluss, der 14 Staaten miteinander verbindet

Aktivitäten verschiedener AkteurInnen und die dafür in Frage kommenden unterschiedlichen Finanzinstrumente (z. B. ESIF, IPA III, NDICI[1]) zu koordinieren. Auf diese Weise können Synergien erzeugt werden, um eine verbesserte Wirkung und einen effizienteren Einsatz von Ressourcen wie finanziellen Mitteln zu erzielen. Durch die Einbindung von verschiedenen nationalen und regionalen Ebenen entsteht somit eine neue Politikebene im Rahmen des europäischen Mehrebenensystems (Multi-level Governance) mit dem Ziel einer besseren territorialen Kohäsion – innerhalb, aber auch außerhalb der EU. Die Umsetzung der Donauraumstrategie erfolgt dabei durch die Mitgliedstaaten selbst, in enger Kooperation mit der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission (DG REGIO).

Herausforderungen gemeinsam lösen

Die für die Umsetzung der EUSDR festgelegten Ziele sind im sogenannten Aktionsplan festgehalten, der im April 2020 in einer aktualisierten Fassung veröffentlicht wurde. Sie beinhaltet nun u. a. auch neue Themenschwerpunkte, wie etwa Digitalisierung, Klimawandel und Migration. Mit der Ausrichtung des Aktionsplans entlang der fünf Investitionsprioritäten der neuen EU-Kohäsionspolitik bietet die EUSDR auch einen integrierten Rahmen für den EU-Haushaltsplan 2021–2027.

Die Donauraumstrategie umfasst vier sektorale Säulen, die insgesamt aus zwölf thematischen Schwerpunktbereichen bestehen. Jeder der zwölf Schwerpunktbereiche (Grafik 1) wird von mindestens zwei KoordinatorInnen aus je zwei Donauraumstaaten betreut. Österreich verantwortet die thematische Koordination in den Prioritätsbereichen „Binnenwasserstraßen“ (BMK/via donau), „Menschen und Qualifikationen“ (BMAFJ/BMBWF) und „Institutionelle Kapazität und Zusammenarbeit“ (Stadt Wien) gemeinsam mit je einem Partner-



Die thematischen Schwerpunktbereiche der Donauraumstrategie



Nach der Wolga ist die Donau der zweitlängste Fluss in Europa und wird auch der weltweit internationalste Fluss genannt.

Land. Zur strategischen und operativen Unterstützung fungiert der Danube Strategy Point (DSP), der 2018 von der Stadt Wien als Leadpartner bereitgestellt wurde und seitdem als Sekretariat der Donauraumstrategie tätig ist.
Die Umsetzung der Strategie wird sowohl national als auch thematisch koordiniert und von VertreterInnen der öffentlichen Verwaltung, Zivilgesellschaft, Forschung etc. im Rahmen von Projekten, Netzwerken und anderen Initiativen realisiert.

Kapazitäten und Kooperation

Städte und Gemeinden haben dabei eine entscheidende Rolle, denn auf lokaler Ebene werden abstrakte Strategien und Prozesse für BürgerInnen erst greifbar. Gleichzeitig sind Städte und Gemeinden der Ort, wo BürgerInnen ihren konkreten Bedarf definieren.
Für die Donauraumstrategie ist die Einbindung der Zivilgesellschaft ein wichtiger Faktor für erfolgreiche Gestaltung und Umsetzung. Daher widmet sich der Prioritätsbereich 10 „Institutionelle Kapazitäten und Kooperation“ (PA 10) der Einbindung von Städten und Gemeinden in die wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung im Donauraum. Außerdem setzt der Prioritätsbereich 10 einen klaren Fokus auf die Stärkung von Bürgerbeteiligung entlang aller Verwaltungsebenen.

Innovative Verwaltung

Einen Beitrag dazu leistet etwa das Strategiepapier für tragfähige lokale Verwaltungen im Donauraum (Policy Paper for sound local public management in the Danube Region). Das Strategiedokument bietet praxisnahe Einblicke, wie Städte und Gemeinden im Donauraum eine offene, inklusive und innovative öffentliche Verwaltung vorantreiben können. Bürgerbeteiligung ist dabei nicht nur ein entscheidender Faktor, um Vertrauen zwischen Zivilgesellschaft und öffentlicher Verwaltung herzustellen, sondern auch, um tragfähige Lösungen zu entwickeln und letztlich Kosten für den öffentlichen Sektor zu senken.
Wie BürgerInnen auf makroregionaler Ebene eingebunden werden können, zeigt das Format der nationalen Partizipationstage (National Participation Days). Ziel der Initiative ist es, den Informationsaustausch zwischen den Gremien der Donauraumstrategie und der Zivilgesellschaft zu erleichtern. Die Partizipationstage bieten die Möglichkeit, mit lokalen Verwaltungen und Zivilgesellschaft über Beteiligungsmöglichkeiten in der Strategie zu diskutieren. Gleichzeitig sollen diese auch dazu genutzt werden, gemeinsam über die Zusammenarbeit im Rahmen von Strategieentwicklung und -umsetzung nachzudenken.
Der donauweite Partizipationstag (Danube Participation Day) findet gemeinsam mit dem Jahresforum (EUSDR Annual Forum) ein Mal jährlich statt. Ein zentraler Aspekt ist dabei, wie die Beteiligung von BürgerInnen, Städten und Gemeinden sinnvoll für die Donauraumstrategie umgesetzt werden kann.

Teilhabe der Jugend

Vor dem Hintergrund des neuen Aktionsplans, der die stärkere Einbindung der Jugend unterstützt, widmete sich der Danube Participation Day 2020 der Frage, wie Jugendliche und Jugendorganisationen an der Donauraumstrategie teilhaben können. Im Rahmen eines intergenerationellen Dialogs diskutierten rund 150 TeilnehmerInnen über nötige Kapazitäten, Kommunikation und Kooperationsmöglichkeiten für Jugendliche. Die Ergebnisse der Diskussionen fließen in einen Leitfaden für Jugendpartizipation im Donauraum ein, der Ende des Jahres von den KoordinatorInnen des Prioritätsbereichs 10 veröffentlicht wird.
Darüber hinaus machte der Danube Participation Day deutlich, dass die COVID-19-Pandemie eine zusätzliche Herausforderung für Bürgerbeteiligung darstellt. In diesem Sinne wird sich der nächste Danube Participation Day mit Bürgerbeteiligung und Digitalisierung beschäftigen. Hier liefern einige Städte und Gemeinden bereits innovative Beispiele, wie Bürgerbeteiligung funktionieren kann – sowohl als Beispiel für andere Städte im Donauraum als auch für die Donauraumstrategie.

LINKS

https://danube-region.eu

https://capacitycooperation.danube-region.eu/

1 Europäischer Struktur- und Investitionsfonds (ESIF), Instrument für Heranführungshilfe (IPA III), Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI)

© Grafik: Danube Transnational Programme



Globale Politik im lokalen Kontext

Wie internationales Engagement die lokale Transformation unterstützt

Boris Tonhauser, CCRE-CEMR

Die Internationalisierung der Städte ist nicht nur ein Ergebnis moderner Globalisierungstrends, sondern ein jahrhundertelanger Prozess, der die soziokulturell und wirtschaftlich ähnlichen, urbanen Kommunalverwaltungen im Bemühen um Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch und gemeinsame Lösungen vereint. Die kommerzielle und defensive Zusammenarbeit zwischen Städten und Kaufmannszünften der Hanse gipfelte in Nordeuropa bereits im 13. Jahrhundert und könnte als eine internationale Public Private Partnership beschrieben werden, die sowohl wirtschaftliche als auch politische Interessen engagierter Städte und privater AkteurInnen wahrt.

Der erste große Schritt in der internationalen Kommunalbewegung war 1913 die Gründung der International Union of Cities[1] (IUC). Sie fand im Rahmen International congress on the art of constructing cities and organising municipal life[2] statt, der Teil der Universal and International Exposition war, die von 26. April bis 3. November in Gent stattfand. Während zuvor bereits internationale Treffen lokaler Mandatsträger oder Praktiker einberufen worden waren, wurde mit dem Kongress die erste universelle und ständige Einrichtung geschaffen und den Kommunalverwaltungen als aufstrebenden Akteuren auf der internationalen Bühne eine einheitliche globale Stimme verliehen. Eine internationale kommunale Zusammenarbeit, um Demokratie und Frieden zwischen den Nationen zu verteidigen, aber auch, um Lösungen für gemeinsame Probleme bei der Kommunalverwaltung, der Urbanisierung der Gesellschaft und dem Wachstum der Städte zu finden.[3]

Zusammenarbeit verbessern

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben der Wunsch nach Versöhnung, dauerhaftem Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Nationen, aber auch die Notwendigkeit, die lokalen Verwaltungen zu verbessern und umzugestalten und die politische Identität der subnationalen Regierungen zu bekräftigen, die internationale Zusammenarbeit zwischen Städten weiter vorangetrieben. Die gestiegene internationale Mobilität von Menschen, Ideen und Kapital stellte die Kommunen vor neue Herausforderungen, öffnete aber auch die Tür für neue Konzepte. In Europa wurde 1951 der Council of European Municipalities (CEM)/Rat der

© Foto: Getty Images





Gemeinden Europas (RGE) gegründet, der unter seinem heutigen Namen Council of European Municipalities and Regions [CEMR/Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)] im Jahr 2021 sein 70-jähriges Bestehen feiert. Die vom RGRE geförderte internationale Bewegung der Städtepartnerschaften (Geschwisterstädte) ist auch heute noch fest in den internationalen Agenden der Städte verankert.

Dennoch dauerte es fast 100 Jahre, bis die großen Verbände der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auf der ganzen Welt vereint waren. Der Einigungskongress 2004 in Paris war die Geburtsstunde der United Cities and Local Governments (UCLG) durch den Zusammenschluss der größten kommunalen Bewegungen: die International Union of Local Authorities (IULA) – Nachfolgerin des IUC – und die United Towns Organisation (UTO), mit Unterstützung der großen Metropolenorganisation METROPOLIS.

Die Internationalisierung der Städte und Gemeinden mit Unterstützung ihrer nationalen Verbände – wie dem Österreichischen Städtebund – ebnet den Weg für ein besseres Verständnis des globalen Kontexts der lokalen öffentlichen Politik und dafür, wie die lokale Ebene zur Erreichung globaler Ziele beitragen kann, öffnet aber auch die Tür für ein besseres Lernen von und mit KollegInnen in anderen Ländern und für den Austausch bewährter Verfahren und Lösungen für gemeinsame Probleme. So bilden globale Agenden einen gemeinsamen politischen Rahmen, innerhalb dessen jede einzelne Stadt oder Gemeinde ihre eigene, auf den lokalen Kontext und die lokalen Bedürfnisse zugeschnittene Politik macht und dabei spezifische lokale Herausforderungen angeht, aber dennoch zu gemeinsamen Zielen beiträgt. Nicht zuletzt ermöglicht die Zusammenarbeit mit Partnerstädten und -gemeinden in Partnerländern jenseits der Grenzen der Europäischen Union, im größeren Europa, in Afrika, Asien oder Lateinamerika den gegenseitigen Transfer von Know-how, Peer-Learning und die Verbesserung des Lebens der Menschen im Hinblick auf eine gerechtere Entwicklung auf unserem Planeten.

Europäische oder internationale Vereinigungen von Kommunalverwaltungen – wie CEMR/RGRE oder UCLG – bieten eine Plattform und Raum für Diskussionen und Erfahrungsaustausch zwischen Städten und Gemeinden, thematische Netzwerke – wie PLATFORMA – fungieren als Drehscheibe für Fachwissen über internationale Maßnahmen subnationaler Regierungen und zielen darauf ab, den Beitrag lokaler und regionaler Regierungen zur nationalen und EU-Politik der Entwicklungszusammenarbeit und zu internationalen Rahmenbedingungen zu stärken.

Agenda 2030

Das Aufkommen globaler Entwicklungsagenden im Herzen der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) hat dazu geführt, dass lokale und regionale Regierungen auf der ganzen Welt die Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer BürgerInnen immer stärker erkannt haben. Die Millenniums-Entwicklungsziele, die im Jahr 2000 für einen Zeitraum von 15 Jahren festgelegt wurden, wurden zu einer wichtigen globalen Bewegung zur Beseitigung der Armut, zum Schutz der Umwelt, zur Wahrung der Menschenrechte und zum Schutz der Schwachen. Es wird jedoch oft angedeutet, dass ihre potenziellen Auswirkungen durch einen Top-down-Ansatz weitgehend begrenzt waren, und es wurde wenig über die Prozesse nachgedacht, die sich ändern müssen, insbesondere auf lokaler Ebene.[4]

Ihre Nachfolgerin, die am besten als Agenda 2030 bekannt ist, wurde am 25. September 2015 für einen Zeitraum von 15 Jahren (2016–2030) von der UN-Generalversammlung unter dem Titel „Unsere Welt verändern: die Agenda für nachhaltige Entwicklung 2030" verabschiedet. Sie legt insbesondere 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) fest, die darauf abzielen, globale Anstrengungen in fünf Bereichen von entscheidender Bedeutung für die Menschheit – Menschen, Planet, Wohlstand, Frieden, Zusammenarbeit – zu mobilisieren, um die Armut zu beenden, den Frieden zu fördern, die Rechte und die Würde aller Menschen zu schützen und den Planeten zu bewahren, ohne jemanden zurückzulassen. Die Ziele gelten universell und können auf jeder Ebene der Entscheidungsfindung angewandt werden: von der globalen über die nationale, regionale und lokale Ebene.

Die beschleunigte Urbanisierung ist nach wie vor eine wichtige Triebfeder für die Transformation lokaler Gemeinschaften. Die Förderung des sozialen Friedens in immer vielfältigeren sozialen Umfeldern, die Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstands auf einem globalen Marktplatz, die Minderung des Drucks auf die Umwelt und das

© Abbildung: www.un.org, Logo: CEMR

globale Klima sowie die nachhaltige Bereitstellung grundlegender sozialer und öffentlicher Dienstleistungen wurden zu gemeinsamen Problemen, mit denen Kommunen auf der ganzen Welt konfrontiert sind.[5]

Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) erkannte ausdrücklich an, dass das Schlüsselprinzip, „niemanden zurücklassen", einen allgemeinen Wandel in tief verwurzelten wirtschaftlichen und politischen Systemen erfordert, aber auch die Annahme von Politiken und Mechanismen, die die Beteiligung aller an relevanten Entscheidungsprozessen befähigen und aktiv fördern und die Achtung, den Schutz und die Erfüllung der Menschenrechte gewährleisten, bedingt.[6] Freie, universelle und faire Wahlen, einschließlich moderner Mechanismen zur Gewährleistung einer gerechten Vertretung von Frauen und Männern, Minderheiten oder schutzbedürftigen Gruppen, sind der sichtbarste Ausdruck einer gut funktionierenden lokalen Demokratie, aber die meisten Fragen von heute sind zu komplex, als dass sie alle paar Jahre einmal durch einen einfachen Wahlgang gelöst werden könnten. Auf lokaler Ebene verbessert die Einbeziehung der BürgerInnen in die Politikgestaltung, -umsetzung und -bewertung den Informationsfluss, schafft Vertrauen in die öffentlichen Institutionen und ihre Rechenschaftspflicht und – was am wichtigsten ist – gibt denjenigen eine Stimme, die von der lokalen öffentlichen Politik am unmittelbarsten betroffen sind.

Die Leiter der Bürgerbeteiligung erklimmen

In Europa hat die Entwicklung der lokalen demokratischen Regierungsführung in den letzten Jahrzehnten bedeutende Fortschritte gemacht. Während die Dezentralisierung und Befähigung der Städte, das lokale Leben auf ihrem Territorium in eigener Verantwortung zu organisieren, keineswegs ein vollendeter Prozess ist, wurde der bedeutendste Schritt 1985 mit der Annahme der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung getan[7]. Auf der Grundlage der Europäischen Charta der kommunalen Freiheiten, die der Rat der Gemeinden Europas bereits 1953[8] entworfen hatte, wurde die Charta von allen Mitgliedstaaten des Europarates ratifiziert und trat am 1. September 1988 rechtlich in Kraft. Bereits in ihrer Präambel unterstreicht die Charta, dass „die kommunalen Gebietskörperschaften eine der wichtigsten Grundlagen jedes demokratischen Regimes sind", dass „das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf Beteiligung an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu den demokratischen Grundsätzen gehört, die allen Mitgliedstaaten des Europarates gemeinsam sind", und dass „dieses Recht auf kommunaler Ebene am unmittelbarsten ausgeübt werden kann".

Die Einbeziehung der BürgerInnen in den lokalen politischen Entscheidungsprozess kann verschiedene Ebenen des Engagements erreichen, von (i) Information über (ii) Konsultation und (iii) Dialog bis hin zu (iv) Partnerschaft und Empowerment. Information (einschließlich des Rechts auf Zugang zu öffentlichen Informationen) ist der erste Schritt für ein weiteres partizipatorisches Engagement der BürgerInnen, individuell, durch lokale Nachbarschaften, lokale Gemeinschaften, Interessengruppen oder formelle Organisationen der Zivilgesellschaft. Dennoch ist dies immer noch eine Einbahnstraße. Konsultationen ermöglichen eine zweiseitige Kommunikation zwischen Behörden und BürgerInnen, und im Gegensatz zu Informationen ermöglichen sie Rückmeldungen und Beiträge zur Ausarbeitung, Überwachung und Bewertung der lokalen öffentlichen Politik. Auf der nächsten Stufe der Leiter wird der Dialog auf der Grundlage gegenseitiger Interessen aufgebaut und ist durch gemeinsames Agenda-Setting gekennzeichnet, bei dem alle beteiligten AkteurInnen gleichberechtigt zu den Themen Stellung nehmen und die Möglichkeit haben, gemeinsam die gewünschten Ergebnisse zu formulieren und zu vereinbaren. Auf der höchsten Stufe der Leiter überträgt die Partnerschaft allen InteressenvertreterInnen die gemeinsame Verantwortung für das Erreichen vereinbarter Ergebnisse in einer kooperativen Weise. Schlüsselelemente einer erfolgreichen Partnerschaft sind gemeinsame Entscheidungsfindung und gemeinsames Handeln durch befähigte InteressenvertreterInnen.

Die Bedeutung des Aufbaus von Partnerschaften wird auch als spezifisches SDG-Ziel 17 anerkannt: Stärkung der Mittel zur Umsetzung und Wiederbelebung der globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung. In diesem Zusammenhang werden insbesondere Multi-Stakeholder-Partnerschaften als Mittel zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Expertise, Technologie und finanziellen Ressourcen genannt, um die lokale, regionale, nationale oder globale Entwicklung zu unterstützen.

Wege nach vorne

Während die Entwicklung und Umsetzung partizipatorischer Governance-Mechanismen von lokalen Regierungen durch globale Grundsatzpapiere und internationale Vereinbarungen stark gefördert wird, hängt die praktische Organisation auch von der politischen Bereitschaft der lokalen Führungskräfte zur Transformation und Modernisierung der lokalen demokratischen Governance sowie von den finanziellen, technischen und personellen Kapazitäten der einzelnen Verwaltungen ab. Die Internationalisierung der Kommunalverwaltungen bietet ein Instrument, um besser von Peer-Städten und Gemeinden zu lernen, gemeinsame Probleme zu diskutieren oder gemeinsam innovative und wirksame Lösungen für Herausforderungen zu finden und auszutauschen, die gleichzeitig sowohl lokal als auch global sind. Die COVID-19-Pandemie hat deutlich gezeigt, wie eng die Welt von heute miteinander verflochten ist, und die Prinzipien der „splendid isolation" oder „my country first" haben in der neuen Welt von morgen, die wahrscheinlich nicht aufhören wird, globalisiert, miteinander verbunden und voneinander abhängig zu sein, keinen Platz.

1 Union Internationale des Villes

2 Congrès International de l'art de construire des villes et de l'organisation de la vie communale

3 Renaud Payre, Pierre-Yves Saunier. Municipalités de tous pays, unissez-vous ! L'Union Internationale des Villes ou l'Internationale municipale (1913-1940). Amministrare, 2000, XXX (1–2), pp. 217–239.

4 The Millennium Development Goals and Local Processes. Hitting the target or missing the point? International Institute for Environment and Development, 2003.

5 Democracy at the local level: The international IDEA handbook on participation, representation, conflict management and governance. International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA), 2002.

6 Committee for Development Policy, Report on the twentieth session. Official Records of the Economic and Social Council, 2018, Supplement No. 13 (E/201833).

7 European Charter of Local Self-Government, Council of Europe, European Treaty Series No. 122, 1985.

8 Adopted by the General Assembly of Europe's Municipalities at Versailles (France), 16–18 October 1953.

UK Municipal Bonds Agency

Die Agentur für Kommunalanleihen in Großbritannien

Geld – das Mittel, mit dem wir leben, sparen, bauen, verlieren und anderen helfen. Ohne Geld oder die Fähigkeit, es zu bekommen, kann wenig erreicht werden. Das wurde mir kürzlich klar, als ich den OECD-Bericht über die Finanzen der Kommunalverwaltung las. Er führte die Idee des „Schereneffekts" ein, bei dem lokale und regionale Gebietskörperschaften in Krisen- oder Notzeiten feststellen, dass sie weniger Einkommen haben, aber die Forderungen an das zur Verfügung stehende Einkommen steigen.
Dies war etwa beim Finanzcrash 2008 der Fall und wird jetzt verstärkt erlebt: Nationale Regierungen geben weniger; lokale Regierungen (Gemeinden) brauchen mehr, für Wohnraum, Schulen, neue Energiequellen und Pflegeheime, um nur einiges zu nennen.

Kredite für Gemeinden

Für Gemeinderatsmitglieder gibt es in Großbritannien eine von der Regierung unterstützte Agentur, die Geld verleiht. Das Public Works Loan Board (PWLB) vergibt Darlehen, vor allem für Investitionsprojekte, aber auch wenn dies billiger ist als auf dem kommerziellen Markt, kostet die Kreditaufnahme immer noch Geld. Auch die Darlehensbedingungen und Zinssätze können sich im Laufe der Darlehenslaufzeit ändern.
Vor etwa sechs Jahren haben sich die Gemeinden mit der Frage befasst, ob es eine Alternative zur PWLB geben könnte, die für die Kreditaufnahme billiger wäre. Das Ergebnis ist, dass die Local Government Association (LGA – der englische Kommunalverband) und 56 Gemeinden die United Kingdom Municipal Bonds Agency (MBA) gegründet haben und an ihr beteiligt sind.
Über diese Organisation können Gemeinden auf den Kapitalmärkten durch die Ausgabe von Anleihen für Großprojekte von mehr als 250 Millionen Pfund Sterling oder für kleinere Beträge durch gegenseitige Unterstützung zu niedrigeren Kosten Geld aufnehmen. Die Zinssätze sind dabei für die Dauer des Darlehens festgelegt.



Flora Clucas und Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger bei einem Brexit-Hintergrundgespräch

Anleihen sind eine bekannte Methode der Geldbeschaffung. Ein Investor gibt mehr Geld her und erhält im Gegenzug eine Anleihe, für die Zinsen gezahlt werden, und es gibt einen Termin, bis zu dem das Geld zurückgezahlt werden muss. Diese Anleihen werden normalerweise durch Regierungen oder durch kommerzielle Anleihenmärkte freigegeben.
Im Vereinigten Königreich funktioniert das mit der Municipal Bond Agency jedoch anders. Die MBA gibt Anleihen aus, die durch Garantien der beteiligten Behörden abgesichert sind.
Es gibt drei Programme, über die eine Kommunalbehörde Geld verleihen kann:

1. Kurzfristige gepoolte Darlehen mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr, außerhalb des Garantieprozesses
2. Garantierte gepoolte Darlehen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr
3. Einzeldarlehen von mehr als 250 Mio. £ oder mehr, die über einen längeren Zeitraum als ein Jahr fällig werden. Diese werden nur durch den Kreditnehmer garantiert, der ein Kreditrating von einer der großen Agenturen erhalten muss.

Beispiele aus der Praxis

Das erste größere Darlehen in Höhe von 350 Millionen £ ging an den Lancashire County Council und wird im März 2025 fällig. Es liegt außerhalb der proportionalen

© Foto: PID/Walter Schaub-Walzer

Garantie, was bedeutet, dass die AktionärInnen nicht zur Rückzahlung verpflichtet sind, wenn Lancashire nicht dazu in der Lage ist. Keine britische Kommune ist jemals mit einem Darlehen in Verzug geraten, die Darlehensgeber können also davon ausgehen, dass es zurückgezahlt wird.

Investitionen für kleinere Beträge werden auch zwischen Kommunen getätigt. Das bedeutet, dass eine Gemeinde einer anderen Gemeinde Geld als Investition leihen kann. Dadurch kann der Kreditgeber durch Zinsen Geld verdienen, und der Kreditnehmer kann auf billigere kurzfristige Kredite zugreifen und das Geld für Investitionsausgaben verwenden.

Ein Beispiel ist meine eigene Gemeinde, Cheltenham. Vor einigen Jahren hat sich Cheltenham entschieden, sich kommerzieller auszurichten. So ist Cheltenham nun in der Lage, all seine Bedürfnisse abzudecken, weil es Geld in Kapitalanlagen und Anleihen investiert hat und im Gegenzug Zinsen, Mieten und Einnahmen aus Verkäufen erhält. Cheltenham hat vor Kurzem auch anderen lokalen Behörden Geld geliehen und wird dafür Zinsen erhalten.

Was die MBA leistet

Die Municipal Bonds Agency ermöglicht es den Stadtverwaltungen, flexibler zu sein, Geld auf eine andere Art und Weise zu beschaffen und sich der Kosten und der Rendite von Investitionen sicher zu sein.

Aber sie leistet noch mehr! Sie ist transparent, ermöglicht eine Diversifizierung der Kreditquellen und kann spezifische Produkte schaffen, die den Bedürfnissen der Räte entsprechen. Die Agentur verringert das Risiko und die übermäßige Kreditaufnahme für die Kommunen und kann aufgrund ihrer Arbeitsweise echte Größenvorteile erzielen, wodurch ihre Nutzung billiger und für lokale und regionale Behörden attraktiv wird.

Bürointerne Übersetzung:
Simona Wohleser

FLORA CLUCAS

Stadträtin in Cheltenham (116.000 Ew; cheltenham.gov.uk) gehört dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) an, wo sie als Sprecherin für Finanzen tätig ist. Sie befasst sich mit dem Thema subnationale Finanzierung für Städte, Gemeinden und Regionen und ist als Mitglied des RGRE im Lenkungsausschuss des OECD-Observatoriums für subnationale Finanzen.

In den Frühling mit
HOUSE OF STONES
Verlegung * Sanierung * Verkauf

Jetzt wieder da, nutzen Sie auch den
BURGENLÄNDISCHER
HANDWERKERBONUS


Fliesen & Feinsteinzeug


Poolumrandungen


Terrassen & Wandpaneele


Stufen & Hochbeete



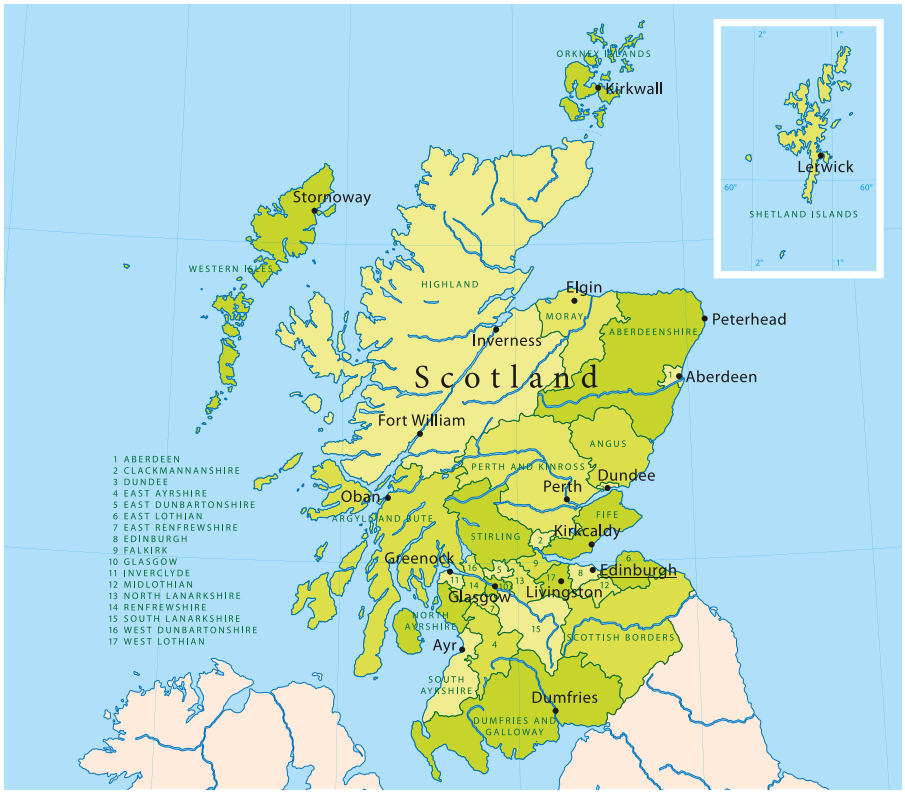
HOUSE OF STONES & more
Bruckerstrasse 21c · A-7111 Parndorf
Judith Verant 0664/462 05 65
Michael Krasanovsky 0699/100 777 88 · www.houseofstones.at
DI - SA 08:00 - 13:00 oder gerne nach Terminvereinbarung!

Gemeinschaften versus Gemeinden in Europa

Am 2. Dezember gab die schottische Regierung ihre Unterstützung für den Gesetzesentwurf des schottischen Oppositionsabgeordneten Andy Wightman zur Umsetzung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung in schottisches Recht bekannt.

Schottland hat trotz der Union mit England im Jahre 1707 seine separate, 700 Jahre alte kommunale Gerichtsbarkeit beibehalten. Neben England und Wales, Ungarn, Malta und Aserbaidschan ist es das einzige Land in Europa, das diesen Vertrag des Europarates nicht in nationales Recht umgesetzt und damit vor Gericht rechtlich durchsetzbar gemacht hat. Ein unglücklicher Vergleich, denn die spezielle Website „Carta-Monitor" zeigt das Vereinigte Königreich als ein Loch in der fast vollständigen Nichteinhaltung.

Zweifellos ist es zu einem Zeitpunkt, da Schottland gegen den mehrheitlichen Willen seiner BürgerInnen im Begriff war, die Rechtsordnung der Europäischen Union zu verlassen, kein attraktives Bild, in Gesellschaft von Viktor Orbán gesehen zu werden. Zumal die Regierungspartei öffentlich erklärt, dass sie im Falle einer Wiederwahl im Jahr 2021 eine Wiederaufnahme in die EU anstreben würde. Dennoch hat die britische Regierung die Charta vor fast 30 Jahren ratifiziert. Schottland feierte im vergangenen Jahr sein 20-jähriges Jubiläum der Devolution. Es gab reichlich Zeit, sie umzusetzen, wenn die aufeinanderfolgenden schottischen Regierungen und Parlamente dies wünschten. COSLA, der nationale Verband der Kommunalbehörden (der seit 500 Jahren besteht, mit nur einer großen Änderung im Jahr 1975), hat sich seither dafür eingesetzt.



Kommunale Selbstverwaltung

Das Vereinigte Königreich hat eine andere Rechtstradition, wenn es um internationale Verträge geht. Ebenso gibt es kein Konzept der kommunalen Selbstverwaltung als Recht, wie Professor Helmut Wollman 2006 in Erinnerung rief. Gleichzeitig unterschied sich die Tradition der kommunalen Selbstverwaltung in Schottland bis zu jenem Jahr 1975 nicht so sehr von der des europäischen Festlandes. Damals läuteten die Wheatley-Reformen die Einführung des New Public Management in der Kommunalverwaltung im gesamten Vereinigten Königreich ein, das später durch den Thatcherismus erweitert wurde. Die alten, kleineren Gemeinden wurden durch größere ersetzt. Schottland bekam 32 Gemeinden für fünf Millionen Menschen (1996), einige davon größer als die österreichischen Bundesländer, mit der größten durchschnittlichen Bevölkerungsgröße der westlichen Welt. Aus der Entfernung der Londoner BeamtInnen betrachtet, waren diese großen Gemeinden mit Grenzen, die im Hinblick auf die Effizienz der Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen konzipiert wurden und sehr wenig Bezug zur lokalen Identität oder Geschichte hatten, sinnvoll. Die Kommunalverwaltung wurde zu einem Kanal für die Umsetzung der nationalen Politik, geleitet von einem

© Foto: Getty Images

nicht gewählten Chief Executive Officer und mit gewählten Gemeinderatsmitgliedern ohne oder mit geringer Bezahlung und ohne BürgermeisterIn.

Community Empowerment

Als jedoch die Beteiligung an Kommunalwahlen zu einer der niedrigsten in Europa wurde, wuchs der Wunsch, die öffentliche Legitimität dieser Kommunalbehörden zu erhöhen. Statt die Macht an die Städte und Dörfer zurückzugeben, wurde ein Top-down-Ansatz bevorzugt. Es wurde vermehrt von „Gemeinschaften" und „Ort" und „Empowerment" gesprochen, immer auf eine sehr abstrakte, wenn auch nicht paternalistische Art und Weise. „Gemeinschaften" als ein idealisiertes Konzept und nicht als identifizierbare Gruppen von Menschen, die eine gemeinsame lokale Identität teilen. Eine zynische Lesart könnte sogar sagen, dass diese Anziehungskraft von „Gemeinschaften" in Wirklichkeit eine Möglichkeit ist, von der nationalen Ebene aus direkt an das „Volk" zu appellieren und lokale gewählte Mitglieder zu umgehen.

Wie Mowbray (2011) betont, könnte „Community Empowerment" unter Beibehaltung der bestehenden technokratischen kommunalen Strukturen leicht eine verschleierte Form der technokratischen Kontrolle sein, bei der Partizipation eine Form der Legitimation ohne wirkliches Empowerment darstellt. In solchen Prozessen neigt die lokale Demokratie dazu, zentral gesteuerten Leistungs- und Wertschöpfungszielen untergeordnet zu sein (Cowell, 2004; King und Cruickshank, 2012).

Die Wiederbelebung von 70 bis 90 alten Gemeinden wurde nie ernsthaft in Erwägung gezogen, auch wenn die offiziellen statistischen Daten und akademischen Studien wie Rae (2018) ironischerweise feststellen, dass die meisten Menschen in Schottland noch immer innerhalb der Grenzen der alten, vor 1975 bestehenden Gemeinden leben. Diese Gemeinden existieren, nur eben nicht mehr offiziell.

Schottland versus Europa

Der schottische und britische Fall sind eine warnende Erzählung über die Risiken, der Logik des New Public Management zu verfallen, ohne die Folgen für die kommunale Selbstverwaltung zu bedenken.

Sicher schneiden die Länder, die solche Managementansätze eingeführt haben (Britische Inseln, Niederlande, Skandinavien), in Bezug auf Effizienz, Rechenschaftspflicht, Transparenz und Anpassungsfähigkeit oft besser ab.

Die rasche Einführung kommunaler Dienste innerhalb weniger Tage zur Bekämpfung von COVID-19 in Schottland wäre in Spanien, das unter einer besonders rigiden Auslegung der französischen bürokratischen Tradition leidet, unmöglich. Die neue öffentliche Verwaltung mit den Einschränkungen, die sie den gewählten Politikern auferlegt, führt zu weniger politischer Willkür und Vetternwirtschaft, wenn nicht gar zu Korruption.

Die Einführung des New Public Management ist jedoch auch ein faustischer Handel. Wenn alles an den „Ergebnissen" gemessen werden soll, spielt die lokale Entscheidungsfindung nur eine sehr begrenzte Rolle. Bei der Selbstverwaltung geht es darum, für seine eigenen Fehler verantwortlich zu sein. Es gibt nicht unbedingt eine „beste" Lösung. Entgegen den damaligen Befürchtungen haben nur einige Länder aufgrund der Finanzkrise des letzten Jahrzehnts eine drastische Reduzierung der Kommunen vorgenommen. Dies baut auf längeren Trends wie Landflucht und Überalterung auf, wie es in Frankreich bei der langsamen, aber stetigen Konsolidierung der Fall ist. Im Laufe des letzten Jahrzehnts haben Irland, Griechenland, Dänemark und Luxemburg ihre Zahl der Gemeinden drastisch reduziert. Die Kalitrakis-Reform im Jahr 2010 in Griechenland ist angesichts der radikalen Reduzierung der Gemeinden (1.034 auf 325) infolge der Krise in der Eurozone ein wegweisendes Beispiel. Ein Extremfall wäre Wales gewesen, das 22 Gemeinden für drei Millionen Menschen als zu viele ansah. Schon vor der Krise von 2008 gab es in Österreich, Dänemark, Mazedonien, Portugal, Spanien und dem Vereinigten Königreich eine Zunahme der Tendenzen bei der Kontrolle über die Kommunalverwaltung.

Die Finanzkrise beschleunigte diesen Prozess. In einigen Fällen, wie z. B. in den Niederlanden, wurden den Kommunen mehr Zuständigkeiten übertragen, ohne dass zusätzliche Mittel zur Verfügung standen.

Lokale Kompetenzen

Die Existenz der Charta ist an sich kein Schutz für die Kommunalverwaltung, aber sie hilft. Sie wurde vom finnischen Verfassungsgericht im Jahr 2014 dazu benutzt, die nationale Regierung daran zu hindern, eine kommunale Regierungsebene abzuschaffen. Ebenso wollte das sparsame spanische Kommunalverwaltungsgesetz von 2013 die unterkommunalen Dorfgemeinden abschaffen, aber das wurde als Verstoß gegen das Recht der kommunalen Selbstverwaltung gewertet.

Natürlich muss das Zusatzprotokoll der Charta zur Förderung der Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungen in vollem Umfang angewandt werden. Die überaus starre und unverantwortliche Art und Weise vieler Kommunalverwaltungen sollte angesprochen werden, da sie eine der Ausreden ist, die es den nationalen Regierungen erlauben, lokale Kompetenzen zurückzufordern. Die Werte der Europäischen Charta, der Begriff der kommunalen Selbstverwaltung als ein Grundrecht der lokalen Gemeinden, sollten jedoch nicht abgewertet werden. Es besteht die Gefahr, dass die neue COVID-19-Finanzkrise die kommunale Selbstverwaltung untergräbt. Was Schottland betrifft, so hoffen wir, dass die bevorstehende Umsetzung der Charta für dieses Land eine Rückkehr zur europäischen Tradition bedeutet.

Büroiterne Übersetzung:
Simona Wohleser



SERAFIN PAZOS-VIDAL

ist promovierter Politikwissenschaftler, leitet die Europaabteilung des schottischen Kommunalverbandes und seit 2007 auch dessen Büro in Brüssel.

© Foto: Privat

Wiener Weg der Digitalisierung

Für den Wirtschaftsstandort Wien ist der IKT-Sektor von größtem Belang. Er ist für ein Viertel der Wertschöpfung in der Stadt verantwortlich. Mit über 64.000 Beschäftigten zählt Wien damit zu den bedeutendsten IKT-Standorten Europas. Durch innovative Forschung und gezielte Förderprogramme wächst der IKT-Sektor weiter kräftig. Fachkräfte, wie z. B. für Datenverarbeitung, IT-Sicherheit, Softwareentwicklung und Netzwerkbetreuung sind so gefragt wie nie zuvor. Um in den nächsten Jahren Digitalisierungshauptstadt Europas zu werden, hat die Stadt Wien die Weichen dafür gestellt. Oberstes Ziel ihrer Strategie ist es, mit ihren Angeboten sowohl das Leben der Menschen als auch das Gemeinwohl zu verbessern. Von den digitalen Services für BürgerInnen über den 5G-Ausbau bis zum Technologiezentrum, wo die Zukunft der Arbeit erforscht wird, eröffnet sie Bevölkerung und Wirtschaft neue Perspektiven. Damit alle vom Fortschritt profitieren können und für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet sind, fördert die Stadt Wien besonders den Ausbau der IKT-Bildung. Denn für die BürgerInnen sind digitale Kompetenzen heute eine notwendige Voraussetzung, um am Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein.

Infos

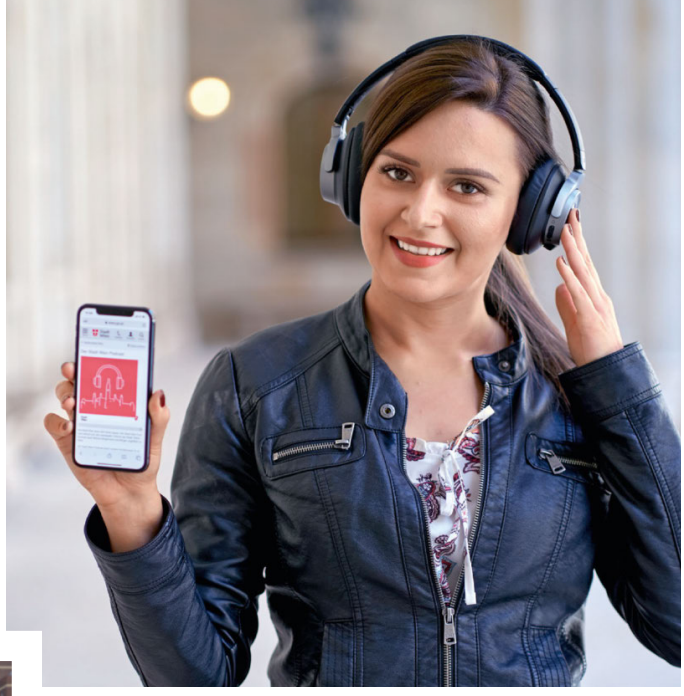
digitales.wien.gv.at

Der digitale Amtsweg spart Zeit, die praktischen Apps der Stadt geben uns bequem Infos.



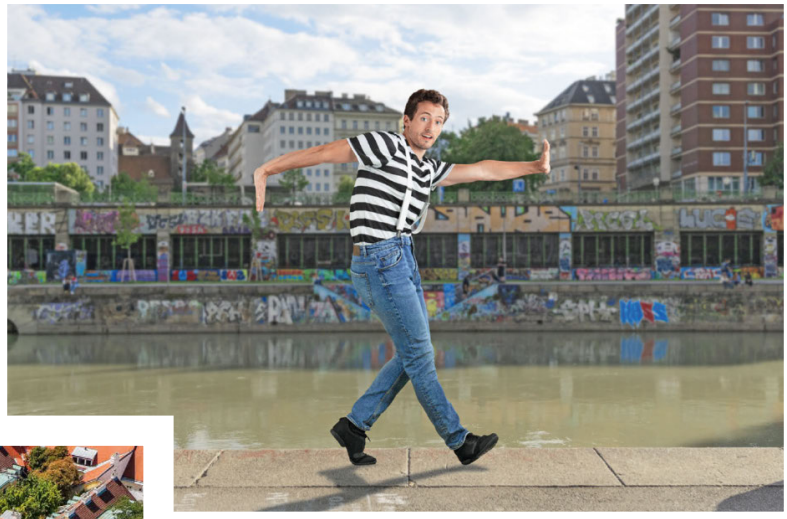
© Fotos: Stadt Wien/Christian Fürthner, PID/Markus Wache, Philipp Lipiarski/GOOD LIFE CREW, Wiener Linien/Johannes Zinner

Spannende Geschichten



Die Stadt Wien kann sich hören lassen: Der Stadt Wien Podcast widmet sich den wichtigsten Themen der Stadt. Dabei kommen auch Wiener Bürgerinnen und Bürger ungefiltert zu Wort – ganz aktuell gibt es „Antworten auf die wichtigsten Fragen im Live-Chat" rund um die Corona-Impfung und den Impfplan der Stadt. Zuletzt standen Frauen im Mittelpunkt: Wie kann man Frauen beim Thema Digitalisierung „pushen", welche Angebote zur Weiterbildung gibt es und wo können sich Frauen und Mädchen Tipps holen. Einfach reinhören!

Infos
wien.gv.at/podcast



Aktuelle Infos zu COVID-19

Sie suchen gesicherte Infos zur Corona-Situation? Die Website der Stadt Wien – coronavirus.wien.gv.at – hat alle Antworten auf häufig gestellte Fragen rund um das Coronavirus. Sie enthält einen Überblick über Impfzahlen und aktuelle Maßnahmen, zum Beispiel in Bildungseinrichtungen und Pflegewohnhäusern, über diverse Hilfsangebote sowie zu wichtigen Hotlines.
coronavirus.wien.gv.at hilft Ihnen, in der Krise den Überblick zu bewahren.

Infos
coronavirus.wien.gv.at



Bestens informiert

Von wien.gv.at bis zum Mein Wien-Newsletter: Die Stadt hält Sie umfassend auf dem Laufenden. Das offizielle Webportal der Stadt Wien stellt Infos, Nachrichten und viele Services bereit.
Wer die praktische Stadt Wien-App hat, kann darauf auch mit dem Handy von unterwegs zugreifen. Wer immer gut über Wien informiert sein möchte, nutzt den neuen Service „MEIN WIEN heute"-Newsletter. Dieser bietet einen tagesaktuellen Überblick über die wichtigsten Neuigkeiten aus der Stadt. Es gibt ihn von Montag bis Freitag gratis zum Frühstück per E-Mail. Jetzt bestellen!

Infos
wien.gv.at

Wiener Volkshochschulen

Die Wiener Volkshochschulen stellen heuer Laptops besonders günstig zur Verfügung, um den Online-Kursbesuch an der VHS unabhängig vom Einkommen zu ermöglichen. Für nur 20 Euro pro Monat können vorerst Personen, die einen Bildungsabschluss an der VHS absolvieren, ein Kombipaket aus Laptop und fünf GB Datenvolumen für den Zeitraum des VHS-Kursbesuchs leihen.

Infos
www.vhs.at



Infos
wien.gv.at/bot

Der WienBot hilft auch beim Impfen – er hat die wichtigsten Antworten rund um die Corona-Impfung.

Einfach praktisch

Wenn Sie Fragen zu den Kurzparkzonen, Bezirksämtern, der nächsten Müllsammelstelle, den Wiener Bädern oder auch Veranstaltungen haben – der WienBot liefert die gewünschten Infos schnell und einfach. Die Fragen können entweder ins Handy getippt oder auch gesprochen werden. Vor allem für Menschen, die von unterwegs aus rasch Infos brauchen, ist der WienBot eine smarte Unterstützung.

Beschlüsse der Geschäftsleitung

Da der Städtetag 2020 coronabedingt ausfallen musste, tagte das Leitungsgremium via Videoschaltung und forderte dabei u. a. finanziellen Ersatz für die Städte.

Städte und Gemeinden leisten einen enormen Beitrag in der momentanen Krisensituation. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Müllabfuhr, aber auch soziale Dienste, Pflege und Verkehr – all diese Leistungen tragen wesentlich dazu bei, dass die Bürgerinnen und Bürger ihren Alltag in dieser schwierigen Zeit zumindest meistern können. Klar ist aber auch, dass Österreichs Städte und Gemeinden nicht allein den Menschen in diesem Land beistehen können. Was es braucht, ist ein gemeinsames Vorgehen von Städten, Gemeinden, Ländern und dem Bund. Und dieses gemeinsame Vorgehen muss auf Augenhöhe erfolgen", erklärte Städtebund-Präsident Bürgermeister Michael Ludwig anlässlich einer Videokonferenz der Geschäftsleitung des Österreichischen Städtebundes im November 2020.

„Wir stehen der Bundesregierung als Partner verlässlich zur Verfügung. Doch die Einbrüche beim Steueraufkommen und der Ausschluss von vielen Hilfsprogrammen stellt eine zusätzliche Hürde für Städte und Gemeinden dar", warnte der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl, Vizepräsident des Österreichischen Städtebundes.

„Die Ungleichbehandlung ist insbesondere dann evident, wenn kommunale Unternehmen am freien Markt in Konkurrenz zu privaten Unternehmen stehen. Das betrifft vor allem die Kurzarbeit und den Fixkostenzuschuss", so die Städtebund-Vertreter unisono.

Die Folgen der Pandemie

Wichtigstes Thema bei der Sitzung der Geschäftsleitung waren die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Das vor dem Sommer beschlossene Kommunale Investitionsprogramm („Gemeindemilliarde") des Bundes sei zwar zu begrüßen, es setze aber Spielraum der Städte für Investitionen voraus, da die Hälfte der Investitionen selbst aufzubringen ist. Vielfach sei aber der Spielraum verwendet worden, um laufende Kosten abzudecken. Es brauche also dringend „frisches Geld" bzw. den Zugang zu Hilfsmaßnahmen, aus denen Kommunen oder kommunale Unternehmen ausgeschlossen sind.

Forderungen

Der Städtebund forderte in einem Beschluss der Geschäftsleitung:

1. die rasche Einberufung eines Kommunalgipfels
2. Finanzielle Mittel zum Ausgleich der Verluste für Investitionen (2 Milliarden, um die lokale und regionale Wirtschaft anzukurbeln)
3. Miteinbeziehung der Kommunen bei der Verteilung von Mitteln aus dem Europäischen Aufbauplan
4. Zugang der Städte und Gemeinden zur ÖBFA (Österreichische Bundesfinanzierungsagentur), um sich über Negativzinsen bzw. über günstige Konditionen zu refinanzieren
5. Einbeziehung von Städten, Gemeinden und kommunalen Unternehmen in die Hilfsprogramme des Bundes (insbesondere den Fixkostenzuschuss)

Diese Forderungen wurden auch schriftlich an Bundeskanzler, Vizekanzler und Finanzminister gerichtet.

Abschied und Fahnenübergabe

Außerdem dankte die Geschäftsleitung dem langjährigen Vizepräsidenten und ÖVP-Fraktionsführer, dem ehemaligen Bregenzer Bürgermeister Markus Linhart, der nach der Bürgermeisterwahl in Vorarlberg alle Städtebund-Funktionen abgibt.



Bürgermeister Albel übergab die Fahne symbolisch an Bürgermeister Stadler.

Den Schluss der Sitzung bildete eine ungewöhnliche Aktion: Nachdem traditionell die Fahnenübergabe von einem zum nächsten gastgebenden Bürgermeister für den Städtetag auf offener Bühne stattfindet, „warf" diesmal der Villacher Bürgermeister Günther Albel die Fahne virtuell aus dem Bild und der St. Pöltner Bürgermeister Matthias Stadler fing sie wieder auf – er wird von 9. bis 11. Juni 2021 den Städtetag in St. Pölten ausrichten, vorausgesetzt, die Pandemie-Maßnahmen lassen es zu.

© Foto: Josef Vorlaufer

villach.live.digital Workshops

Die Livestreams aller fünf Workshops, nähere Informationen zu den Vortragenden sowie die Präsentationsunterlagen finden Sie auf www.staedtetag.at.

Corona – Kommunales Krisenmanagement

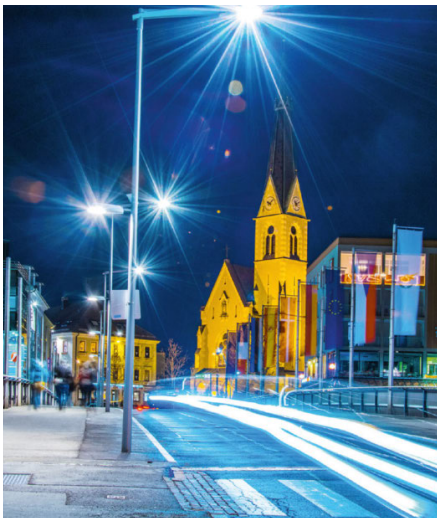
Dieser Themenworkshop beleuchtete das Krisenmanagement des Frühjahres-Shutdowns und versuchte, Handlungsempfehlungen für die aktuelle Situation abzuleiten: Städte und Gemeinden, die für die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge und die kritische Infrastruktur wie Müllentsorgung und Wasserversorgung verantwortlich sind, aber auch für Kindergärten und Sozialdienste, mussten binnen kürzester Zeit auf die neue Situation reagieren und dies bei starken Einbrüchen der finanziellen Mittel. Sämtliche neue Verordnungen sind auf kommunaler Ebene umzusetzen – auch die Auswirkungen der Maßnahmen sind unmittelbar auf kommunaler Ebene spürbar. Es diskutierten u. a. Maria-Luise Mathiaschitz, Bürgermeisterin der Stadt Klagenfurt, Martin Haidvogl, Magistratsdirektor der Stadt Graz, Clemens Martin Auer, Sonderbeauftragter für Gesundheit, Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, sowie Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Ehrenpräsident des Deutschen Städte und Gemeindebundes, Präsident des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen.



Urbane Klimawandelanpassungsstrategien

Der Themenworkshop „Grüne Infrastruktur“ widmete sich den Auswirkungen von Wetterextremen als Folge des Klimawandels und den Handlungsmöglichkeiten von Städten im Bereich von grüner (Pflanzen) und blauer (Wasser) Infrastruktur. Bereits im Oktober und November haben zu diesem Thema Webinare stattgefunden, darauf basierend diskutierten der Mödlinger Stadtrat Rainer Praschak, Vera Enzi (grünstattgrau – Grüne Infrastruktur und Verband für Bauwerksbegrünung), Simon Tschannett (Weatherpark GmbH, Mitglied im Wiener Klimarat) sowie Andrea Überbacher (Institut AMS-Amsterdam). Wolfgang Gerlich (PlanSinn Planung & Kommunikation GmbH) moderierte.





Finanzierung der Daseinsvorsorge

Der Themenworkshop „Finanzen“ befasste sich mit den Auswirkungen der Coronkrise auf die Finanzen der Städte und Gemeinden. Die Ausgaben gerade im Sozialbereich wachsen exorbitant, Städte versuchen daher, auch Alternativen für die Finanzierung der Daseinsvorsorge zu erforschen.
ExpertInnen aus dem In- und Ausland präsentierten konkrete Beispiele, wie Genossenschaften, Crowdfunding und Gemeindekooperationen und ihre Tauglichkeit in der kommunalen Praxis. Es diskutierten Henrik Scheller vom Deutschen Institut für Urbanistik (difu) in Berlin, Michaela Schaffhauser-Linzatti, Professorin am Fachbereich für Genossenschaftswesen an der Universität Wien, und Peter Biwald, Geschäftsführer des KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung, sowie Elisabeth Blanik, Bürgermeisterin der Stadt Lienz.

© Foto: MS_Photography, Fotolia.com/dudlajzov, tinefoto.com | martin steinthaler

Klimaschutz – Siedlungs-entwicklung – Verkehr

VertreterInnen der Ebenen Stadt – Bund – Europäische Kommission diskutierten im Rahmen von villach.live.digital, wie die Klimaziele in den Bereichen Stadt- und Verkehrsplanung erreicht werden könnten. Klimaschutzministerin Leonore Gewessler hielt einen Impulsvortrag.

Die Coronakrise hat die österreichischen Städte und Gemeinden im Jahr 2020 vor zahlreiche Herausforderungen gestellt. Gerade jetzt braucht es ein niederschwelliges Agieren.

Beim Online-Arbeitskreis mit dem Titel „Klimaschutz – Siedlungsentwicklung – Verkehr: Bringen wir das zusammen?“ diskutierten der Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi, der Grazer Baudirektor Bertram Werle sowie der Verkehrsplaner der Stadt Salzburg, Michael Schwifcz, mit Robert Missen, Leiter der Abteilung für Forschung und Innovation der DG MOVE der EK, und Hans-Jürgen Salmhofer vom BMK über Wege zu einer Dekarbonisierung des Verkehrs bis 2040, notwendige Rahmenbedingungen für Städte, um ihren Aufgaben nachkommen und sich den aktuellen Herausforderungen stellen zu können, sowie über nationale und internationale Best-Practice- Beispiele.



Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, die den Eingangsvortrag hielt, betonte in ihrem Statement: „Die Klimakrise ist die große Herausforderung unserer Zeit. Das werden wir nur gemeinsam schaffen, die Wirtschaft, die Menschen in Österreich, die öffentliche Hand, die Städte, die Gemeinden, der Bund und die Bundesländer.“ Wichtig ist es, gerade am Weg aus der Pandemie die richtigen Weichen zu stellen. Dies muss auch europaweit diskutiert werden, um den Weg der wirtschaftlichen Erholung grün und klimafreundlich zu gestalten. „Wir haben viele ambitionierte Programme. Wenn wir uns gegenseitig unterstützen, sind wir stärker, denn Klimaschutz ist ein absoluter Wirtschafts- und Jobmotor. Wir sorgen damit für ein Upgrade Österreichs. Das bedeutet regionale Arbeitsplätze und gleichzeitiger Klimaschutz. Deshalb ist genau jetzt Klimaschutz die richtige Lösung zur richtigen Zeit“, so Gewessler weiter.

Städte sind Labore der Zukunft

Städte sind die Labore der Zukunft, um die Klimaziele zu erreichen, und haben damit

© Foto: Region Villach Tourismus GmbH/Adrian Hipp

auch eine Vorbildfunktion. Die aktuelle Situation und Veränderungen durch COVID-19 wurden in der Diskussion durchwegs als Chance gesehen, hier Veränderungsprozesse aktiv aufzugreifen. Städte waren immer schon der Ort, wo Veränderung und Innovation stattgefunden haben, und das gilt es auch jetzt zu nutzen.
Georg Willi meinte in diesem Sinne: „Die Corona-Zeit hat uns gezeigt, wie wir Städte verändern müssen. Die letzten 50 Jahre haben wir Städte unter dem Gesichtspunkt der autogerechten Stadt gebaut. Durch das Abstandhalten sind wir gezwungen, den öffentlichen Raum – durch Begegnungszonen und Radwege – wieder den Menschen zurückzugeben und in Richtung einer menschengerechten und damit auch klimagerechten Stadt umzubauen."
Europäische Initiativen, wie die „Mission Climate Neutral and Smart Cities", an der sich österreichische Städte umfassend beteiligen sollen, will Städte dabei unterstützen, schneller grüner und nachhaltiger zu werden – und das nicht nur im Bereich Mobilität, sondern auch bei den Themen Energie und Gesundheit.

Die Städte brauchen Geld für den Wandel

Einigkeit herrschte in der Diskussion, was es braucht, um Städte fit für die Mobilität der Zukunft zu machen: nämlich ein Wachstum nach innen und ein Bündeln, um umweltfreundliche und aktive Mobilität auch weiter zu stärken. So wünschten sich die StädtevertreterInnen klarere Signale der Bundes- und EU-Ebene, ab wann Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren nicht mehr produziert bzw. in Österreich zugelassen werden dürfen. Die Städte verwiesen auch auf die stark steigenden Pendlerströme, die einen massiven Ausbau der städtischen Öffi-Infrastruktur erforderlich machen, und ersuchten den Bund und die Länder um Kofinanzierungsbeiträge.
„Die Herausforderungen sind riesig", so Bürgermeister Georg Willi weiter. „Die Städte brauchen Geld für den Wandel, das aber auch der Wirtschaft zugutekommen wird."
Städte finanzieren den öffentlichen Verkehr maßgeblich, der heute schon einen Zuschussbedarf in Höhe von etwa 45 % der Ausgaben aufweist – mit steigender Tendenz, wie eine aktuelle Untersuchung zeigt. Bundesgeld für stadtregionale Öffi-Infrastrukturen wäre nach Aussage des Bundesvertreters jedenfalls im Laufe der aktuellen Legislaturperiode geplant, wobei offenbar in die Richtung gedacht werde, diese Mittel von Erfolgen der lokalen und regionalen Ebene bei Rad- und Fußverkehr sowie im Bereich einer kompakten Siedlungsentwicklung abhängig zu machen und somit neue Klimapartnerschaften zu schaffen.
Darüber hinaus kommt dem Pilotieren und Testen eine immer wichtigere Rolle zu, um nicht nur gut zu planen, sondern auch um in eine mutige und partizipative Umsetzung zu gehen. Gerade die Vielfalt in den Städten ist ein Schlüssel zum Erfolg, aber eben auch eine große Herausforderung in Bezug auf den Kompetenzaufbau. Daher müssen neue Instrumente und partnerschaftliches Agieren weiter gefördert werden.

Urbane Mobilität

An den vier vorangegangenen Webinaren, die von 14. 10. bis 4. 11. 2020 stattgefunden haben, haben mehr als 200 Personen teilgenommen. Dabei waren Aspekte wie das Radfahren, Sharing Mobility, Multimodale Knoten, aber auch Siedlungsentwicklung generell durch die Mobilitätsbrille betrachtet, Thema der Diskussionen. Ziel war es, die Adressatengruppe des Städtetags zu erweitern und Gemeinde- und StädtevertreterInnen mit RaumplanerInnen, dem Bund, aber auch Forschungs- und IndustrievertreterInnen aus den Bereichen Energie und Mobilität zusammenzubringen. Bei allen Webinaren standen der Austausch und das gemeinsame Lernen im Vordergrund.
Umsteigen leicht machen – Multimodale Knoten bieten in Städten die Möglichkeit, alle Verkehrsmodi und Services miteinander zu verknüpfen. Dabei sollten alle vorhandenen Mobilitätsangebote einbezogen werden. Eine Verknüpfung des öffentlichen Verkehrs mit der Infrastruktur für das Radfahren und Zufußgehen stärkt die aktive und nachhaltige Mobilität dabei besonders. Aber auch eine Anbindung an Wohnquartiere ist wichtig. Für eine erfolgreiche Etablierung solcher Angebote braucht es entsprechende Betreibermodelle und Partnerschaften.
Stadt der kurzen Wege – Gerade in Österreichs Städten sind viele Wege mit dem Rad gut erreichbar, ein durchgängiges Radwegenetz ist somit die beste Voraussetzung, echte Alternativen zum Auto oder Ergänzungen zum öffentlichen Verkehr zu schaffen. Um proaktiv agieren zu können, müssen Siedlungsentwicklung und Radfahren gemeinsam gedacht werden, da ein Ausbau des Radwegenetzes im Nachhinein oftmals schwieriger und teurer umzusetzen ist. Besonders wichtig bei jeglicher Planung ist es, über Städte und Regionsgrenzen hinaus zu planen und nicht an politischer Stadtgrenze haltzumachen. Auch hier sprachen sich alle TeilnehmerInnen für mehr Kooperation im Bereich der stadtregionalen Planung und Gestaltung aus. Dem nächsten Österreichischen Raumentwicklungskonzept (ÖREK 2030) wird hierbei eine große Rolle zukommen.
Gemeinsames Nutzen – Sharing Mobility wird in immer mehr Städten gelebter Teil des Mobilitätsangebots und ist ein essenzieller Baustein für ein möglichst flächendeckendes öffentlich zugängliches Mobilitätssystem. Für eine langfristige und erfolgreiche Umsetzung braucht es Kooperationen zwischen Städten, Gemeinden und Serviceanbietern. Oftmals werden solche Konzepte bei Neubauten bereits mitgeplant, Finanzierungsmodelle für den langfristigen Betrieb stellen teilweise noch eine Herausforderung dar. Eine Abstimmung zwischen dem öffentlichen Sektor und den AnbieterInnen ist ein wichtiger Schritt zur sinnvollen und nachhaltigen Integration der Services in bestehende Systeme. Sharing hat in den letzten Jahren über den privaten Nutzungsbereich hinaus auch in Unternehmen einen höheren Stellenwert eingenommen. Unternehmen haben einen großen Einfluss auf die Mobilität ihrer MitarbeiterInnen und schaffen mit Mitfahrbörsen oder ähnlichem aktiv Anreize für individuelle Verhaltensänderungen hin zu einer klimafreundlicheren Mobilität.

Eine Aufzeichnung der Webinare und des Streams ist abrufbar unter:
http://www.staedtetag.at/programm/12-11-2020-ak3/
http://www.staedtetag.at/programm/12-11-2020-ak3/webinare/

Hört auf die Jugend!

Unter dem Titel „Hört auf die Jugend!“ fand im November im Rahmen von villach.live.digital der Online-Workshop zum Thema Jugendbeteiligung statt.

Kinder und Jugendliche haben Bedürfnisse, Wünsche und Ideen. Diese Bedürfnisse ernst nehmen heißt, junge Menschen mitbestimmen zu lassen. Partizipation schafft mehr Akzeptanz, stärkt gesellschaftliche Integration und demokratische Kompetenz. Sie führt zu mehr Identifikation und ermöglicht, Konfliktpotenziale frühzeitig zu erkennen.
Jugendliche bringen Leben in die Kommunen und sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Gemeinden langfristig lebendig zu halten heißt daher, junge Menschen als aktive MitgestalterInnen zu gewinnen und ihre Potenziale zu nutzen. Engagement für die Gemeinschaft wirkt positiv auf die Lebensqualität und schafft eine Verbindung zwischen Jugend und Politik. Generationsübergreifende Kommunikation wird verstärkt, das Lebens-umfeld aller Beteiligten verbessert sowie Eigen- und Fremdverantwortung von Kindern und Jugendlichen erhöht.
Die DiskutatInnen der Videokonferenz berichteten aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern und gaben einen Einblick in ihre Tätigkeit mit Jugendlichen. Kathrin Schindelar vom Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend berichtete über die Österreichische Jugendstrategie und stellte Angebote des Ministeriums zur Beteiligung junger Menschen vor. Der Berliner Beteiligungsexperte Jacob Birkenhäger erklärte, wie in Deutschland Bürgerräte funktionieren und erzählte, welche Erfahrungen er in dieser Hinsicht mit Jugendbeteiligung bislang gemacht hat. Die Wiener Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete Marina Hanke gab einen Überblick über das Projekt „Werkstatt Junges Wien“ und die daraus resultierende Wiener Kinder- und Jugendstrategie. Wie die Teilhabe junger Menschen in der Kommune gelingen kann, berichtete bOJA-Geschäftsführerin Daniela Kern-Stoiber. Dazu konnten auch die Villacher Vizebürgermeisterin Gerda Sandriesser und Jugendreferent Martin Mittersteiner Erfahrungen aus der Praxis beisteuern. Eine Perspektive aus Sicht der Jugend gab Lena Schilling, Mitinitiatorin der „Fridays for Future“-Bewegung in Wien und Gründerin des Jugendrats in Wien. Moderiert wurde der Workshop vom Partizipationsexperten Philippe Narval. In der Diskussion ging es um Fragen zu Herausforderungen und Erfahrungen in der Jugendbeteiligung sowie zu Bedürfnissen und Wünschen der Jugendlichen selbst. Und nicht zuletzt darum, wie sich Jugendliche ohne die Beteiligung von Erwachsenen organisieren.



Sommerfeeling in Villach, 2019

Einige Erkenntnisse aus der Diskussion:

- Jugendliche haben oft das Gefühl, von der Politik zu wenig gehört zu werden.
- Zur Jugendbeteiligung braucht es Mut von allen Seiten – nicht nur von den Jugendlichen selbst, sondern auch vonseiten der Verwaltung und der Politik.
- Partizipationsprojekte sollten generell niederschwellig angesetzt werden, um alle Menschen leicht abzuholen – nicht nur sozial schwächere.
- Junge Menschen brauchen zum einen eigene Beteiligungsformate, zum anderen ist es aber auch wichtig, dass sie direkt in den gleichen Prozessen und Gremien involviert und repräsentiert sind wie Erwachsene.
- Jugendliche müssen Selbstwirksamkeit lernen und erfahren.
- Nicht nur über junge Leute reden, sondern mit ihnen. Sie ernst nehmen und ihnen Raum geben. Mehr Selbstorganisierung zulassen.
- Jugendfreundliche Politik bedeutet, Talentierte zu fördern, Hilfe in schwierigen Lebenslagen zu bieten und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Dafür muss eine Stadt vielfältige Angebote und Räume für junge Menschen schaffen. Am wichtigsten ist aber, die Jugendlichen selbst über Jugendangebote entscheiden zu lassen.
- Jugendliche müssen ihren Lebensraum mitgestalten können. Deshalb ist Jugendmitbestimmung in einer modernen Stadt selbstverständlich. Auch für unsere Demokratie ist es wichtig, dass die Jugend zu aktiven BürgerInnen heranwächst.

© Foto: Marta Gillner

Sie werden mit

Entspannung

erwartet.



Es gibt Grund zur Vorfreude! Sichern Sie sich und Ihren Lieben eine entspannte Zeit mit den Gutscheinen der St. Martins Therme & Lodge. Denn haben wir uns nicht alle etwas Erholung verdient?

www.stmartins.at
Tel.: +43 2172 20500
7132 Frauenkirchen
Im Seewinkel 1

ST.MARTINS
THERME LODGE

Die Lodge der: VAMED VITALITY WORLD the relaxing way of life

burgenland neusiedler see

Aussichten für 2021/22

Kommt nach dem harten Winter der Frühling?

Stefan Bruckbauer, Chefökonom der Bank Austria

Im Verlauf des Sommers wurde klar, dass ein großer Teil der Welt, darunter auch Europa und Österreich, eine zweite Welle der Coronavirus-Pandemie erleben wird. Allerdings kam diese zweite Welle etwas früher und stärker als vielleicht manche gehofft hatten. Wirtschaftliche Konsequenz der 2. Welle war ein erneuter mehr oder weniger ähnlicher Lockdown. Wir gehen derzeit davon aus, dass dieser Lockdown, d. h. viele der Einschränkungen, allen voran im Bereich persönlicher Dienstleistungen, in den meisten Ländern Europas und auch in Österreich über den Winter bis in den März andauern wird. Dementsprechend rutscht die Wirtschaft in weiten Teilen Europas im vierten Quartal erneut in eine Rezession und auch im ersten Quartal 2021 ist mit einer rückläufigen bzw. stagnierenden Wirtschaft zu rechnen. Allerdings fällt der Einbruch im Herbst und Winter deutlich weniger stark aus als im Frühjahr, da viele Branchen inzwischen dank Hygienemaßnahmen, aber auch dank Remote-Working, anders reagieren konnten. Trotzdem bedeutet der wirtschaftliche Einbruch 2020 für die meisten Länder einen der stärksten Einbrüche in ihrer jüngeren Geschichte, und da er global ähnlich verlief resultiert daraus das erste Mal seit 1946 ein deutliches Schrumpfen der Weltwirtschaft mit 4 Prozent – 2009 fiel der Rückgang mit -0,1 Prozent sehr gering aus. Auch für Österreich schätzen wir 2020 mit einem Minus von rund 7 1/2 Prozent real den schärfsten Einbruch des BIP seit 1955, zum Vergleich mit der Finanzkrise ein doppelt so starker Rückgang der Wirtschaftsleistung.

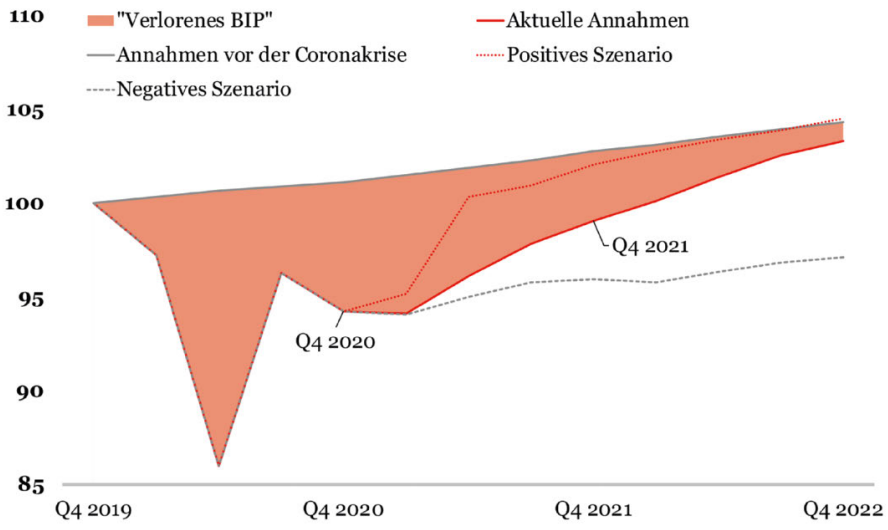
Erholung im Sommer?

Wir gehen allerdings davon aus, dass es ab Frühlingsbeginn dank Wetterverbesserung, aber vor allem dank der beginnenden Ausrollung einer Impfung, zu einem Durchstarten der Wirtschaft kommen wird, sodass zumindest der Rückgang seit Herbst rasch aufgeholt werden kann. Trotzdem dürfte damit das durchschnittliche Wachstum 2021 für Österreich von knapp über drei Prozent deutlich unter dem Einbruch von 2020 von über sieben Prozent bleiben. Verantwortlich ist dafür der spätere Start der Erholung aufgrund der erwarteten Stagnation im ersten Quartal 2021. Auch wenn die Erholung ab dem Sommer 2021 voll einsetzt, spiegelt sich dies nicht mehr im durchschnittlichen Wachstum 2021. Erst 2022 sollte es der österreichischen Wirtschaft mit einem Wachstum von rund fünf Prozent wieder gelingen, das Niveau von 2019 zu erreichen.

Dies bedeutet jedoch auch, dass es 2021 noch zu keiner wesentlichen Erholung am Arbeitsmarkt kommt, im Gegenteil: Mit den auslaufenden Maßnahmen wie Kurzarbeit und der steigenden Dauer der schwachen Nachfrage wird die Zahl der Arbeitslosen über den Winter kurzfristig sogar noch einmal steigen, im Durchschnitt nächstes Jahr jedenfalls kaum unter 400.000 fallen, rund 100.000 mehr als noch 2019. Auch die Zahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten wird 2021 noch nicht das Ausmaß von 2019 erreichen, sondern erst ein Jahr später.

Entscheidend für die Erholung nach der Pandemie wird sein, wie schnell KonsumentInnen und Unternehmen zu ihrem „alten" Verhalten zurückkehren. Wir erwarten, dass die KonsumentInnen in Österreich zwar 2021 ihre Sparquote wieder absenken werden – in etwa auf 11 Prozent nach einem Rekordhoch von 14 Prozent 2020 –, aber noch nicht das Niveau von 2019 von rund 8 Prozent erreichen werden. Dies bedeutet, dass die Erholung des privaten Konsums auf das Niveau von 2019 weder nominell

Österreichs reales BIP
(Q4 2019=100)



Quelle: Revinitiv Datastream, UniCredit Research

Konjunkturprognose

	zur Info		Prognose UCBA			
	2008	2009	2019	2020	2021	2022
(Reale Veränderung in %)						
BIP	1,5	-3,8	1,4	-7,5	3,1	5,2
Privater Konsum	0,9	0,9	0,8	-8,6	3,3	5,5
Öff. Konsum	3,7	2,5	1,5	1,2	1,0	0,8
B. Investitionen *)	1,6	-7,2	4,0	-6,5	3,2	6,8
davon Ausrüstung	2,7	-11,2	4,7	-8,5	4,0	10,0
davon Bau	0,4	-7,9	3,6	-3,5	2,8	2,6
Exporte i.w.S.	2,2	-14,4	2,9	-10,3	3,6	4,7
Importe i.w.S.	1,0	-11,9	2,3	-10,5	1,8	4,2
VPI (Veränderung z. Vorjahr)	3,2	0,5	1,5	1,5	1,5	1,9
Sparquote (in %)	12,4	11,4	8,2	14,1	11,2	8,2
Beschäftigung (in Tausend) **)	3.283	3.234	3.720	3.646	3.677	3.736
Beschäftigung (Veränderung zum Vorjahr)	1,7	-1,5	1,6	-2,0	0,9	1,6
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	5,9	7,2	7,4	10,0	9,6	8,7
Arbeitslosenquote (Eurostat Definition)	4,1	5,3	4,5	5,2	5,4	5,2
Arbeitslose (Jahresdurchschnitt in Tausend)	212	260	301	414	398	362
Öffentlicher Saldo (in % des BIP)	-1,5	-5,3	0,7	-10,5	-6,9	-3,5
Öffentliche Schuld (in % des BIP)	68,7	79,9	70,5	84,9	87,9	85,5
BIP nominell (Mrd. Euro)	294	288	398	375	392	420

*) Exkl. Vorratsänderungen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen

Quelle: UniCredit Research

noch real zu erwarten ist, was nicht nur auf die noch fehlende Erholung der verfügbaren Einkommen allein zurückzuführen ist. Für die Erholung der Investitionstätigkeit der Unternehmen wird es wohl noch etwas länger brauchen, schlussendlich wiegt hier die Unsicherheit noch stärker und zudem dürfte die Pandemie die durchschnittliche Verschuldung des Unternehmenssektors erhöhen.

Unsichere Prognosen

In diesem wirtschaftlichen Umfeld wird bis in das Jahr 2022 die Wirtschaftspolitik unterstützend wirken, d. h. es ist weiter mit hohen Staatsdefiziten und vor allem mit niedrigen Zinsen und hoher Liquiditätszuführung seitens der Notenbanken zu rechnen. Hinsichtlich des öffentlichen Budgetsaldos gehen wir davon aus, dass auch 2022 noch keine Rückkehr zu einem Nulldefizit zu erwarten ist, auch wenn der negative Saldo deutlich niedriger ausfallen dürfte als im Jahr 2020 und 2021. Neben dem Verhalten von KonsumentInnen und Unternehmen wird dies ebenfalls eine wesentliche Rolle für das Tempo der Erholung spielen. Nach der Finanzkrise haben die Staaten des Euroraums deutlich schneller ihre Haushalte konsolidiert als etwa die USA mit sehr negativen Folgen für das Erholungstempo in Europa. Weitere Unterstützung wird die öffentliche Hand von der Europäischen Zentralbank erhalten, die sicherlich über 2021 hinaus durch ihre Anleihekäufe die Finanzierungskosten niedrig halten wird. Auch danach ist nicht mit einem abrupten Anstieg der Zinssätze zu rechnen.

Bei aller Unsicherheit über die Inflationsentwicklung aufgrund von Messproblemen und kurzfristigem Anstieg in einzelnen Bereichen bleibt der Inflationsdruck in einer Welt unterausgelasteter Kapazitäten weltweit und auch lokal noch länger gering. Ein Überspringen der hohen Liquiditätsversorgung auf die Güterpreise würde erst bei deutlich beschleunigter Kreditaufnahme des privaten Sektors und deutlich beschleunigten Konsum- und Investitionsausgaben erfolgen, beides ist derzeit nicht zu erwarten.

Natürlich sind nicht alle Bereiche der Wirtschaft gleich betroffen und die Erholung wird sehr unterschiedlich erfolgen. In den nächsten ein bis zwei Jahren werden die AnbieterInnen von Gütern gegenüber den AnbieterInnen von – persönlichen – Dienstleistungen, allen voran im Tourismus, im Vorteil sein.

Dementsprechend wird der Bereich Beherbergung und Gastronomie auch nach 2021 noch deutlich unter der Wertschöpfung von 2019 bleiben. Gleiches gilt für die Fahrzeugindustrie, Verkehr, weite Teile der persönlichen Dienstleistungen. Keinen Rückgang mussten 2020 vor allem der Bereich des Lebensmitteleinzelhandels, das Realitätenwesen, aber auch der öffentliche Bereich und der Bereich Informationstechnologie hinnehmen.

Die Prognose für 2021 und 2022 ist allerdings hohen Unsicherheiten unterworfen, im Wesentlichen aufgrund des Risikos eines anderen Pandemieverlaufs. Sollte es bei der Ausrollung der Impfung Probleme geben und es kommt auch im zweiten Halbjahr 2021 zu Teil-Lockdowns, so würde sich die wirtschaftliche Erholung bis weit nach 2022 verzögern. Umgekehrt könnten positive Überraschungen bei der medizinischen Entwicklung dafür sorgen, dass schon 2021 das wirtschaftliche Niveau von 2019 erreicht werden kann.

Frühjahr 2021

Weiterbildung

für MitarbeiterInnen und MandatarInnen im öffentlichen Dienst

ZENTRUM FÜR VERWALTUNGS FORSCHUNG KDZ

KDZ Webinare & Online Seminare

Gemeinde-Haushaltsreform (VRV 2015)

01.12.-31.03.	KDZ Online Seminar VRV 2015: Eröffnungsbilanz & Rechnungsabschluss einfach erklärt in kompakten Online-Lern-Videos	Online
13.01.	Live Webinar: Die Eröffnungsbilanz nach VRV 2015 erstellen	Online
14.01.	Live Webinar: Der Rechnungsabschluss I - Grundlagen und zentrale Inhalte	Online
19.01.	Live Webinar: Der Rechnungsabschluss I - Grundlagen und zentrale Inhalte	Online
26.01.	Live Webinar: Die Eröffnungsbilanz nach VRV 20215 erstellen	Online
27.01.	Live Webinar: Der Rechnungsabschluss II - Abschlussarbeiten und -buchungen	Online
02.02.	Live Webinar: Der Rechnungsabschluss II - Abschlussarbeiten und -buchungen	Online
09.02.	Live Webinar: Der Rechnungsabschluss I - Grundlagen und zentrale Inhalte	Online
11.02.	Live Webinar: Der Rechnungsabschluss II - Abschlussarbeiten und -buchungen	Online
18.02.	Live Webinar: Der Rechnungsabschluss II - Abschlussarbeiten und -buchungen	Online
23.02.	Live Webinar: Der Rechnungsabschluss II - Abschlussarbeiten und -buchungen	Online
24.02.	Live Webinar: Voranschlag & Rechnungsabschluss: Lesen, Analysieren, den MandatarInnen verständlich erklären	Online
03.03.	Live Webinar: Voranschlag & Rechnungsabschluss: Lesen, Analysieren, den MandatarInnen verständlich erklären	Online
09.03.	Live Webinar: Basiswissen VRV 2015 - Grundlagen der Gemeinde-Haushaltsreform	Online
11.03.	Live Webinar: Voranschlag & Rechnungsabschluss: Lesen, Analysieren, den MandatarInnen verständlich erklären	Online
16.03.	Live Webinar: Voranschlag & Rechnungsabschluss: Lesen, Analysieren, den MandatarInnen verständlich erklären	Online
16.03.	Live Webinar: Buchen nach der VRV 2015 auf Basis des KDZ Kontierungsleitfaden	Online
24.06.	Live Webinar: Den Voranschlag 2022 vorbereiten und erstellen	Online

Public Management & Governance

26.01.	Live Webinar: CAF-Kommunal 2020 - Der neue Standard für gutes Management von Städten und Gemeinden	Online
23.02.	Live Webinar: Blackout-Vorsorge in Gemeinden und Städten	Online
25.02.	Live Webinar: Kommunen in turbulenten Zeiten: Was ist jetzt wirklich wichtig?	Online
01.03.	Live Webinar: CAF 2020 - Der neue Standard für gutes Management und Qualität in öffentlichen Verwaltungen	Online
11.03.	Live Webinar: Wissensmanagement Grundlagen	Online
24.03.	Live Webinar: Gebühren richtig kalkulieren - Wie können Überschüsse verwendet werden?	Online
08.04.	KDZ Online Werkstatt: Qualitätsmanagement in der Praxis	Online
05.05.	Live Webinar: Nachhaltig und resilient in die Zukunft: ein Werkzeugkasten für Städte und Gemeinden	Online
26.05.	Live Webinar: Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung	Online
16.06.	Live Webinar: Beteiligungen richtig steuern: Organisation des Beteiligungsmanagements	Online
17.06.	Live Webinar: Beteiligungen richtig steuern: Rechts- und Haftungsfragen	Online

Führungsarbeit & Kommunikation

20.01.	Live Webinar: Social Media für Gemeinden und Gebietskörperschaften: Erfolgreich kommunizieren auf Facebook, Twitter & Co	Online
17.02.	Live Webinar: Von der Amtsmitteilung bis zur E-Mail: Verständlich schreiben für Gemeinden	Online
02.03.	Live Webinar: Innere Stärke gewinnen - Die eigene Belastungs- und Widerstandfähigkeit stärken!	Online
04.03.	Live Webinar: Krisenkommunikation für Gemeinden	Online
14.04.	Live Webinar: Führung & Personal - Wie gelingt gute Führung in schwierigen Zeiten?	Online

Innovation & Digitale Kompetenzen

15.04.	Live Webinar: Grundlagen offener Verwaltungsdaten	Online
19.05.	Live Webinar: Digital arbeiten mit Wikis	Online

Juristisches Update

12.01.	Live Webinar: Kommunale Haftungsfragen in Zeiten von COVID - Was gilt es zu beachten?	Online
21.01.	Live Webinar: Das NÖ Raumordnungsgesetz 2014 - Grundzüge und aktuelle Neuerungen	Online
27.01.	Live Webinar: Die straßenpolizeilichen Aufgaben einer Gemeinde	Online
02.02.	Live Webinar: Bau und Verwaltung von Gemeindestraßen nach dem OÖ LStVG - Teil 1	Online
03.02.	Live Webinar: Bautechnische Bestimmungen in der Praxis und aktuelle Neuerungen	Online
09.02.	Live Webinar: Bau und Verwaltung von Gemeindestraßen nach dem OÖ LStVG - Teil 2	Online
15.02.	Live Webinar: Grundlagen des Dienstrechts der NÖ Gemeinden und Gemeindeverbände	Online
22.02.	Live Webinar: Der Sachverständige im Verwaltungsverfahren	Online
01.03.	Live Webinar: Die OÖ Gemeindeordnung - Grundzüge & aktuelle Änderungen	Online
15.03.	Live Webinar: Update Vergaberecht für Städte und Gemeinden - Bundesvergabegesetz 2018, E-Vergabe, COVID und Vergabeverfahren	Online
17.03.	Live Webinar: Sicher durch das Verwaltungsverfahren nach dem AVG	Online
22.03.	Live Webinar: Das ortspolizeiliche Verordnungsrecht der Gemeinden	Online
25.03.	Live Webinar: Aktuelle Neuerungen im Dienst- und Besoldungsrecht für Tiroler Gemeinde(-verbands)bedienstete (inkl. Dienstrechtsnovelle 2020)	Online
18.05.	Live Webinar: Rechtsstellung und Aufgaben der Gemeindeorgane	Online
23.06.	Live Webinar: Neu im Gemeindedienst? - Das Gemeinderecht für Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger	Online

WIENER STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP

durchgeführt von **KDZ · Managementberatungs- und WeiterbildungsGmbH**
Guglgasse 13 · A-1110 Wien · T: +43 1 892 34 92-16 · F: -20
institut@kdz.or.at · www.kdz.or.at/seminarprogramm

Weitere Termine auf der Rückseite

Kommunale PIONIERINNEN

Helga Konrad: Frauenpolitik ist kein Minderheitenthema

Die erste Grazer Frauenstadträtin und internationale Expertin im Kampf gegen Menschenhandel

Daniela Kerschbaumer, Stadt Graz/Referat Frauen & Gleichstellung

Sie schlug einst hohe Wellen. Nach 25 Jahren ist die Kampagne der ersten Grazer Frauenstadträtin und zweiten Frauenministerin Österreichs für viele Generationen immer noch ein Begriff. Helga Konrad übernahm mit „Ganze Männer machen halbe-halbe“ in Österreich für viele Wochen die mediale und gesellschaftspolitische Themenführerschaft.

Das ganze Land war in heller Aufregung. Kaum jemanden ließ der mutige Vorstoß der Grazer Ministerin kalt. Helga Konrads Idee, die partnerschaftliche Teilung der Versorgungsarbeit im Familien- und Eherecht gesetzlich zu verankern, stellte für viele die Welt auf den Kopf. Seit einem viertel Jahrhundert ist die Diskussion um ungerechte Strukturen und gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, von Erwerbs- und Familienarbeit zwischen Frauen und Männern am Köcheln. Eine reale Umsetzung der Forderungen scheint trotz vieler Maßnahmen noch außer Griffweite. Öffentliche Anfeindungen blieben damals nicht aus. Die Kampagne wurde nur wenige Wochen nach Erscheinen abgesetzt, wirkt aber bis heute nach und scheint in Zeiten von COVID-19 aktueller denn je.

Helga Konrad, am 10. Jänner 1948 in Graz geboren, studierte Romanistik und Anglistik an der Karl-Franzens-Universität Graz und an der Sorbonne in Paris. Nach ihrer Promotion 1975 arbeitete sie einige Jahre in der steirischen Arbeiterkammer und leitete später 13 Jahre lang die steirische Kulturinitiative. 1987 zog Konrad für die SPÖ in den Grazer Gemeinderat ein, wechselte nach drei Jahren in den Nationalrat und kehrte 1993 nach Graz zurück, um von 1993 bis 1995 als Stadträtin für Jugend, Familie, Frauen, Schulen und Gesundheit zu wirken. Ihre Zielstrebigkeit in der Frauenpolitik hinterließ Spuren. 1995 wurde Konrad zur Frauenministerin berufen Sie hatte diese Position bis 1997 inne.

Frauenthemen werden Stadtangelegenheiten

Drei Jahre nachdem Johanna Dohnal († 2010) als erste Frauenministerin in die österreichische Regierung eingezogen war, wurden die „Frauenangelegenheiten“ mit Helga Konrad als erste Frauenstadträtin auch in Graz fest verankert. Sie wurde erste Grazer Frauenstadträtin und installierte das „Referat für allgemeine Frauenangelegenheiten“ mit dem Schwerpunkt der Betreuung und finanziellen Absicherung von Fraueneinrichtungen zum Schutz, zur Förderung und zur Sicherstellung der Chancengleichheit von Frauen.

Schon als Ministerin machte Konrad auf Frauenhandel und sexuelle Ausbeutung aufmerksam. Seit 2006 berät sie als internationale Konsulentin Regierungen, Behörden, Parlamente und internationale Organisationen im Kampf gegen alle Formen von Menschenhandel. 1999 erhielt Helga Konrad das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich. 2016 wurde sie feierlich zur Bürgerin der Stadt Graz ernannt.



Als Gemeinderätin, Stadträtin und Ministerin engagierte sich Helga Konrad für Frauenpolitik.

„Frauenpolitik ist kein Minderheitenthema, Frauenpolitik ist Demokratiepolitik“, war und ist das Credo der Grazer Pionierin. Helga Konrad ist eine von 34 Grazer Frauen, die seit dem Jahr 2015 in die Pionierinnengalerie des Grazer Rathauses einzogen sind (www.pionierinnengalerie-graz.at).

© Foto: Stadt Graz/Foto Fischer

Jüdische Friedhöfe im Burgenland

Die Arbeit des Fonds zur Instandsetzung jüdischer Friedhöfe in Österreich als ein Beitrag, jüdisches Kulturgut für kommende Generationen zu bewahren

Bis 1938 verfügte das östlichste Bundesland Österreichs über eine lebendige, reiche jüdische Kultur und große Gemeinden im Nord-, Mittel- und Südburgendland. Gefördert durch die beiden Familien Esterházy und Batthyány, siedelte die Grundherrschaft im 17. Jahrhundert gezielt jüdische Händler an, um wirtschaftliche Vorteile für die Region zu erzielen. Bekannt wurden die jüdischen Ansiedlungen in den Ortschaften Eisenstadt, Mattersburg, Kobersdorf, Lackenbach, Frauenkirchen, Kittsee und Deutschkreutz auch unter dem Begriff der „Siebengemeinden". Die Familie Esterházy übernahm hier die Schutzherrschaft – für diese Sicherheit mussten allerdings Gebühren entrichtet werden. In Güssing, Rechnitz, Schlaining und Oberwart folgte die Familie Batthyány diesem Beispiel. Alle diese Gemeinden fanden kurz nach der Okkupation Österreichs und seiner Eingliederung in das Deutsche Reich im Jahr 1938 ein jähes Ende, jüdische MitbürgerInnen wurden in weiterer Folge beraubt und vertrieben oder ermordet. Entzogene Gebäude wie jüdische Schulen, Badehäuser oder Synagogen wurden entweder noch während des NS-Regimes abgerissen oder zweckentfremdet oder sie verfielen letztlich nach dem Zweiten Weltkrieg. Jüdische Friedhöfe bestanden jedoch oft baulich weiter, auch wenn viele Grabsteine zwischen 1938 und 1945 geraubt wurden, um anderweitig Verwendungen zu finden.



Der 5.700 m² große Waldfriedhof Kobersdorf mit mehr als 1.400 Grabsteinen wird seit den späten 1980er-Jahren von der Gemeinde gepflegt, seitdem erfolgten immer wieder kleinere Sanierungsarbeiten. Die finalen Instandsetzungsarbeiten konnten mit Mitteln des Fonds 2018 abgeschlossen werden.

Pflege und Dokumentation

In den letzten Jahrzehnten kümmerten sich viele engagierte Einzelpersonen, ambitionierte Standortgemeinden und zivilgesellschaftliche Vereine zusammen mit der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Wien bzw. der IKG Graz und dem Land Burgenland um diese 14 verbliebenen Ruhestätten. Trotzdem fehlte langfristig für größere und grundlegende Sanierungsmaßnahmen oft das Geld, der Verfall der Grabsteine schritt indes rasant voran. Vielfach war und ist man damit beschäftigt, die Gehölzsituation im Zaum zu halten und notwendige jährliche Pflegemaßnahmen durchzuführen. Jedes Jahr wird erneut gegen das Zuwachsen der Flächen gekämpft, müssen Bäume gefällt werden, bedrohen die mittlerweile mächtigen Wurzelstöcke der Pflanzen die Grabstätten und Umfriedungsmauern. Seit Ende der 1980er-Jahre wurden immer wieder Arbeits- und Rodungsprojekte in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice (AMS) durchgeführt. Seit 2010 werden im Zuge des Projekts „Erinnerungszeichen" die wesentlichsten Pflege- und Rodungsarbeiten von burgenländischen langzeitarbeitslosen Menschen bewerkstelligt. Dieses alljährliche, befristete Projekt wird vom Verein RE.F.U.G.I.U.S. (Rechnitzer Flüchtlings- und Gedenkinitiative) in Kooperation mit Trendwerk – einem vom AMS und dem Europäischen Sozialfonds geförderten Projekt – durchgeführt. Der Rest der Finanzierung wird vom Land Burgenland, den Gemeinden und der IKG Wien bestritten. Die Abwicklung dieses arbeitsmarktpolitischen und sozialpädagogischen Projekts erfolgt über den Verein RE.F.U.G.I.U.S. So wurden jährlich auf den Friedhöfen an die 3.000 Arbeitsstunden in nachhaltige Erhaltungsarbeit investiert – vornehmlich in den Gehölzschnitt und in Rasenmäharbeiten. Aufseiten der Wissenschaft kümmert sich unter anderem Johannes Reiss vom Jüdischen Museum in Eisenstadt seit Mitte der 1990er-Jahre mit

© Foto: Nikolaij Kreinjobst

großem Engagement um die historische Aufarbeitung der jüdischen Friedhöfe.
Ab 2001 katalogisierte die Historikerin Tina Walzer die jüdischen Friedhöfe im gesamten Bundesgebiet systematisch. Das „Weißbuch über Pflegezustand und Sanierungserfordernisse der jüdischen Friedhöfe in Österreich“ lieferte somit erste Zahlen und Fakten für konkrete Überlegungen zum Sanierungsbedarf. Der Gesamtfinanzierungsbedarf für alle zu sanierenden Friedhöfe wurde ursprünglich auf rund 40 Millionen Euro geschätzt. Zudem erfasste und überprüfte das Bundesdenkmalamt Friedhöfe auf ihre Denkmalwürdigkeit.

Der Friedhofsfonds

Im Rahmen des Washingtoner Abkommens aus dem Jahr 2001 verpflichtete sich die Republik Österreich, die israelitischen Kultusgemeinden bei der Sanierung der jüdischen Friedhöfe zu unterstützen. Mit der Erlassung des „Bundesgesetzes zur Errichtung des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich“ (BGBl I 99/2010) erfolgte zehn Jahre später der entscheidende Schritt zur innerstaatlichen Umsetzung dieser Verpflichtung. Der sogenannte Friedhofsfonds wurde beim Nationalrat eingerichtet. Die Besorgung der administrativen Aufgaben des Fonds und die Vertretung des Fonds nach außen erfolgen gemäß den Grundsätzen des Bundesgesetzes über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus. Seit Inkrafttreten des Gesetzes können über einen Zeitraum von 20 Jahren jüdische Friedhöfe mit Unterstützung des Fonds saniert werden. Dieser ist mit jährlich einer Million Euro (wertgesichert) dotiert. Das Gesetz sieht vor, dass zusätzlich zu den Fördermitteln des Bundes die EigentümerInnen der jüdischen Friedhöfe Mittel in gleicher Höhe für die Instandsetzungen aufbringen. Zudem ist der Fonds offen für Drittmittel. Die Förderung für die Instandsetzung eines Friedhofs erfolgt immer unter der Bedingung, dass nach der erfolgten Sanierung die weitere Erhaltung und Pflege nachhaltig über 20 Jahre von der Standortgemeinde übernommen wird.

Erste Erfolge

Am 20. Juni 2011 wurden erstmals Förderungen für dringend notwendige Arbeiten auf dem jüdischen Friedhof Deutschkreutz beschlossen. In einem ersten Teilprojekt, das bereits 2012 beendet werden konnte, wurde der Gräberbestand erfasst und nummeriert; weiters wurden die Schäden der Grabsteine aufgenommen und die Ziele der Instandsetzung mit dem Bundesdenkmalamt definiert. Rodungs- und Nivellierungsarbeiten wurden durchgeführt und die Umfriedungsmauer instand gesetzt. In zwei weiteren Teilprojekten zwischen 2013 und 2016 sanierte man die noch vorhandenen Grabsteine auf dem Areal. Somit konnten am ersten Friedhof, den die IKG Wien zusammen mit dem Fonds instand gesetzt hat, wichtige Erkenntnisse für das weitere Vorgehen in den Jahren danach gewonnen werden. Das Bundesdenkmalamt, GehölzExpertInnen, RestauratorInnen und Steinmetze arbeiteten Hand in Hand, um Standards für die kommenden 20 Jahre festzulegen.
Nach Abschluss des Projekts hatte der Fonds in Deutschkreutz Fördermittel in Höhe von rund € 65.000,– ausgeschüttet. Die jüdischen Friedhöfe in Lackenbach (Instandsetzungen 2014–2018 mit Kosten von rund € 350.000,–) und Kobersdorf (2014–2018, rund € 490.000,–) folgten. Allerdings waren die hier aufzuwendenden Summen wesentlich höher. Grund dafür waren eine wesentlich größere Anzahl an Grabsteinen und schwierigere Lagebedingungen.

Geplante Vorhaben

Alle geförderten Teilprojekte des Fonds sind im Detail auch auf der Webseite des Friedhofsfonds zu finden. In den ersten zehn Jahren seines Bestehens konnte der Fonds bisher insgesamt fast 50 Teilprojekte auf zwölf Friedhöfen im gesamten Bundesgebiet fördern und betreuen. Dabei wurden Fördermittel in Höhe von rund 7,4 Millionen Euro bewilligt. In den nächsten zehn Jahren wird die Sanierung großer städtischer Friedhöfe wie Zentralfriedhof und Währinger Friedhof in Wien ebenso wie die Sanierung von Friedhöfen in kleinen ländlichen Gemeinden eine weitere Herausforderung darstellen, die es zu meistern gilt. Darüber hinaus wird der Fonds Vermittlungsprogramme für SchülerInnen und Interessierte auf den bereits sanierten Friedhöfen anbieten.

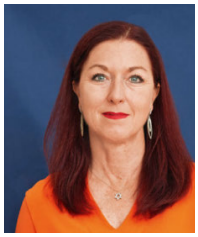
LINKS

www.friedhofsfonds.org

www.nationalfonds.org

www.refugius.at

www.ikg-wien.at/friedhofsdatenbank



HANNAH M. LESSING

Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, des Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich



MICHAEL R. SEIDINGER

Leiter Stabstelle Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich

© Fotos: Eugenie Sophie, Foto Weinwurm GmbH

KlimaKonkret

Ein Plan für eine klimafitte Zukunft

In unseren Städten wird es zunehmend wärmer. Die neue Initiative KlimaKonkret rund um Künstler und Klimaaktivist André Heller schafft Bewusstsein für die Notwendigkeit von Klimawandelanpassungen. Schon vor dem offiziellen Startschuss haben BürgermeisterInnen die Zeichen der Zeit erkannt und ihr Engagement für eine klimafitte Zukunft zugesagt.

Vorreiterinnen

Sabine Naderer-Jelinek ist Bürgermeisterin von Leonding in Oberösterreich: „Unsere grüne Lunge, der Kürnbergwald, leidet gerade enorm unter den Folgen der Klimaerwärmung. Viele Bäume mussten gefällt werden. Zudem macht die zunehmende Hitze Älteren und Kindern schlimm zu schaffen und manche Plätze in der Stadt können kaum mehr genutzt werden. Auch wenn wir jetzt gerade alle Hände voll zu tun haben, gut durch die Coronakrise zu kommen: Die nächste Hitzewelle kommt bestimmt. Darauf wollen wir vorbereitet sein.“ Auch in der niederösterreichischen Bezirkshauptstadt Tulln wurde der Handlungsbedarf längst erkannt. Bürgermeister Peter Eisenschenk: „Ein zentrales Ziel für uns als Gartenstadt ist es, Hitzeinseln durch noch mehr Stadtgrün zu reduzieren und so auch das Mikroklima positiv zu beeinflussen. Wir setzen uns grundsätzlich aktiv für einen klimafitten öffentlichen Raum ein und haben unter anderem vor, im Stadtzentrum einen derzeit noch versiegelten Parkplatz für rund 200 Autos in eine grüne Verweil- und Entspannungszone zu verwandeln.“

Lokale Aspekte

Der KlimaKonkret-Plan zeigt am Beispiel einer prototypischen österreichischen Gemeinde auf, wie eine klimafitte Gestaltung gelingen kann. Egal ob in der Stadt oder in der ländlich geprägten Gemeinde, für kurz- oder langfristige Planung, für unterschiedliche budgetäre Möglichkeiten: Es ist für jede/-n etwas dabei. Die Handlungsfelder umfassen Grünräume, Mobilität, Bauen/Siedlungsentwicklung und Wasser.
Das Service-Center des CCCA (Climate Change Centre Austria) ist eine zentrale Anlaufstelle rund um das Thema Klimawandelanpassung. Ein breitgefächertes Netzwerk aus ExpertInnen vermittelt sowohl Erstberatung als auch ausführlichere Lösungen. Mit der vorhandenen breiten Fachexpertise kann erstmalig maßgeschneiderte, integrierte und wissenschaftsbasierte Beratung aus einer Hand vermittelt werden. Das Netzwerk vereint Know-how aus den Bereichen Klimaforschung, Klimaschutz, Raum- und Stadtplanung, Freiraumplanung, Verkehrsplanung und vielem mehr. Helga Kromp-Kolb ist Obfrau des CCCA und eine der führenden Klimaforscherinnen Österreichs: „Selbst wenn die Ziele des Pariser Klimavertrages erreicht werden, kommt es in den nächsten Jahrzehnten noch zu Temperaturanstiegen und damit verbundenen unerwünschten Klimaänderungen. Städte und Gemeinden tun daher gut daran, diese durch Anpassungsmaßnahmen abzufedern.“
Für Städte und Kommunen, so die Erfahrung des Klima- und Energiefonds, braucht es häufig nur eine kluge Unterstützung der ersten Schritte, wenn es um die Anpassung an den Klimawandel geht. Der Klima- und Energiefonds, der die Erstellung und den Vertrieb des KlimaKonkret-Plans unterstützt hat, bietet diesen daher auch eine Reihe von attraktiven Förderungen an. Geschäftsführerin Theresia Vogel: „Wir sehen in unseren Smart Cities, dass wir gemeinsam viel bewegen. Unsere Förderungen sind häufig die Initialzündung für weitere regionale Projekte, die dann gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der Städte umgesetzt werden. Mit dem KlimaKonkret-Plan halten Entscheidungsträgerinnen und -träger nun eine Orientierungshilfe in Händen, die zeigt, was Kommunen für ihre klimafitte Zukunft tun können.“

Der KlimaKonkret-Plan zum Download:
www.klimakonkret.at





Die InitiatorInnen rund um André Heller

© Fotos: Inés Bacher, KlimaKonkret



© Foto: Getty Images

Gemeindefinanzbericht: Vergangenheit und Zukunft

Seit 2020 befinden sich die Gemeinden in einer Gemeindefinanzkrise. Beinahe utopisch wirkt daher ein Blick in die Vergangenheit. 2019 konnten die Investitionen dank guter wirtschaftlicher Entwicklung einen neuen Höhepunkt erreichen und Reserven aufgebaut werden. Im jährlichen Gemeindefinanzbericht zeigt sich ein ganzheitliches Bild zu den Gemeindefinanzen für den Zeitraum 2009 bis 2022.

Peter Biwald, Karoline Mitterer, Marion Seisenbacher, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

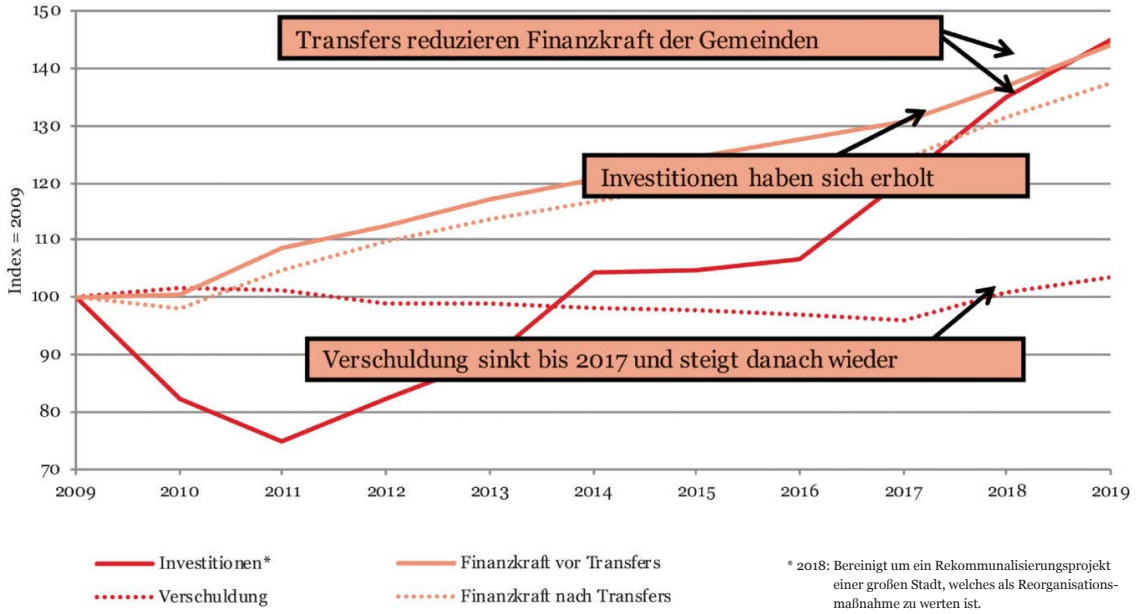
Seit zehn Jahren erstellt das KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung den Gemeindefinanzbericht[1], welcher in der Schriftenreihe „Stadtdialog" des Österreichischen Städtebundes erscheint. Ziel ist es, die Entwicklung der österreichischen Gemeindefinanzen transparent darzustellen, wobei neben Einnahmen- und Ausgabenentwicklung auch immer ein Fokus auf Investitionen, Verschuldung und Transfersystem gelegt wird.

Die aktuelle Ausgabe widmet der coronabedingten Krise der Gemeindehaushalte zwei eigene Kapitel. Schwerpunkt ist dabei die Gemeindefinanzprognose und Empfehlungen zur Bewältigung der Gemeindefinanzkrise. Gerade hierfür ist es wichtig, den aktuellen Status der Gemeindefinanzen zu kennen, weshalb der Blick in die Vergangenheit lohnt.

Positive Entwicklung bis 2019

Die Gemeindefinanzen wurden in den letzten zehn Jahren durch verschiedenste Entwicklungen und Ereignisse geprägt. Starke Auswirkungen hatte die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, welche in den

Abbildung 1: Indexentwicklung laufende Ausgaben und Kapitaltransferausgaben, Investitionen, Verschuldung, Finanzkraft vor Transfers und Finanzkraft nach Transfers, 2009 bis 2019



Folgejahren zu einem Einbruch der Investitionen führte. Gleichzeitig zeigen sich langfristige Trends.

In Abbildung 1 ist die Entwicklung zentraler Kennzahlen der Gemeindebudgets (ohne Wien) dargestellt. Die Finanzkraft vor Transfers[2] stieg von 2009 auf 2019 um 44 Prozent, die Finanzkraft nach Transfers[3] hingegen mit 37 Prozent deutlich niedriger. Dies verdeutlicht, dass über Transfers (insbesondere über Umlagen) ein immer höherer Anteil an Finanzkraft von den Gemeinden abgeschöpft wird. Konsequenz daraus ist, dass die Gemeinden verstärkt auf andere Einnahmenkategorien zurückgreifen müssen, um ihre laufenden Ausgaben zu finanzieren und ausreichend Investitionsspielräume zu haben.

Bei den Investitionen[4] kam es im Zeitraum 2010 und 2011 aufgrund der Wirtschaftskrise zu deutlichen Einbrüchen, welche sich erst ab 2016 erholt haben. Insgesamt stiegen die Investitionen von 2009 auf 2019 um 45 Prozent. Die Verschuldung der Gemeinden[5] stieg 2009 und 2010 im Zuge der Wirtschaftskrise an und sank dann bis zum Jahr 2017 kontinuierlich. Seit 2018 ist die Verschuldung in Absolutwerten wieder angestiegen, in Relation zum BIP jedoch konstant geblieben.

Die gute wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre hat auch dazu geführt, dass Rücklagen aufgebaut werden konnten, welche in der jetzt bestehenden Gemeindefinanzkrise wichtige Puffer darstellen. Insgesamt lag 2019 die Verschuldung der Gemeinden bei 9 Mrd. Euro, der Schuldendienst bei 1,6 Mrd. Euro und die Rücklagen bei 2,7 Mrd. Euro.

Starker Einbruch ab 2020

Die Jahre 2020/2021 sind stark geprägt von Einnahmenrückgängen aufgrund der Coronakrise. Gemäß KDZ-Prognose mit Stand Anfang Dezember 2020 fehlen für die Jahre 2020 und 2021 insgesamt 2,5 Mrd. Euro (ohne Wien). Besonders starke Rückgänge zeigen sich bei den Gemeinde-Ertragsanteilen (2020: -1.450 Mio. Euro 2020/2021 gegenüber 2019 – ohne Wien), bei der Kommunalsteuer (-300 Mio. Euro 2020/2021) und bei der Fremdenverkehrsabgabe (-265 Mio. Euro 2020/2021).

Massiver Anstieg an Abgangsgemeinden

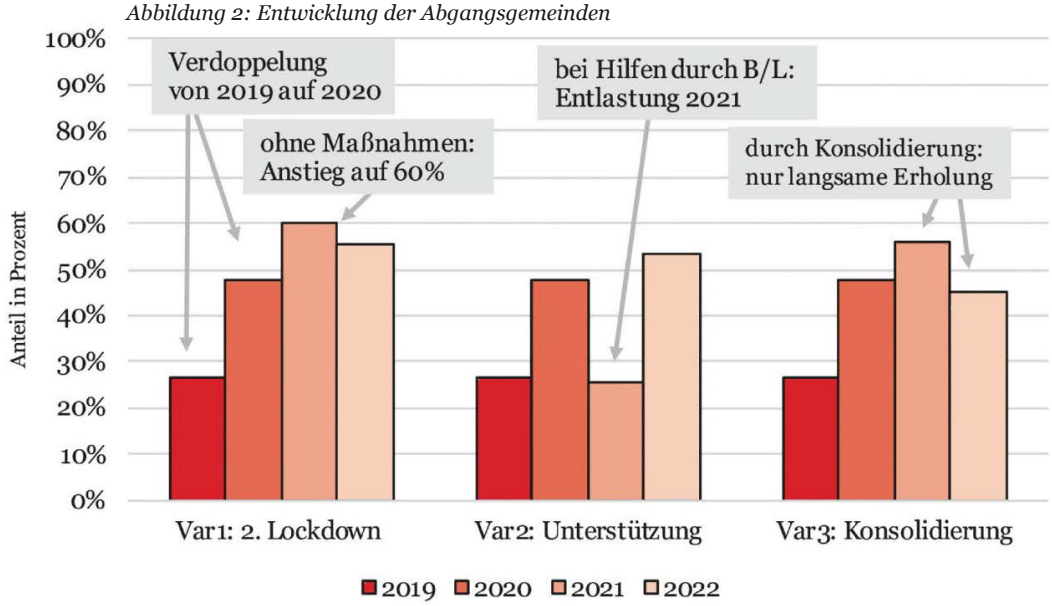
Um einen starken Anstieg an Abgangsgemeinden zu vermeiden und die Liquidität sowie kommunale Investitionen zu sichern, wären für 2021 weitere finanzielle Hilfsmaßnahmen des Bundes (und der Länder) notwendig. Ein Ersatz des Ausfalls der Kommunalsteuer und Fremdenverkehrsabgabe für die Jahre 2020/2021 sowie der teilweise Ersatz der Ertragsanteile für diesen Zeitraum würde bis zu 1,5 Mrd. Euro des geringeren Überschusses und damit Investitionsspielraums der Gemeinden kompensieren.

Die Zahl an Abgangsgemeinden (Abbildung 2) – das heißt jene Gemeinden, welche ihre laufenden Ausgaben inkl. Tilgungen nicht mehr decken können – erhöht sich 2021 ohne Gegenmaßnahmen auf voraussichtlich 60 Prozent (Variante 1). Durch die finanzielle Unterstützung von Bund/Ländern in der Höhe von 1,1 Mrd. Euro (ohne Wien) (Variante 2) könnte der Anteil an Abgangsgemeinden 2021 wieder stabil gehalten werden. Es wird damit aber primär ein einmaliger Effekt erzielt.

Ergänzend dazu ergibt sich, dass die Gemeinden auch konsolidieren müssen (Variante 3). In Variante 3 wird aufgezeigt, welche Konsequenzen es hätte, wenn keine weiteren finanziellen Hilfen von Bund und Ländern kämen und die Abgänge ausschließlich durch Konsolidierungsmaßnahmen der Gemeinden auszugleichen wären. Ein Viertel der laufenden Ausgaben der Gemeinden sind Umlagen, welche eine sehr hohe Dynamik aufweisen und von den Gemeinden meist nicht beeinflusst werden können. Daher müssten verstärkt Kürzungen im Personalbereich und im Verwaltungs- und Betriebsaufwand erfolgen. Auch

Quelle: KDZ; eigene Berechnung 2021 auf Basis Statistik Austria: Gemeindefinanzdaten 2009 bis 2019. Anmerkung: Investitionen exkl. Erwerb von Beteiligungen und Wertpapieren.

Abbildung 2: Entwicklung der Abgangsgemeinden



die Verschuldung würde hier deutlich zunehmen, da die Einsparungen nur mittelfristig umgesetzt werden könnten.

Deutliche Leistungskürzungen zu befürchten

Wie die Prognoseszenarien zeigen, werden die Gemeinden die Finanzkrise nicht aus eigener Kraft tragen können. Ohne weitere Unterstützungsmaßnahmen durch Bund und Länder müsste von den Gemeinden ein massives Einsparprogramm mit entsprechenden Leistungskürzungen gefahren werden, um mittelfristig wieder einen ausreichenden Überschuss der operativen Gebarung auf dem Niveau von 2019 zu erzielen, und zwar:

- Personalabbau um knapp 10 Prozent (das sind 7.000 bis 8.000 Arbeitsplätze)
- Reduktion des Verwaltungs- und Betriebsaufwands in einem ähnlichen Ausmaß.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Einsparungen nicht von einem Tag auf den anderen umsetzbar sind. Ein Teil der Mindereinnahmen müsste über Schulden finanziert werden; diese sind jedoch nur innerhalb enger Rahmen genehmigungsfähig und auch sinnvoll.

Fehlende Mittel für systemrelevante Investitionen

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Investitionsbereich. Mit einem bisherigen Anteil der Gemeinden an den öffentlichen Investitionen[6] von 30 Prozent könnten die Gemeinden wesentlich zur Stabilisierung der Wirtschaftskrise beitragen. Müssen jedoch sämtliche Einnahmen für die laufenden Ausgaben aufgewendet werden, fehlt das Geld für Investitionen. Dies ist nicht nur problematisch für die Wirtschaft, sondern es besteht auch ein hohes Risiko eines nicht wieder aufholbaren Investitionsrückstaus – etwa in den Bereichen Kindergärten und Schulen oder bei den dringend notwendigen Investitionen für den Klimawandel.

Gemeindefinanzkrise nur gemeinsam lösbar

Um die Gemeindeebene auch langfristig handlungsfähig zu halten, empfiehlt das KDZ ein gemeinsames Maßnahmenbündel von Bund, Ländern und Gemeinden.

Zur grundsätzlichen Absicherung der Liquidität der Gemeinden und der kommunalen Leistungen ist neben dem bestehenden kommunalen Investitionspaket auch ein – wie bereits vorher angesprochener – zumindest teilweiser Ersatz der Einnahmenausfälle in Höhe von 1,5 Mrd. Euro 2021 (inkl. Wien) notwendig. Dies betrifft einen vollständigen Ersatz der Kommunalsteuer und Fremdenverkehrsabgabe und einen teilweisen Ersatz der Mindereinnahmen bei den Ertragsanteilen. Ergänzend empfiehlt das KDZ den Ausbau der Investitionsprogramme um 1 Mrd. Euro 2021. Wichtige Entlastung würde auch die Öffnung der Corona-Hilfsmaßnahmen (Kurzarbeit, Fixkostenzuschuss, Umsatzersatz etc.) zumindest für die kommunalen Betriebe bringen. Zusätzlich bedarf es einer besseren Abstimmung zwischen den Gebietskörperschaften. Es gilt, die Problemlage aufzuzeigen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, etwa im Bereich der Verschuldung oder die Berücksichtigung der Gemeinden bei den Mitteln aus dem Europäischen Aufbauplan.

Angesichts der Krise werden aber auch Gemeinden einen wesentlichen Beitrag leisten müssen. Einerseits gilt es, bestehende Liquiditätsreserven und Effizienzpotenziale zu nutzen, etwa im Bereich der Gemeindekooperationen. Andererseits werden auch Konsolidierungsmaßnahmen notwendig sein und damit verbunden die Reduktion oder Anpassung von Leistungen.

1 Mitterer/Biwald/Seisenbacher: Österreichische Gemeindefinanzen 2021 – Entwicklungen 2009 bis 2022, 2021. Der Bericht ist downloadbar auf der Homepage des Österreichischen Städtebundes (https://www.staedtebund.gv.at/services/publikationen/schriftenreihe-des-oestb/) und des KDZ (https://www.kdz.eu/de/studien).

2 Ertragsanteile +eigene Abgaben. Ohne Wien.

3 Ertragsanteile +eigene Abgaben +Transfereinnahmen (v. a. Bedarfszuweisungen) -Transferausgaben (v. a. Umlagen). Ohne Wien.

4 Investitionen Gemeindehaushalte (daher ohne ausgelagerte Gesellschaften). Ohne Wien.

5 Verschuldung Gemeindehaushalte (daher ohne ausgelagerte Gesellschaften). Ohne Wien.

6 Öffentlicher Sektor gemäß ESVG 2010 (Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen). Diese Definition liegt etwa der Berechnung der öffentlichen Verschuldung bzw. des „Maastricht-Defizites" zugrunde.

Quelle: KDZ; eigene Darstellung 2021

Gemeinsam mobil – wohin geht die Reise in Österreich?

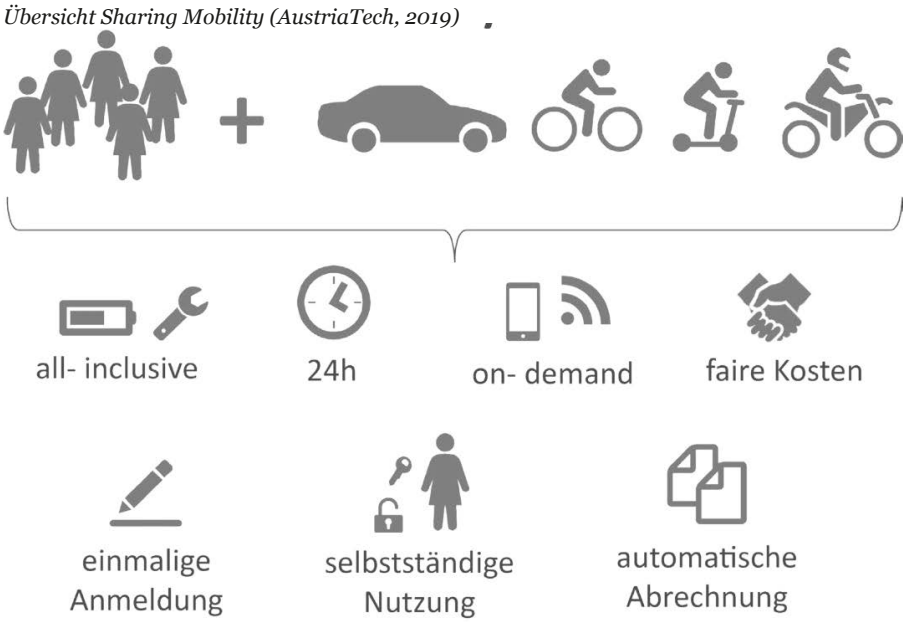
Es bewegt sich, immer mehr neue Mobilitätsangebote kommen in Österreichs Städte und Regionen. Sie können eine sinnvolle Ergänzung zu unserem öffentlichen Verkehrssystem sein, um ein flächendeckendes Angebot zu schaffen. Die Botschaft ist klar – weg vom Besitz hin zur flexiblen Nutzung.

Lina Moßhammer, AustriaTech GmbH

Sharing Mobility bedeutet das organisierte Teilen von Fahrzeugen oder Dienstleistungen im Mobilitätsbereich. Das umfasst beispielsweise Car-, Moped-, Bike-, Lastenrad- oder Scootersharing, im erweiterten Sinn auch Mitfahrgelegenheiten. Die Rechte zur Nutzung werden meist vertraglich festgelegt und über einen Zeit- oder Kilometertarif abgerechnet. Diese Form der Mobilität bietet einen hohen Grad der Flexibilität, da sich die einzelnen NutzerInnen individuell Fahrzeuge buchen können, wenn sie diese brauchen und diese bei größeren Anbietern nach dem jeweiligen Zweck der Fahrt (bspw. Lastenrad bei größeren Einkäufen) aussuchen können. Es ermöglicht jeder und jedem Einzelnen, ohne Auto mobil zu sein, selbst wenn kein öffentliches Angebot zur Verfügung steht oder ein spezieller Bedarf (bspw. Arztbesuch) entsteht.

Derzeit sind unterschiedlichste, sowohl private als auch gemeinwohlorientierte Sharing-Mobility-Angebote am Markt. Um eine sinnvolle Integration dieser zu ermöglichen, ist die Kommunikation zwischen den Anbietern und der öffentlichen Hand und die Vernetzung der Angebote mit dem bestehenden Mobilitätssystem (räumlich und digital) von großer Bedeutung.

Übersicht Sharing Mobility (AustriaTech, 2019)



© Grafik: AustriaTech

Städte-Umfrage

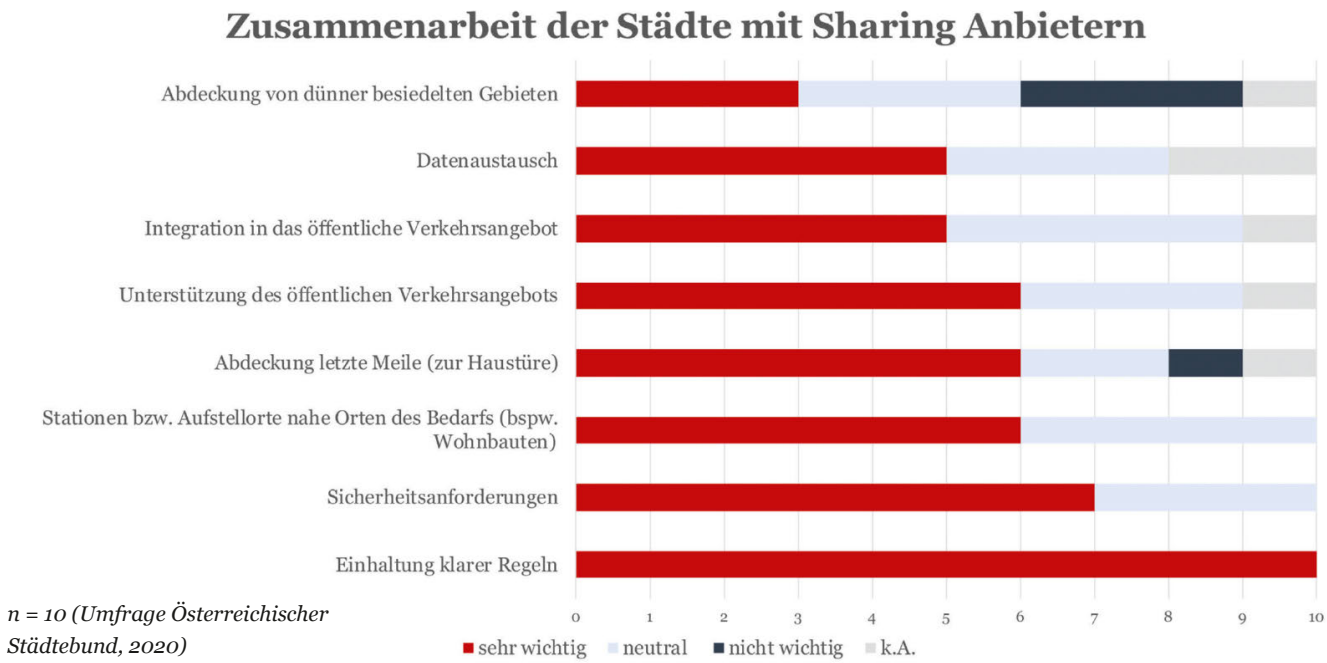
Im Sommer 2020 wurde in Kooperation von Austria Tech und Österreichischem Städtebund eine Umfrage bei Österreichs Städten durchgeführt. Insgesamt zehn Städte haben einen Einblick in die Zusammenarbeit mit Sharing-Mobility-Anbietern und den Vor- und Nachteilen aus Sicht der Stadt gegeben.

Besonders wichtig ist den Städten die Einhaltung klarer Regeln und Sicherheitsanforderungen. Weitere Punkte zeigen die Wichtigkeit der Anknüpfung von den neuen Angeboten mit dem bestehenden Mobilitätsangebot.

Das bedeutet beispielsweise die strategische Aufstellung von Stationen an Orten, wo Menschen Mobilität nachfragen. Diese können etwa das Wohnumfeld sein oder Endhaltestellen des öffentlichen Verkehrs, an denen ein Angebot bis vor die Haustüre sinnvoll ist.

Zu der Abdeckung der letzten Meile und den individuellen Bedürfnissen kann Sharing Mobility aus Sicht der Städte bereits gut beitragen. Ein gewisser Beitrag kann ebenfalls bei der Abdeckung von Randzeiten und der Abdeckung dünner besiedelter Gebiete geleistet werden.

Es konnte bereits nachgewiesen werden, dass stationsbasiertes Carsharing nachweislich den privaten Autobesitz reduziert.[1] Das



n = 10 (Umfrage Österreichischer Städtebund, 2020)

zeigen auch Praxisbeispiele in Österreich. Mit dem Carsharing-Angebot TIM Graz konnte eine Reduktion von privaten Pkws (Ersatz + vermiedene Anschaffung) von 65 % erzielt werden.[2]

Um diese positiven Aspekte der Angebote voll ausschöpfen zu können, braucht es klare Rahmenbedingungen. Die Einführung neuer Angebote birgt ebenfalls Herausforderung für die Städte, die hier adressiert werden sollten. Als besonders großes Problem wurde die fehlende Verfügbarkeit der Sharing-Fahrzeuge identifiziert. Der Fokus liegt dabei auf Orten, an denen alternative Mobilitätsangebote häufiger nachgefragt werden, das kann zum Beispiel der Wohnort sein.

Bei einer guten Zusammenarbeit können Sharing-Angebote ein Baustein für ein flächendeckendes effizientes Mobilitätssystem sein. Wichtig dafür ist ein regelmäßiger Austausch mit den Anbietern und klare Rahmenbedingungen zur Zusammenarbeit.

Sieben der zehn befragten Städte haben bereits Kooperationsverträge abgeschlossen, die wichtige Eckpunkte zusammenfassen. Von den befragten Städten haben zwei Sanktionen bei Nichteinhaltung eingebunden. Aufgrund der Nutzung öffentlicher Flächen sollten Sharing- Anbieter grundsätzlich eine zivilrechtliche Zustimmung der Stadtgemeinde einholen.

Die Anbindung an den öffentlichen Verkehr umfasst meistens die Platzierung der Fahrzeuge bzw. Stellplätze nahe der Haltestellen und teilweise die Schaffung von Stellplätzen zur Nutzung auf der letzten Meile.

Ebenso wird die zeitliche Komponente des Angebots berücksichtigt, so stehen bereits in drei der Städte Angebote über Nacht zur Verfügung. Weitere Möglichkeiten sind die Regelung der zeitlichen Umverteilung, tarifliche Kombinationen und die Möglichkeit zur Vernetzung mehrere (Sharing-) Angebote.

Ausblick

Ein wichtiger weiterer Schritt wäre die stärkere Verpflichtung der Anbieter zur Einhaltung von Datenstandards und dem Teilen von Daten, nur so können neue Angebote sinnvoll in bestehende Systeme integriert werden.

Die Städte sehen die positiven Aspekte der Sharing-Angebote. Es gilt, diese weiter zu unterstützen und gemeinsam neue Lösungen zu schaffen. Kommunikation und die Einhaltung von Grundregeln ist ein wichtiger Faktor für eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Nur so können wir gemeinsam das Mobilitätsystem der Zukunft gestalten.

1 W. Loose, G. Nehrke (2018), Entlastungswirkung von Carsharing-Varianten – Vergleichende Befragung von Kunden unterschiedlicher Carsharing-Angebote. https://zenodo.org/record/2620908#.X90yNLMxnIX (Abgerufen am 16. 12. 2020)

2 W. Slupetzky, M. Stöckl (2020), NutzerInnenbefragung tim Carsharing, kombiMo 3

WEITERE INFORMATIONEN

Mobility Explored – Sharing Mobilty: https://www.austriatech.at/de/sharing-und-neue-mobilitaetsformen-effizient/

Leitfaden eScooter-Sharing: https://www.austriatech.at/de/escooter-auf-dem-vormarsch/

Mobilität als Service: https://www.austriatech.at/de/die-wirkung-neuer-mobilitaets-services/

© Grafik: AustriaTech auf Basis der Befragungsergebnisse des österreichischen Städtebundes

Ausbau, Ausbau, Ausbau

Erfordernisse im städtischen öffentlichen Verkehr

Karoline Mitterer, Nikola Hochholdinger, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Wenn Städte nicht verstärkt in den öffentlichen Verkehr investieren, wird das Klimaziel nicht erreicht werden können. Die Rahmenbedingungen sind allerdings herausfordernd: Durch die Coronakrise sinken Fahrgasteinnahmen und die Clean Vehicles Directive erfordert Mehrausgaben. Gleichzeitig fehlen Fördertöpfe für die höchst notwendigen Investitionen der Städte.

Tausende Menschen pendeln täglich von den umliegenden Regionen in die Städte und nutzen dort das öffentliche Verkehrsnetz – mit steigender Tendenz. Und der Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist ein zentraler Aspekt des Nationalen Energie- und Klimaplans (NEKP)[1] und des Regierungsprogramms, um die gesteckten Klimaziele zu erreichen.

Schwierige Rahmenbedingungen

Für die Städte bedeutet dies vor allem eines: Ausbau, Ausbau, Ausbau. Doch gerade das ist für die Städte eine enorme Herausforderung, nicht nur organisatorisch, sondern vor allem auch finanziell. Abbildung 1 zeigt die wichtigsten Herausforderungen der nächsten Jahre.

Nahverkehrsmilliarde – fließt hier tatsächlich Geld?

Die Verankerung einer Nahverkehrsmilliarde im Regierungsprogramm kann grundsätzlich als Erfolg verbucht werden. Offenbar werden aktuell städtische Nahverkehrsprojekte auf Bundesebene dahingehend geprüft, ob diese vom Bund kofinanziert werden können. Unklar ist bislang, nach welchen Kriterien die Prüfung erfolgt, wer Projekte einreichen kann, wie hoch der Kofinanzierungsanteil sein wird und ob es auch nach Ausschöpfung dieser Milliarde zu einer Finanzierung für relevante Öffi-Projekte und somit zu mehr Planungs- und Rechtssicherheit für die Städte kommen wird.[2] Es bleiben daher nach wie vor zentrale Fragen der zukünftigen Finanzierung des städtischen öffentlichen Verkehrs offen. Ein transparenter und wirkungsvoller Fördertopf – etwa ein bundesweiter Stadtregionsfonds – wäre dabei gerade für Städte besonders wichtig, da diese auch kostenintensive schienengebundene Infrastrukturen vorantreiben müssen.

1-2-3-Ticket – Chance oder Risiko?

Ein wichtiges Reformprojekt der aktuellen Regierung ist das 1-2-3-Ticket. In einem ersten Schritt soll eine österreichweite Jahresnetzkarte für den öffentlichen Verkehr kommen (3 Euro pro Tag im gesamten Bundesgebiet), die weiteren Tickets sollen später folgen (1 Euro pro Tag in einem Bundesland, 2 Euro pro Tag in einem und im Nachbarbundesland).

Die Verhandlungen hierzu haben bereits begonnen, es gibt jedoch noch keine Ergebnisse. Das 1-2-3-Ticket lässt für Städte jedenfalls noch viele Fragen offen.

Clean Vehicle Directive – wie finanzieren?

Gemäß einer europaweiten Richtlinie soll der Anteil an sauberen und energieeffizienten Straßenfahrzeugen künftig erhöht werden. Ab 1. 8. 21 und bis 2025 sollen etwa 45 Prozent der neu zu beschaffenden Busse „sauber“ sein, bis 2030 65 Prozent. Emissionsfreie Fahrzeuge sind jedoch in der Anschaffung teurer und benötigen zusätzliche Infrastruktur (z. B. E-Ladestationen, Wasserstofftankstellen). Um dies zu erreichen, wird es daher ebenfalls eine Sicherung der Finanzierung benötigen.

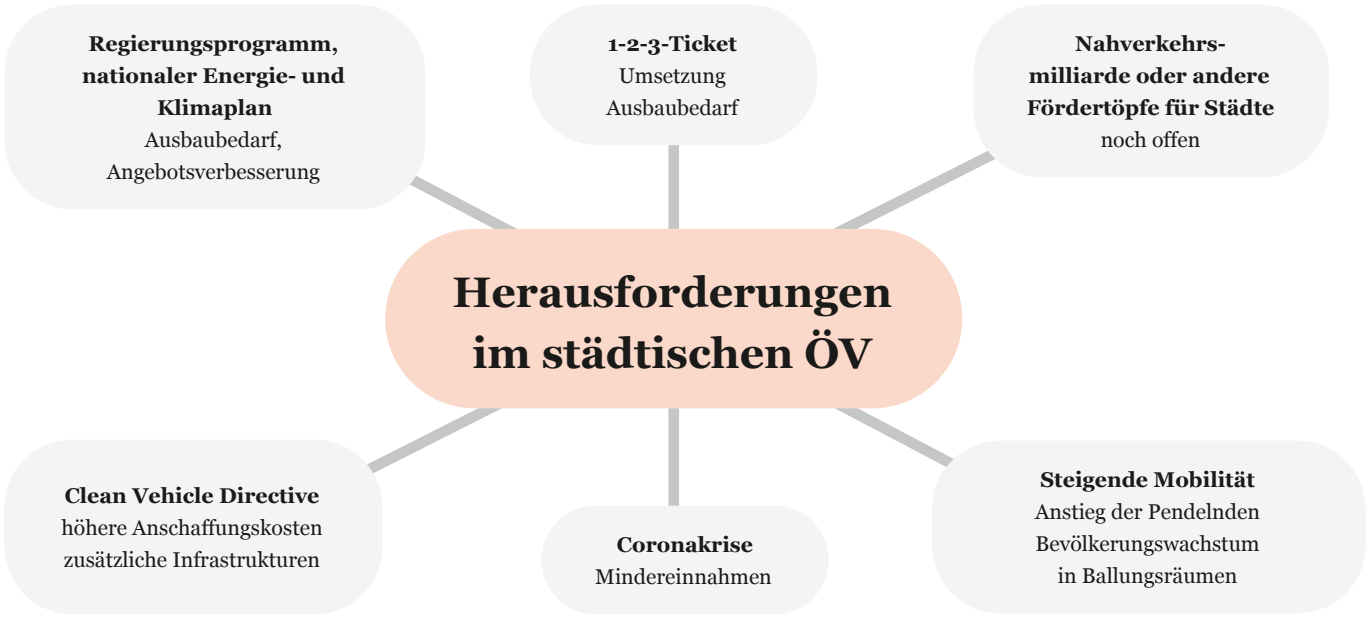
Stark wachsende Netto-Ausgaben im ÖPNV

Aus den Ergebnissen einer Befragung unter Österreichs Städten[3] wird deutlich, dass die Ausgaben der Städte[4] für den städtischen Nahverkehr in den vergangenen fünf Jahren überproportional stark – um mehr als ein Viertel – angestiegen sind und immer weniger durch die nur geringfügig wachsenden Einnahmen gedeckt werden können. Dies führte zu einem deutlichen Anstieg des Zuschussbedarfs. So erhöhten sich die Netto-Ausgaben von 2014 auf 2019 um 62 Prozent. Insgesamt verzeichneten die teilnehmenden Städte 2019 Nettoausgaben in der Höhe von rund 200 Mio. Euro, die einem Zuschussbedarf von rund 40 Prozent der Ausgaben der Städte im ÖPNV entsprechen. Für die Zukunft ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Sinkende Investitionsspielräume

Die sich weiter öffnende Schere zwischen laufenden Ausgaben und Einnahmen und der steigende Finanzierungsdruck bedingen einen verringerten Spielraum für Investitionen. Angesichts der oben genannten Ausbaubedarfe wäre von den Städten jedoch ein deutlicher Anstieg der Investitionen von 80 bis 100 Mio. Euro der letzten Jahre auf 135 bis 150 Mio. Euro für die nächsten Jahre geplant gewesen. Angesichts der Coronakrise kann davon ausgegangen werden, dass die geplanten Investitionen nicht in vollem Umfang realisiert werden können. Noch völlig unklar ist, wie unter diesen Rahmenbedingungen zahlreiche weitere Projekte zur Erfüllung der Ziele der Klimastrategie

Herausforderungen für den städtischen öffentlichen Verkehr; Quelle KDZ, eigene Darstellung 2021



und der Clean Vehicle Directive finanziert und damit auch umgesetzt werden sollen.

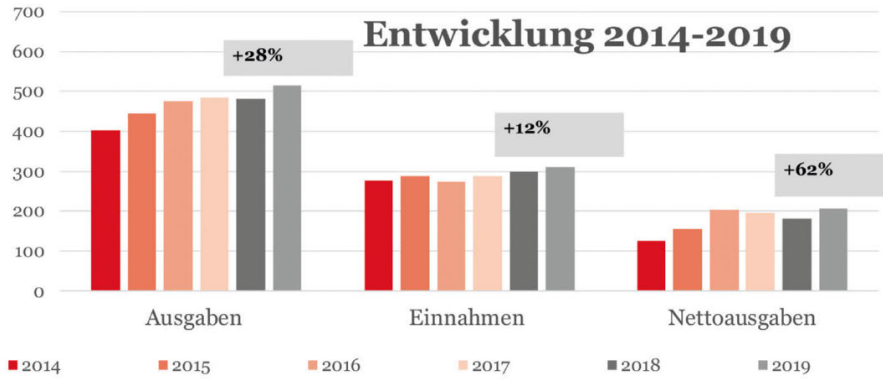
Die Coronakrise als Brandbeschleuniger?

Die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Coronakrise auf die Finanzierung des städtischen ÖVs können bis heute nicht näher bestimmt werden. Sicher ist jedoch, dass es im Jahr 2020 infolge des Lockdowns und der nachhaltig verringerten Mobilität zu deutlichen Einbrüchen bei den Fahrgastzahlen und somit auch den Einnahmen gekommen ist. In einzelnen Städten wurden infolge der Coronakrise bereits Investitionsprojekte gestoppt oder verschoben, die Fortführung zahlreicher weiterer Projekte ist gefährdet. Da allgemein mit einer nur langsamen Erholung der Auslastung der öffentlichen Verkehrsmittel gerechnet wird, sind auch in den Folgejahren verminderte Einnahmen zu erwarten. Die Finanzierungslücke weitet sich beschleunigt durch Corona zunehmend aus.

ÖV-Ausbau geht nur im Miteinander

Insgesamt zeigt sich, dass der ÖPNV sowohl Bund, Länder als auch Gemeinden (und hier in hohem Maße Städte mit eigenem städtischen Verkehrsunternehmen) betrifft und ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen wichtig ist. Nur so ist ein möglichst wirkungsvoller und rascher Ausbau der Infrastruktur möglich. Dies bedeutet gemeinsame Strategien und Planungen und jedenfalls auch die Sicherstellung der finanziellen Mittel, um die gesetzten Ziele auch umsetzen zu können. Städte dürfen jedenfalls nicht mit der Finanzierung dieser Projekte alleingelassen werden.

Abbildung 1: Einnahmen, Ausgaben und Nettoausgaben im Zeitraum 2014 bis 2019; Quelle: Befragung unter Mitgliedern des ÖStB 2020, KDZ: eigene Berechnungen, 2020



1 BMNT: Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich, 2019.

2 Gemäß Aussagen eines Mitarbeiters des Büros von FBMin Gewessler anlässlich des Verkehrsausschusses des Städtebundes am 29. 9. 20 in Graz.

3 KDZ-Studie im Auftrag des Österreichischen Städtebundes: Mitterer/Hochholdinger: Finanzierung des ÖPNV in österreichischen Städten, 2020.

4 Die Ergebnisse beruhen auf Befragungen unter den Städten über 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, wobei 12 Städte teilgenommen haben. Wien ist nicht enthalten.

5 Konsolidierte und transferbereinigte Ausgaben und Einnahmen der Städte und ihrer städtischen Verkehrsunternehmen.



Airbnb-Update

Kurzzeitvermietung von Wohnungen über Plattformen wie Airbnb im Lichte des Unionsrechts und der Coronakrise

Felix Holzmannhofer, ehem. Leiter des Baurechtsamtes des Magistrates Salzburg

Die regelmäßige Kurzzeitvermietung von möblierten Wohnungen über Plattformen wie Airbnb an TouristInnen darf nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 22. 9. 2020 ganz grundsätzlich unter bestimmten Voraussetzungen von den Ländern der EU einer Genehmigungspflicht unterzogen werden. Eine solche Genehmigungspflicht sei zur Bekämpfung des Wohnungsmangels gerechtfertigt. Das dieser Entscheidung zugrundeliegende französische Recht (der Fall betraf die Hauptstadt Paris) wurde demnach mit dem Unionsrecht konform bewertet. Im Einzelnen hat der EuGH zu der zur Anwendung gekommenen Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG festgehalten, dass das französische System zur Bekämpfung des Mangels an Wohnungen einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses darstelle. Die Genehmigungspflicht sei verhältnismäßig, das angestrebte Ziel könne auch nicht durch ein milderes Mittel erreicht werden. Auch die Genehmigungskriterien seien grundsätzlich gerechtfertigt, die Genehmigung werde u. a. mit einer Ausgleichspflicht verknüpft. Stets

© Foto: Getty Images

müsse aber geprüft werden, ob ein tatsächlicher Wohnungsmangel vorliege und in welcher Weise der Ausgleichspflicht nachgekommen werden könne.
Mit dieser Entscheidung des EuGH ist jedenfalls eine nachvollziehbare Orientierungsgrundlage geschaffen worden, die die nationalen Gesetzgeber – innerhalb der gezogenen Grenzen – ermächtigen oder – fast möchte man sagen – ermutigen sollen, entsprechende Regelungen zu normieren.
In Österreich wurden auf der Länderebene in den letzten Jahren sinngemäß (wenn auch gesetzlich determiniert mit ähnlichen Zielsetzungen) entsprechende Regelungen im Bereich des Bau- und Raumordnungsrechtes sowie auch teilweise innerhalb des Abgabenrechtes in Kraft gesetzt. In diesem Zusammenhang ist an dieser Stelle stellvertretend für viele Regelungen der Inhalt des § 31b des Salzburger Raumordnungsgesetzes 2009 (im Zusammenwirken mit den abgabenrechtlichen Regelungen des Salzburger Nächtigungsabgabengesetzes samt Unterkunftsregisterverordnung) anzuführen. Weiters verbietet beispielsweise die Wiener Bauordnung die Kurzzeitvermietung von Wohnungen in den nach Raumordnungsplänen definierten Wohnzonen. Die Aufzählung sämtlicher Regelungen in den Bundesländern würde allerdings den Rahmen dieser Betrachtung sprengen, wobei auch damit keine sog. Rangordnung zum Ausdruck gebracht werden sollte.

Orientierungsgrundlage & Expertise

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann jedenfalls ganz grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass im Kern die angeführten Regelungen mit dem Unionsrecht im Einklang stehen dürften. Eine Orientierungsgrundlage – wie angeführt – liegt nun vor, sodass einer entsprechenden Verdichtung diesbezüglicher Regelungen in Österreich nichts mehr im Wege stehen dürfte.
An dieser Stelle sind aber der Vollständigkeit halber weitere im Rechtssystem Österreichs vorgesehene Beschränkungen der Kurzzeitvermietung von Wohnungen anzuführen. Dies betrifft zum einen das Wohnungseigentumsrecht, wonach entsprechend der Judikatur des OGH eine regelmäßige Vermietung einer Wohnung zu touristischen Zwecken eine Widmungsänderung darstellt, die wiederum die Zustimmung sämtlicher WohnungseigentümerInnen erfordert. Zum anderen ist das Mietrecht zu beachten, wonach in bestimmten Vertragskonstellationen eine weitere Vermietung nicht zulässig ist.
Zur Unterstützung der Gemeinden bzw. der BürgermeisterInnen kann in den betreffenden Fällen auf die Expertise des Städtebundes zurückgegriffen werden, weil die bisherigen Erfahrungen im Vollzug der Regelungen in komprimierter Form zugänglich gemacht werden können.
Diese unterstützende Kraft ist auch weiterhin – und zwar unabhängig von der referierten EuGH-Entscheidung – bedeutsam, weil die Kurzzeitvermietung von Wohnungen – wie diesbezügliche wissenschaftliche Untersuchungen zum Phänomen Online-Plattformen nahelegen – schon längst eine gewisse Eigendynamik entwickelt hat sowie zudem organisatorisch und gesellschaftlich beginnt, sich nachhaltig zu festigen.
In der letzten Zeit war verschiedenen Printmedien zu entnehmen, dass in einigen Städten Österreichs wieder einige Wohnungen „von der Plattform zurück auf den Mietmarkt“ gewandert oder „Airbnb-Apartments offenbar zurück am Immomarkt“ seien und überdies noch mutmaßten, dass „Airbnb auf dem Rückzug“ sei. Solche Meldungen trugen die Hoffnung in sich, dass der coronabedingt ausbleibende Tourismus die sog. Airbnb-Wohnungen zumindest teilweise dauerhaft wieder einer langfristigen Vermietung zuführen werde.

Faktor Flexibilität

Wissenschaftliche Untersuchungen zu den Aktivitäten und dem Phänomen Airbnb belegen allerdings, dass die potenziellen Vermieter von Airbnb-Wohnungen die damit verbundene herausragende Flexibilität und die erzielbaren Mehreinnahmen sowie auch die Positionierung von kurzfristigen Vermietungsagenturen (unterstützt durch Investmentfonds) nicht (mehr) missen wollen. Diese Flexibilität bedeutet, die volle Kontrolle über den Vermögenswert zu haben. Sohin die Möglichkeit zu haben, Gewinne aus den Einnahmen zu erzielen, gleichzeitig die Immobilie zu verkaufen, zu nutzen oder den Markt allenfalls zu verlassen. Im aktuellen Kontext bedeutet nun diese Flexibilität als zentraler Punkt, dass sowohl die Preise als auch die Mietdauer an die bestehende Nachfrage angepasst werden können. Dies eröffnet nun die weitere Möglichkeit, mittelfristig beispielsweise die betreffenden Wohnungen auf dem Studentenmarkt anzubieten. Also ein kurzfristiger Wechsel von kurz- zu mittelfristigen Mieten, wobei im Falle einer Änderung der aktuellen Situation wieder zu kurzfristigen Mieten zurückgekehrt werden könnte. Und in Fällen, wo aufgrund landesrechtlicher Vorschriften ein Verbot erlassen wird, kann sich die Vermietung dorthin verlagern, wo eine diesbezügliche Vermietung eben zulässig ist.
Daraus folgt zwingend, dass die u. a. seitens des Städtebundes und der MA 23 des Magistrats Wien in vorbildlicher Weise forcierten Bemühungen zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für den Zugang zu den bei den Plattformen vorhandenen Daten samt Klärung der Registrierungsmechanismen für die Gemeinden (vgl. z. B. die auf Hochtouren betriebenen Arbeiten zur Schaffung einer Nachfolgeregelung der E-Commerce-Richtlinie) von allen Beteiligten weiterhin intensiv getragen werden. Die jüngsten Entwicklungen machen die Zeit reif dafür, jetzt und nicht in einigen Monaten zu handeln. Der Reform-Zug steht noch im Bahnhof, fährt aber in Bälde ab.
Im Mittelpunkt der auf verschiedenen Ebenen durchzuführenden Aktivitäten und Regulierungen (auf Gemeinde-, Land-, Bundes- und EU-Ebene) hat die Zielsetzung zu stehen, dass die soziale Funktion des Wohnraums nicht verloren geht. Die bereits teilweise um sich greifende Gentrifizierung und Kommodifizierung des Wohnraums sind bereits die ersten Vorboten einer Entwicklung, die bei entsprechender Intensität nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Gewisse Ähnlichkeiten mit der viel diskutierten Klimakrise sind nicht von der Hand zu weisen.



Identität und Authentizität

E-Government-Gesetz § 3

Gerald Russbacher, STADT:SALZBURG, Magistratsdirektion

Immer mehr Gemeinden, insbesondere Städte mit Statut, bedienen sich moderner Kommunikationsformen. Dabei wird die sogenannte App, welche für Android- und Apple-Geräte bereitgestellt wird, immer mehr zum Muss.

Da gibt es Apps für die Kommunikation mit den Mitarbeitern, mittels derer News vermittelt, aber auch Zugriffe auf das Dienstzeitmanagement oder den Lohnzettel eingeräumt werden. Oder es gibt Apps für Bürger, die Punkte für die Nutzung gutschreiben oder Zugriff auf Amtsdaten einräumen. Die Apps haben damit einen Anwendungsbereich, der von der bloßen Zusendung von Informationen bis zur Möglichkeit Behördengänge digital abzuwickeln reicht. Sie werden sowohl im privatwirtschaftlichen als auch im übertragenen Wirkungsbereich eingesetzt.

Kommt das E-GovG zur Anwendung?

Das E-Government-Gesetz bestimmt in seinem § 3 Absatz 1, dass im elektronischen Verkehr mit Verantwortlichen des öffentlichen Bereichs [...] Zugriffsrechte auf personenbezogene Daten (Art. 4 Z 1 DSGVO) nur eingeräumt werden dürfen, wenn die eindeutige Identität desjenigen, der zugreifen will, und die Authentizität seines

© Foto: Getty Images

Ersuchens elektronisch prüfbar nachgewiesen sind. Laut Absatz 2 darf eine Identifikation von Betroffenen im elektronischen Verkehr mit Verantwortlichen des öffentlichen Bereichs nur insoweit verlangt werden, als dies aus einem überwiegenden berechtigten Interesse des Verantwortlichen geboten ist, insbesondere, weil dies eine wesentliche Voraussetzung für die Wahrnehmung einer ihm gesetzlich übertragenen Aufgabe ist.

Die Kompetenzgrundlagen für das E-GovG gründen sich insbesondere auf Datenschutz, der Bedarfskompetenz für das Verwaltungsverfahren sowie dem Zivilrechtswesen (vgl. RV zu BGBl I 10/2004). Das E-GovG ist auf jegliche elektronische Kommunikation (elektronischer Verkehr) zwischen Behörde/Gebietskörperschaft (Verantwortlicher des öffentlichen Bereichs) und der Bürgerin bzw. dem Bürger/Betroffenen anzuwenden (vgl. RV zu BGBl I 40/2017). Die (personenbezogenen) Identifikationsdaten müssen dabei über ein System laufen, in dem die Daten sowohl bei beim Sender als auch beim Empfänger elektronisch verarbeitet und gespeichert werden. Dabei müssen die elektronischen Daten gesendet, weitergeleitet und empfangen werden. Charakteristisch ist eine bidirektionale, d. h. Punkt-zu-Punkt-Übertragung (Prof. Dr. Clemens Thiele LL.M, Stellungnahme an den Magistrat Salzburg vom 15. 10. 2020). Dabei gelten diese Regelungen sowohl hinsichtlich der hoheitlichen Tätigkeit als auch der Tätigkeit in der Privatwirtschaftsverwaltung (vgl. RV zu BGBl I 10/2004).

Verfahren

Dies bedeutet nun, dass immer, wenn sich ein Verantwortlicher des öffentlichen Bereichs einer App bedient, welche den Zugriff (Absatz 1) auf personenbezogene Daten erlaubt oder beispielsweise aus datenschutzrechtlichem Interesse bzw. aufgrund gesetzlich übertragener Aufgabe (Absatz 2) eine Identifikation geboten ist, ein Verfahren erforderlich ist, dass die eindeutige Identität und die Authentizität gewährleistet.

Was die Anforderungen an ein Verfahren zur Gewährleistung von Identität und die Authentizität sind, ergibt sich aus § 4 E-GovG. Dort ist vorgesehen, dass Identität und die Authentizität durch die E-ID nachgewiesen werden. Die E-ID ist der Nachfolger der Bürgerkarte bzw. ist es das Alter Ego für die frühere Bürgerkarte. Der Begriff „Elektronischer Identitätsnachweis (E-ID)“ wurde deshalb gewählt, da dieser einem technologieneutralen Ansatz entspricht, während man unter Bürgerkarte umgangssprachlich immer eine Karte im Scheckkartenformat verstand. Da es im Ergebnis nur zu einem Austausch von Begrifflichkeiten kam, spricht auch kein Grund dagegen, dass die E-ID als einziges Verfahren zur Gewährleistung von Identität und die Authentizität verwendet werden muss. Entsprechend den Materialien zur Bürgerkarte (vgl. RV zu BGBl I 10/2004) ist daher davon auszugehen, dass das Konzept der E-ID nicht zwingend ist.

Der elektronische Nachweis kann auch durch andere Verfahren gültig erbracht werden, wenn diese hinsichtlich ihrer datenschutzrechtlichen Qualität der E-ID gleichwertig sind. Dies ergibt sich auch vor dem Hintergrund der eIDAS-VO (RL 1999/93/EG), welche für die sichere elektronische Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung die Bedingungen für die sichere elektronische Identifizierung festlegt. Die E-ID ist dort im Bereich „hoch“ einzustufen und gibt damit den Maßstab sowie das Niveau für vergleichbare Verfahren vor. Außerhalb der E-ID wird diese Anforderungen wohl nur ein Verfahren wie die 2-Faktor-Authentifizierung erfüllen.

Personenbezogene Daten

Die Wortfolge „dürfen Zugriffsrechte auf personenbezogene Daten (Art. 4 Z 1 DSGVO) nur eingeräumt werden …“, stellt auf die datenschutzrechtliche Bedeutung von „Zugriff“ ab und bedeutet die Abfrage, Abänderung, Eingabe usw. von personenbezogenen Daten (sowohl von Benutzern selbst als auch von Dritten; Prof. Dr. Clemens Thiele, LL.M, Stellungnahme an den Magistrat Salzburg vom 15. 10. 2020). Die Erläuterungen der RV 252 BlgNR 22.GP, 6, erklären dies wie folgt: „Die Notwendigkeit eines Nachweises von Identität und Authentizität beim Zugriff auf Daten ist abhängig davon, worauf zugegriffen werden soll. Dies ergibt sich aus dem Gebot des § 6 Abs. 1 Z 3 DSG 2000, der als einen der wichtigen Grundsätze für die Zulässigkeit der Verwendung von personenbezogenen Daten den Umstand nennt, dass Daten nur verwendet werden dürfen „soweit sie für den Zweck der Datenanwendung wesentlich sind und über diesen Zweck nicht hinausgehen“. So ist etwa beim Zugriff auf (z. B. auf der Homepage der Behörde) veröffentlichtes Informationsmaterial sicherlich kein Nachweis der Identität erforderlich. Wohl aber muss eine eindeutige Identifikation und Authentifizierung bei der Gestattung eines Online-Zugriffs auf personenbezogene Daten verlangt werden. Der Abruf von öffentlichen Websites der öffentlichen Hand wie etwa der Zugriff auf das im Internet veröffentlichte Telefonverzeichnis des Bundes mit den Namen der Ansprechpartner beim Bund, scheidet aus dem Begriffsverständnis des Einräumens von Zugriffsrechten aus. Denn eine öffentliche Website braucht per se keine Identifizierung und Authentifizierung (Prof. Dr. Clemens Thiele LL.M, Stellungnahme an den Magistrat Salzburg vom 15. 10. 2020).

Sofern Apps nicht nur Informationen (News) – ähnlich dem Abruf einer Website – empfangen, sondern auch das Anlegen eines Benutzerkontos bedingen, auf welches idR auch zu Zwecken der Abänderung von dort hinterlegten Kontaktdaten (Mailadresse, Name, Handynummer usw.) von Bürgern zugegriffen werden kann, müssen sie die Anforderungen des § 3 f E-GovG erfüllen. Dasselbe gilt, wenn die Gebietskörperschaft Telemetriedaten (GPS, Bewegungsdaten, IP, IMEI usw.) bei Nutzung der App sammelt und speichert, weil für sie ein Interesse an der Identifizierung der Bürgerin bzw. des Bürgers besteht.

Fazit

- Apps, welche zumindest eine benutzerkontenähnliche Datenverwaltung beinhalten, unterliegen grundsätzlich dem Anwendungsbereich der §§ 2 ff E-GovG.
- Solche Apps und die serverseitige Infrastruktur müssen ein dem § 4 E-GovG vergleichbaren Standard zur Identifikation und Authentifikation aufweisen.
- Die bloße Abfrage von Neuigkeiten via Websiteaufruf oder auch über eine App unterliegt grundsätzlich nicht dem E-GovG.

Rückschlag für die unmittelbare Demokratie

Zum Sachverhalt und zum Verfahren einer verfassungswidrigen Volksabstimmung in Vorarlberg

Clemens Lintschinger, RA

Im April 2019 wurde in der Gemeinde Ludesch die Durchführung einer Volksabstimmung über die Widmung von Flächen im Neugut beantragt. Ein namhaftes Unternehmen benötigte diese Flächen zur Expansion. Die dieser Volksabstimmung zugrunde liegende Frage wurde im Antrag wie folgt formuliert: „Sollen die im Ludescher Neugut liegenden Grundstücke GST-NRN [...] Freihalteflächen-Landwirtschaft (FL) bleiben?“ Dieser Antrag wurde mit Bescheid der Gemeindewahlbehörde der Gemeinde Ludesch für zulässig erklärt. Mit der am 26. 8. 2019 an der Amtstafel der Gemeinde kundgemachten Verordnung des Bürgermeisters wurde die Volksabstimmung angeordnet.

Nach Durchführung der Volksabstimmung lautete das Ergebnis wie folgt: Von den 1.745 gültigen Stimmen entfielen 982 auf „JA“ und 763 auf „NEIN“. Mehrere Stimmberechtigte, darunter auch Eigentümer der Grundstücke, die für die Erweiterung umgewidmet werden sollten, beantragten beim Verfassungsgerichtshof, die Volksabstimmung aufzuheben und das Volksabstimmungsverfahren sowie das Ergebnis der Volksabstimmung für nichtig zu erklären. Aus Anlass dieser Anfechtung leitete der Verfassungsgerichtshof von Amts wegen ein Verfahren zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit bestimmter Wortfolgen der Vbg. Landesverfassung, des Vbg. Gemeindegesetzes und des Vbg. Landes-Volksabstimmungsgesetzes sowie ein Verfahren zur Prüfung der Gesetzmäßigkeit der Verordnung des Bürgermeisters ein. Mit dem in diesem Gesetzes- und Verordnungsprüfungsverfahren ergangenen Erkenntnis vom 6. Oktober 2020, G 166/2020 ua., stellte der Verfassungsgerichtshof die Zulässigkeit der Anfechtung fest und sprach aus, dass bestimmte Wortfolgen des Vbg. Gemeindegesetzes und des Vbg. Landes-Volksabstimmungsgesetzes wegen Verfassungswidrigkeit und die Verordnung des Bürgermeisters der Gemeinde Ludesch vom 26. 8. 2019 über die Anordnung der Volksabstimmung wegen Gesetzwidrigkeit aufzuheben sind. Folglich wurde auch der Anfechtung stattgegeben und das Verfahren zur Volksabstimmung in der Gemeinde zur Gänze aufgehoben.

Bewertung

Die Bevölkerung der Gemeinde Ludesch sprach sich mehrheitlich (und deutlich) gegen die Flächenexpansion des Unternehmens aus. Dieses Votum des Volkes soll aber nach Ansicht des VfGH nicht bindend sein, weil das Vorarlberger Gemeindegesetz gegen den Grundsatz der repräsentativen Demokratie verstoße. Es sei unzulässig, dass eine Entscheidung des Volkes die Entscheidung des zuständigen Gemeindeorgans ersetzt, denn dies widerspreche dem repräsentativ-demokratischen System der Gemeindeselbstverwaltung. Diese Rechtsansicht ist keinesfalls zwingend und durchaus kritikwürdig, denn Art. 117 Abs. 8 B-VG bestimmt ausdrücklich, dass „in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde“ die Landesgesetzgebung die „unmittelbare“ (!) Teilnahme und Mitwirkung der zum Gemeinderat Wahlberechtigten vorsehen kann. Der VfGH hätte daher auch zu einem anderen Ergebnis gelangen können. Es ist nach der persönlichen Ansicht des Autors jedenfalls überfällig, in der österreichischen Bundesverfassung die unmittelbare Demokratie als Grundsatzmodell zu verankern, aber die Angst vor Machtverlust und das tiefe Misstrauen der österreichischen Politik gegenüber den eigenen Rechtsunterworfenen verhindern dies schon seit Jahrzehnten. So wird behauptet, dass die unmittelbare Demokratie, wie sie die Schweiz ohne Einschränkung der Menschenrechte oder der Rechtsstaatlichkeit schon lange vorpraktiziert, in Österreich unmöglich sei. Warum aber die SchweizerInnen einer unmittelbaren Demokratie würdig sind, aber man diese den ÖsterreicherInnen nicht zutrauen darf, ist dem Autor noch nicht sachlich erklärt worden. Bis zu einer Änderung der österr. Bundesverfassung werden sich fortschrittliche Gemeinden, wie die Gemeinde Ludesch, mit unverbindlichen Volksbefragungen behelfen müssen.

Inhaltliche Fragen richten Sie bitte direkt an RA Dr. Clemens Lintschinger, MSc (E-Mail; Lintschinger@ra-lintschinger.at)

Rechtsprobleme der Kommunalsteuereinhebung

Die Einbringung schwer einbringlicher oder gar uneinbringlicher Abgabenschuldigkeiten ist ein wesentliches Geschäftsfeld der Abgabeneinhebung; konkret soll vor allem auf die Kommunalsteuereinhebung Bezug genommen werden.

Dr. Peter Mühlberger, Magistrat Linz, Konsulent

I. Abgrenzungsprobleme

- Unter Erhebung versteht man nach den Rechtsnormen der Bundesabgabenordnung (§ 1 Abs. 3 BAO) alle der Durchführung der Abgabenvorschriften dienenden abgabenbehördlichen Maßnahmen, wie etwa Abgabenermittlung, Abgabenprüfung, Abgabenvorschreibung und Einbringungsmaßnahmen, etwa im Rahmen der behördlichen bzw. gerichtlichen Abgabenexekution oder eines Insolvenzverfahrens.
- Gesamtschuldner sind Personen,
  - welche gemeinsam zu einer Abgabenentrichtung heranzuziehen sind, wie etwa die Gesellschafter einer nach bürgerlichem Recht nicht rechtsfähigen Personenvereinigung (Arbeitsgemeinschaft), für welche Abgaben diese Personengemeinschaft als solche abgabepflichtig ist,
  - welche nach spezifischen Abgabenvorschriften dieselbe abgabenrechtliche Leistung (Kommunalsteuer) schulden, wie etwa nach § 6 KommStG,
- wobei bei einer sachlichen Haftung nach den Abgabenvorschriften, wie etwa nach dem Grundsteuergesetz, die Abgabenbehörde
  - den Abgabepflichtigen bis zur vollständigen Entrichtung in Anspruch nehmen,
  - sowohl eine persönliche als auch eine sachliche Haftung geltend machen kann,
- der Erwerber eines Unternehmens haftet für die auf die Zeit seit dem Beginn des letzten, vor der Übereignung liegenden Kalenderjahres entfallenden Abgaben, soweit er diese kannte oder kennen musste.
- Organgesellschaften haften für Abgaben des beherrschenden Unternehmens,
- die Gesellschafter von abgabepflichtigen, vollständig oder teilweise rechtsfähigen Personengesellschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Offene Gesellschaft, Kommanditgesellschaft) haften für die Abgabenschulden der Personenvereinigungen,
- die gesetzlichen Vertreter natürlicher und juristischer Personen haften nach § 9 BAO neben den durch sie vertretenen Abgabepflichtigen für deren Abgaben insoweit, als die Abgaben infolge schuldhafter Verletzung der den Vertretern auferlegten Pflichten nicht eingebracht werden können; Notare, Rechtsanwälte und Wirtschaftstreuhänder jedoch eingeschränkt nur dann, wenn damit eine Verletzung ihrer Berufspflicht verbunden ist.

II. Steuerschuldner

Im Kommunalsteuerrecht ist nach § 6 KommStG der Unternehmer Steuerschuldner. Im Falle der Personalüberlassung im Inland oder ins Ausland ist und bleibt das Personalleasingunternehmen Steuerschuldner; bei längerer Dauer ändert sich oder entfällt ganz die Hebeberechtigung der Geschäftssitzgemeinde des Leasingunternehmens.
Bei Überlassung aus dem Ausland wird der abgabepflichtige Unternehmer als Beschäftiger im Rahmen seiner überlassene Arbeitskräfte beschäftigenden Betriebsstätten Steuerschuldner.
Gesamtschuldner sind Personen, wenn deren Unternehmen auf ihre Rechnung betrieben wird, wie die Gesellschafter einer Personengesellschaft (OG, KG oder Gesellschafter einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts)

III. Gesamtschuldner-Abgabeeinbringung

Bei einer Gesamtschuld erfolgt die Einbringung im Wege eines Gesamtschuldverfahrens; eine Haftung kommt nicht zur Anwendung. Die Abgabenvorschreibung für das Unternehmen, wie etwa Personengesellschaft oder Gesellschaft bürgerlichen Rechts, erfolgt

- an die Personengesellschaft oder Gesellschaft bürgerlichen Rechts direkt,
- an die einzelnen Gesellschafter, wie Komplementäre der Offenen Gesellschaft, Komplementäre und Kommanditisten der Kommanditgesellschaft oder Gesellschafter der Gesellschaft bürgerlichen Rechts,
- sowohl an den abgabepflichtigen Unternehmer, also Personengesellschaft oder Gesellschaft bürgerlichen Rechts, als auch kumulativ an die genannten Gesellschafter,

- wobei auch sukzessive eine Heranziehung des Unternehmens und in der Folge der einzelnen Gesellschafter, aber auch umgekehrt, rechtlich möglich wäre.

Die Abgabeneinbringung erfolgt in einem Gesamtschuldverfahren folgendermaßen:

- Vorschreibung des Gesamtschuldbescheides an das abgabepflichtige Unternehmen, einzelne Gesellschafter oder an Unternehmen und gleichzeitig Gesellschafter im Wege eines Gesamtschuldbescheides,
- Abgabenexekution aufgrund von Rückstandsausweisen gegen jenen Abgabepflichtigen (Unternehmen, Gesellschafter), welcher im Gesamtschuldbescheid als Abgabenschuldner angeführt wurde, wobei Abgabenexekution sowohl gegen das Firmenvermögen als auch das Privatvermögen rechtlich möglich wäre und auch de facto erfolgt,
- sofern das abgabepflichtige Unternehmen in Insolvenz wäre, könnte dennoch Abgabenexekution bei den einzelnen Gesellschaftern durchgeführt werden, sofern sich nicht auch diese in Privatinsolvenz befinden.

IV. Haftungsverfahren

IV.I Gesetzliche Vertreter

Die im § 80 BAO genannten gesetzlichen Vertreter von natürlichen Personen oder auch juristischen Personen, wie Kapitalgesellschaften (GmbH, AG), haften für Abgabeschuldigkeiten des von ihnen vertretenen abgabepflichtigen Unternehmens.
Für dieses Haftungsverfahren kommen die

- im § 6 a KommStG 1993 gesetzlich definierten administrativen Besonderheiten,
- aber auch allgemeine Rechtsnormen, wie § 224 BAO und § 248 BAO, zum Tragen,
- eine Haftung kann vor, während und nach Abschluss des Insolvenzverfahrens gegen die gesetzlichen Vertreter geltend gemacht werden; sofern sich der gesetzliche Vertreter nicht selbst in Privatkonkurs befindet, ist – ungeachtet der Insolvenz des von ihm vertretenen Unternehmens – ein Haftungsbescheid an ihn selbst zu richten,
- im Gegensatz zum Abgabenverfahren ist während des Haftungsverfahrens im Rahmen einer Beschwerdevorentscheidung oder Berufungsentscheidung eine Verböserung (Erhöhung des Haftungsbetrages oder Heranziehung einer anderen Abgabeart) wegen Identität der Sache rechtlich nicht möglich,
- Haftung ist grundsätzlich innerhalb der Abgabeneinhebungsverjährungsfrist nach § 238 BAO binnen fünf Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem die Abgabe fällig geworden ist, rechtlich möglich; sofern die Abgabenfestsetzung nicht im Rahmen eines Abgabenbescheides, sondern erstmalig im Rahmen eines Haftungsbescheides erfolgte, wäre dies nur innerhalb der Festsetzungsverjährungsfrist nach § 207 BAO rechtlich zulässig.

IV.II Haftungserweiterung

Im Rahmen des Kommunalsteuergesetzes wurde erstmals eine erweiternde Haftung auch für einflussnehmende Personen determiniert, denen es grundsätzlich obliegt, dass die Abgabepflichtigen ihren abgabenrechtlichen oder sonstigen Verpflichtungen nachkommen; sofern diese einflussnehmenden Personen einen negativen Einfluss auf die Abgabenentrichtung und Verpflichtung zur Erfüllung der abgabenrechtlichen und sonstigen Verpflichtungen des Abgabenschuldners ausüben, wie etwa

- Weisung zur Nichtentrichtung von Abgabenschuldigkeiten,
- Nichtvornahme der Selbstberechnung, Nichtvorlage der Abgabenerklärung
- und damit die Abgabeneinbringung benachteiligt würde, könnten diese Personen, wie etwa Gesellschafter, sehr wohl zur Haftung herangezogen werden.

IV.III Einbringlichkeit

Im Gegensatz zu den herkömmlichen Haftungsverfahren mit einer Ausfallshaftung ist im Kommunalsteuerrecht expressis verbis lediglich eine Gefährdungshaftung vorgesehen; dies ergibt sich insbesondere aus der Formulierung „… nicht ohne Schwierigkeiten eingebracht werden kann, insbesondere im Falle der Eröffnung des Insolvenzverfahrens.“ Die Abgabenbehörde kann daher, muss aber nicht, erfolglos Abgabenexekution führen, um eine Haftung geltend zu machen – es genügt bereits ein Hinweis auf die Eröffnung des Insolvenzverfahrens.
Es kann daher vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens eine Haftung geltend gemacht werden, wenn beispielsweise Abgabenexekutionsversuche mehrmals erfolglos blieben und sich eine Insolvenz mangels Zahlungsunfähigkeit bereits abzeichnet; die Abgabenbehörde hat daher in diesen Fällen nicht das Insolvenzverfahren abzuwarten.
Dem Haftungsverfahren muss kein Abgabenbescheid vorausgehen, doch hat die Abgabenbehörde den Haftenden zu informieren, wenn bzw. warum eine Abweichung von seiner Selbstberechnung vorgesehen wäre (VwGH 28. 2. 2014, 2012/16/0050)

IV.IV Verschulden

Der Gesetzgeber spricht im § 6 a Abs. 1 KommStG 1993 von schuldhafter Verletzung der ihnen auferlegten abgabenrechtlichen und sonstigen Pflichten; nach einhelliger Rechtsmeinung genügt für Verschulden leichte Fahrlässigkeit, wobei

- zu den abgabenrechtlichen Pflichten solche, wie etwa die Entrichtung der Abgabenschuldigkeiten im Wege der Selbstberechnung,
- zu den sonstigen Pflichten, beispielsweise Aufzeichnungs- und Buchführungspflichten
- oder Administration im Wege eines ordentlichen Kaufmannes,
- die Führung entsprechender monatlicher Aufzeichnungen über die zu den Kommunalsteuer-Fälligkeitsterminen zu entrichtende Kommunalsteuer und die Bereitstellung entsprechender Finanzmittel zur gleichmäßigen Befriedigung sämtlicher privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen gehören.

Es handelt sich bei der Kommunalsteuer um eine Selbstberechnungsabgabe, weshalb den Haftenden die Verantwortlichkeit zum jeweiligen Fälligkeitstermin der Kommunalsteuer trifft (VwGH 29. 1. 2015, 2011/16/0136), unabhängig davon, ob mangelhafte Abgabenentrichtung erst anlässlich eines Abgabenbescheides, einer Insolvenzabschlussprüfung oder im Rahmen einer Höchstgerichtsentscheidung festgestellt worden wäre.
Im Haftungsverfahren trifft den gesetzlichen Vertreter eine qualifizierte Mitwirkungspflicht nachzuweisen, weshalb

er an der ordnungsgemäßen und vollständigen Entrichtung der Kommunalsteuer zum jeweiligen Fälligkeitstermin nicht in der Lage war, wobei er allerdings nicht lediglich allgemeine Behauptungen aufstellen darf, sondern Beweise für sein Unverschulden zu erbringen hat (VwGH 26. 6. 2007, 2006/13/0086); die Abgabenbehörde ist lediglich verhalten, Ermittlungen darüber zu führen, sofern der Haftende solche anbietet (VwGH 16. 12. 2009, 2009/15/0127).

Solche ein Verschulden (teilweise) ausschließenden Beweise wären beispielsweise, wenn er nachweist, dass er mit den vorhandenen Finanzmitteln nicht sämtliche privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verbindlichkeiten zum Fälligkeitstermin befriedigen konnte und einen entsprechenden Nachweis erbringt, dass er mit den vorhandenen Mitteln sämtliche bereits fälligen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Forderungen gleichmäßig (anteilig) erfüllt hatte (Gleichbehandlungsgrundsatz).

Die Abgabenbehörde hat jedoch nicht von sich aus eine solche Forderungsgleichbehandlung abzufordern, sondern der Abgabepflichtige hätte die Möglichkeit, Beweise für sein Nichtverschulden, beispielweise einen solchen Gleichbehandlungsnachweis, anzubieten und auch anzutreten und damit einen Entlastungsbeweis für sein Verschulden zu erbringen; diesbezüglich trifft ihn die qualifizierte Mitwirkungspflicht und hinsichtlich der Gleichbehandlung Nachweispflicht.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass

- den Haftenden grundsätzlich eine qualifizierte Mitwirkungspflicht in der Form trifft nachzuweisen, weshalb er nicht für die ordnungsgemäße und vollständige Abgabenentrichtung zu den Fälligkeitsterminen Sorge tragen konnte; eine schuldhafte Pflichtverletzung wäre jedenfalls anzunehmen, wenn der Vertreter keine Gründe darlegen kann, weshalb ihm die Erfüllung seiner abgabenrechtlichen und vor allem sonstigen Pflichten (beispielweise Verpflichtung zur Abgabenentrichtung, ordnungsgemäßen Buchhaltung etc.) unmöglich gewesen wäre (VwGH 23. 6. 2009, 2007/13/0005)
- die Abgabenbehörde jedoch verpflichtet ist, um einen Verfahrensmangel zu vermeiden (VwGH 30. 1. 2014, 2013/16/0199), den Abgabepflichtigen über vorhandene Abgabenbescheide oder bei Abgabenfestsetzung im Rahmen der Haftungsinanspruchnahme über Abweichungen von seiner Selbstberechnung in Kenntnis zu setzen und ihn jedenfalls über seine Abgabeschuldigkeiten dermaßen zu informieren, dass es ihm möglich ist, einen Entlastungsbeweis über sein Nichtverschulden anzutreten;
- die Abgabenbehörde lediglich verhalten ist, allfällige vom Haftenden angebotene, nicht bloß Behauptungen, sondern Nachweise für sein Unverschulden, wie etwa Nachweis nicht vorhandener Finanzmittel, verbunden mit einem Gleichbehandlungsnachweis sämtlicher privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen, zu prüfen;
- die Abgabenbehörde jedoch nicht verpflichtet ist, im Rahmen der qualifizierten Mitwirkungspflicht des Haftenden von sich aus Ermittlungen vorzunehmen, falls er beispielsweise seine Finanzmittel oder sonstigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen gar nicht kannte oder nicht bereit ist bekanntzugeben;
- dem Nachweis fehlender Finanzmittel durch den Haftenden selbst im Zusammenhang mit den von ihm zu erbringenden Nachweis seines Unverschuldens wesentliche Bedeutung zu kommt; die Vorlage der Buchungsunterlagen über Soll- und Ist-Zahlungen (VwGH 16. 12. 2009, 2009/15/0127) oder die Aufforderung an die Abgabenbehörde, sich den Insolvenzakt zu beschaffen (VwGH 27. 9. 2012, 2009/16/0181), kommt keine rechtliche Relevanz zu;
- ein beispielweise abgeschlossener sogenannter Mantelzessionsvertrag, welcher die Bank vor den übrigen Gläubigern begünstigt, oder auch die Realisierung der täglichen Zug-um-Zug-Geschäfte sehr wohl ein Verschulden des Haftenden begründen können (VwGH 29. 1. 2015, 2011/16/0136);
- das Höchstgericht selbst in seinem Erkenntnis vom 21. 10. 2015, 2012/13/0085, eine Kommunalsteuer-Festsetzung jahresbezogen vorgenommen hatte und darüber hinaus in einem Haftungsverfahren Rechts- und Entscheidungsgegenstand nicht die Abgabenfestsetzung, sondern die Verschuldensfrage an der mangelhaften Abgabenentrichtung ist.

IV.V Kausalität

Sofern ein Verschulden des Haftenden feststeht, geht die Rechtsprechung davon aus, dass dieses Verschulden auch kausal für die Abgabenuneinbringlichkeit gegeben war und daher ein Rechtswidrigkeitszusammenhang zwischen Verschulden und Uneinbringlichkeit angenommen werden kann (VwGH 27. 9. 2012, 2009/16/0181); dieser Rechtswidrigkeitszusammenhang wäre nur dann nicht gegeben, wenn die Abgabenbehörde durch abgabenverfahrensrechtliche Versäumnisse an der Uneinbringlichkeit verantwortlich war.

IV.VI Ermessensentscheidung

Neben den genannten Rechtsvoraussetzungen, wie Uneinbringlichkeit, Verschulden, Rechtswidrigkeitszusammenhang, hat die Abgabenbehörde im Rahmen des Haftungsbescheides auch darüber abzusprechen, ob und in welchem Umfang sie den Haftenden zur Haftung heranzieht (Ermessensübung), wobei die Billigkeit der Interessen des Haftenden der Zweckmäßigkeit an der Abgabeneinbringung im Interesse der Abgabenbehörde gegenüberzustellen sind, wobei auch sein bisheriges abgabenrechtliches Verhalten relevant sein kann.

Im Rahmen des Ermessens könnten beispielsweise diverse Überlegungen, wie etwa die lange Dauer zur Geltendmachung der Haftung, Nichtkenntnis (Nichtbekanntgabe) der monatlichen Kommunalsteuerverpflichtungen, berücksichtigt werden; Vermögenslosigkeit oder Arbeitslosigkeit sind rechtlich irrelevant (VwGH 2. 9. 2009, 2008/15/0139).

Sofern die Haftung nach Zustandekommen eines Zwangsausgleiches (nach § 275 IO Sanierungsplanes) geltend gemacht würde, wäre der Sanierungsplan im Rahmen des Ermessens zu berücksichtigen (VwGH 29. 3. 2007, 2005/15/0116), wobei jedoch die Abgabenbehörde Umstände geltend machen kann, dass ihr die Geltendmachung von Gläubigerrechten im Insolvenzverfahren nicht möglich war.



GLOBO

Eine neue Welt mit 100 Menschen

Die großen Probleme der Welt im Kleinen erkennen: Drei Sozialwissenschafter haben ein Gedankenexperiment durchgeführt, um globale Herausforderungen greifbarer und Lösungsmöglichkeiten erkennbarer zu machen. Andreas Exenberger von der Universität Innsbruck, der pensionierte Universitätsdozent Josef Nussbaumer und Volkswirt Stefan Neuner zeichnen die Welt als kleines Dorf, in dem auf fünf Weiler aufgeteilt hundert Menschen leben.

Die Struktur liefern die SDGs mit Entwicklungszielen wie Armutsbekämpfung, Bildungschancen, Gesundheit für alle und ein friedliches Miteinander. Durch 100 biografische Profile – von der 23-jährigen Cheng aus China über Udupi, 32, aus Indien bis zu Akron, 16, aus Nordamerika, die immer wieder in die Kapitel hineinspielen, werden Zusammenhänge verständlich. Man erkennt, was uns verbindet – und auch, was uns trennt. So wird immer wieder deutlich, wie hoch unser mitteleuropäischer Lebensstandard ist.

Eine Einladung zum Weiterdenken und damit anzufangen, die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Erste Gelegenheit dazu ist, das Buch zu kaufen: Der Reinerlös kommt karitativen Zwecken zugute.

Exenberger, Neuner, Nussbaumer | 2020 Studia Verlag Innsbruck | ISBN: 978-3-903030-98-5 | € 19,90 | 272 Seiten | Broschur



Steiermärkische Gemeindeordnung

Und weitere gemeinde-relevante Normen

Bei dem Buch „Steiermärkische Gemeindeordnung“ handelt es sich um ein oft verwendetes Handbuch für PraktikerInnen mit vielen Hinweisen für das tägliche Arbeiten. Besonders interessant ist dieses Nachschlagewerk vor allem für die Sitzungen der GemeinderatsmandatarInnen. Alle Novellen werden seit 1967 lückenlos aufgeführt und eignen sich für einen schnellen Überblick im Arbeitsalltag.

In der 3. Auflage wird ein besonderer Schwerpunkt auf das Haushaltsrecht (Umstellung auf Doppik), die „Corona-“ und die Datenschutznovellierung gelegt. Zudem sind dem Gesetzestext die wesentlichen Erläuterungen des Gesetzgebers und die für die Praxis relevanten Kommentare zu den einzelnen Bestimmungen der Gemeindeordnung beigefügt. Das Buch ist eine ideale Ergänzung für all diejenigen, die im gemeinderechtlichen Kontext tätig sind.

Walter Nerath, Wolfgang Domian | Leykam | ISBN: 978-3-7011-8178-0 | € 75,00 | 943 Seiten | Broschur



Die Zerbrechlichkeit der Welt

Kollaps oder Wende. Wir haben es in der Hand.

Der Klimawandel schreitet voran, die Gesellschaft ist tief gespalten und der Wirtschaft droht ein Kollaps verheerenden Ausmaßes als Folge der Pandemie.

Der Tiroler Komplexitätsforscher Stefan Thurner, Berater der österreichischen Bundesregierung bei der Bekämpfung der Coronakrise, zeigt anhand der Wissenschaft komplexer Systeme, wie zerbrechlich die Welt geworden ist. Er betrachtet dabei die Welt als komplexes System aus anderen miteinander verwobenen, interagierenden, aufeinander einwirkenden und sich ständig verändernden komplexen Systemen wie dem Finanzsystem, dem Ökosystem oder der Zivilgesellschaft. Alle diese Systeme bewegen sich derzeit auf sogenannte Tipping Points, also Kipp-Punkte, zu, an denen sie kollabieren.

Die beste Chance, die Welt noch zu retten, sieht Thurner in den Daten, die wir unaufhörlich sammeln, oft ohne zu wissen wozu. Thurner: „Während andere Kulturen die Klippen, über die sie stürzten, erst bemerkten, wenn es zu spät war, können wir die Tipping Points vorausberechnen.“

Stefan Thurner | edition a | ISBN: 978-3-99001-428-8 | € 24 | 272 Seiten | Gebundene Ausgabe

#füreinandersorgen



Wir sind in ganz Österreich für Sie da. Immer und überall.

Online auf wienerstaedtische.at, telefonisch und natürlich auch persönlich.

Ihre Sorgen möchten wir haben.

WIENER STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP

Ertragsanteilsvorschüsse für Dezember 2020

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

a) - nach Steuerarten

	Ertrag für 12/2020[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 12/2019 in %	Ertrag für 01–12/2020 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–12/2019 in %
Steuern, Einkommen, Vermögen (gesamt)	**385.650**	**-12,3 %**	**4.750.512**	**-10,3 %**
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	22.180	-45,1 %	361.828	-31,9 %
Lohnsteuer	238.819	-11,7 %	3.241.363	-1,8 %
Kapitalertragsteuer	26.294	11,8 %	202.356	-24,0 %
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	5.719	-17,4 %	84.554	7,4 %
Körperschaftsteuer	90.706	-5,9 %	839.798	-23,4 %
Stabilitätsabgabe	1.939	17,8 %	13.828	14,1 %
Sonstige Steuern (gesamt)	**449.998**	**4,6 %**	**5.187.063**	**-6,4 %**
davon:				
Umsatzsteuer	220.821	18,5 %	2.619.062	-8,3 %
Tabaksteuer	25.453	36,1 %	237.893	5,3 %
Biersteuer	2.023	-35,2 %	21.156	-12,1 %
Mineralölsteuer	41.282	-36,6 %	442.583	-17,3 %
Alkoholsteuer	1.074	-30,2 %	16.444	-10,9 %
Energieabgabe	9.213	7,5 %	95.574	-12,5 %
Normverbrauchsabgabe	5.144	-11,0 %	53.658	-16,0 %
Grunderwerbsteuer (93,706 % Gemeinden)	101.385	-0,1 %	1.213.807	-0,6 %
Versicherungssteuer	10.762	6,4 %	146.119	2,9 %
Motorbezogene Versicherungssteuer	24.338	2,7 %	285.067	1,8 %
KFZ-Steuer	131	0,2 %	6.118	-7,2 %
Konzessionsabgabe	7.694	104,6 %	32.740	-2,3 %
Kunstförderungsbeitrag	525	0,3 %	2.109	0,2 %

[1] Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) länderweise Anteile *)

	Ertrag für 12/2020[1] in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 12/2019 in %	Ertrag für 01–12/2020 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–12/2019 in %
Burgenland	21.556	-0,7 %	248.875	-8,5 %
Kärnten	50.252	-3,5 %	590.402	-8,3 %
Niederösterreich	137.563	-2,3 %	1.618.274	-7,8 %
Oberösterreich	131.415	-2,4 %	1.542.826	-8,1 %
Salzburg	57.393	-4,5 %	684.205	-7,7 %
Steiermark	102.329	-4,8 %	1.230.171	-8,9 %
Tirol	73.452	-3,6 %	878.915	-7,8 %
Vorarlberg	40.379	-2,5 %	479.892	-7,3 %
Wien	221.834	-5,9 %	2.666.124	-8,8 %
Summe	**836.173**	**-3,9 %**	**9.939.684**	**-8,3 %**

*) ohne Zwischenabrechnung

Ertragsanteilsvorschüsse für Jänner 2021

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

a) - nach Steuerarten

	Ertrag für 01/2021[1] in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01/2020 in %
Steuern, Einkommen, Vermögen (gesamt)	**599.934**	**-19,6 %**
davon:		
Veranlagte Einkommensteuer	135.958	-20,1 %
Lohnsteuer	255.814	-14,0 %
Kapitalertragsteuer	17.059	47,1 %
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	5.339	1,2 %
Körperschaftsteuer	183.280	-29,2 %
Stabilitätsabgabe	1.351	-5,9 %
Sonstige Steuern (gesamt)	**491.580**	**1,9 %**
davon:		
Umsatzsteuer	258.438	0,9 %
Tabaksteuer	16.719	-17,2 %
Biersteuer	1.913	1,4 %
Mineralölsteuer	41.432	-16,0 %
Alkoholsteuer	1.410	0,6 %
Energieabgabe	13.715	41,2 %
Normverbrauchsabgabe	4.876	4,0 %
Grunderwerbsteuer (93,706 % Gemeinden)	114.226	13,8 %
Versicherungssteuer	10.209	0,7 %
Motorbezogene Versicherungssteuer	23.339	5,4 %
KFZ-Steuer	1.387	-3,7 %
Konzessionsabgabe	2.817	-9,5 %
Kunstförderungsbeitrag	0	

[1] Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) länderweise Anteile *)

	Ertrag für 01/2021[1] in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01/2020 in %
Burgenland	27.41	-11,5 %
Kärnten	65.087	-11,7 %
Niederösterreich	180.504	-10,2 %
Oberösterreich	170.523	-11,0 %
Salzburg	75.940	-9,2 %
Steiermark	135.201	-11,8 %
Tirol	95.588	-10,4 %
Vorarlberg	51.489	-12,6 %
Wien	289.772	-12,0 %
Summe	**1.091.514**	**-11,2 %**

*) ohne Zwischenabrechnung



Neue Nutzung für Hotels

Paris funktioniert Hotels in Obdachlosen-Unterkünfte um.

Viele Hotels stehen weltweit seit Beginn der Pandemie leer, während Armut und Obdachlosigkeit steigen. In Paris stehen Hotels im Luxussegment aktuell leer oder werden renoviert, günstigere Unterkünfte beherbergen Pflegekräfte oder Obdachlose. Insgesamt leben in Paris derzeit rund 12.600 Obdachlose in Hotels. In einem ehemaligen Drei-Stern-Hotel wurde etwa das sogenannte „Maison des F&ES“ eingerichtet. Hier wohnen seit vergangenem Sommer 60 Frauen, die zuvor auf der Straße gelebt haben, mit ihren Kindern. Die Mittel für die Anmietung für zwei Jahre kommen vom Ministerium für Wohnungswesen, das seit dem ersten Corona-Lockdown die Umwandlung von Hotels in Sozialunterkünfte fördert. Die Entschädigung seitens der Stadt ersetzt zwar nicht die Umsatzeinbußen, ermöglicht dem Betreiber aber, das Hotel weiterzuführen und das Personal weiter zu beschäftigen. Für die Stadt hat die Aktion einen zusätzlichen Vorteil: Bisher wurden für Obdachlose in Paris jeden Winter Unterkünfte in Turnsälen eingerichtet, wo allerdings die Regeln zum Abstandhalten nur schwer eingehalten werden können. Man möchte mehr sein als eine bloße Unterkunft, unterstreicht der Direktor des Maison des F&ES, Samir Bouaralia. So werden die Frauen und ihre Kinder – viele von ihnen mit Fluchterfahrungen – medizinisch, sozial und juristisch beraten und begleitet. Ziel ist es, aus der Obdachlosigkeit herauszukommen und nachhaltigere Wohnsituationen zu schaffen.

Umparken in München

Praxistest: Wie läuft es ohne Auto?

Die Corona-Zeit bot auch Möglichkeiten für urbane Experimente: Acht Testhaushalte haben beispielsweise in München-Schwabing einen Monat lang auf ihr Auto verzichtet. Stattdessen wurde den Menschen ein Mobilitätsbudget von 300 Euro pro Haushalt zur Verfügung gestellt. Mit diesem Geld, das in etwa den Kosten für einen Pkw im Monat entspricht, konnten die 15 Testpersonen den öffentlichen Verkehr nutzen, ein Rad oder ein Carsharing-Fahrzeug mieten. Die Autos wurden am Stadtrand abgestellt, somit gab es Platz für Urban Gardening und andere Nutzung der Freiflächen.
Am Ende der vier Wochen hatten die acht Testhaushalte durchschnittlich weniger als 200 Euro verbraucht, da die Testpersonen am liebsten mit dem Fahrrad unterwegs waren. Einzig am Wochenende wurden die Bahn und Carsharing-Angebote für Ausflüge genutzt. Hier zeigte sich auch ein Optimierungsbedarf, denn die ProbandInnen fanden die Züge oft überfüllt und die Kosten für Mietautos viel zu teuer. Drei der acht Haushalte haben am Ende der Testphase ihr Auto abgegeben.

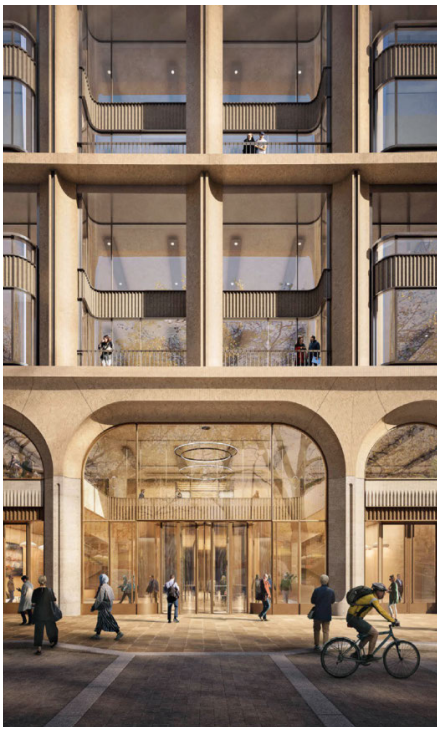
www.umparken-schwabing.de



London likes bikes

Pandemie fördert Fahrradfreundlichkeit.

Der Trend seit Beginn der Pandemie: mit dem Rad ins Büro. Folglich sind Bauträger in London neuerdings dazu angehalten, in neuen Bürogebäuden Parkanlagen für Hunderte Fahrräder einzuplanen. Außerdem sind in einigen Gebäuden eigene Räumlichkeiten für Fahrrad-Reparaturarbeiten vorgesehen und Radverleih-Stationen geplant. Die großräumigen Parkmöglichkeiten für Fahrräder, von 500 bis fast 1.700 Einzelabstellplätzen, sind barrierefrei zugänglich. Die neuen Planungsrichtlinien der Stadtverwaltung, der sogenannte „London Plan“ des Bürgermeisters Sadiq Khan, legt Mindeststandards für Kurz- und Langzeitparkplätze für Fahrräder in Bürogebäuden, Hotels, dem Einzelhandel, der Industrie und anderen Gebäuden fest. Die Richtlinien schreiben vor, dass es entsprechende wetterfeste Parkmöglichkeiten für die Fahrräder von Angestellten geben muss und auch Umkleideräume, Duschen und Spinde zur Verfügung stehen müssen. Ziel ist, Radfahren in den nächsten Jahren noch mehr zu forcieren.



Lansdowne House, Berkeley Square

© Fotos: Getty Images, Digital Hub Mobility, AHMM

Termine des Städtebundes

Aktuelle Termine bzw. Änderungen und Teilnahmelinks für Ausschüsse, Arbeitskreise und andere Veranstaltungen finden sich auf unserer Homepage www.staedtebund.gv.at.



Agenda 2030

Stadt und Land in die Zukunft denken

Welche Erfahrungen haben österreichische Städte und Gemeinden mit der Umsetzung der Agenda 2030 gemacht? Das Klimaschutzministerium, das Land Steiermark, Österreichischer Städtebund und Österreichischer Gemeindebund sowie ihre steirischen Landesorganisationen laden zur zweiten Tagung zur Agenda 2030 in Städten und Gemeinden.
Standen beim ersten Mal die globalen Nachhaltigkeitsziele und ihre grundlegende Bedeutung für Gemeinden und Städte im Vordergrund, so wird nun von ersten Erfolgen erzählt und es werden Herausforderungen gemeinsam betrachtet. Spannende Impulsvorträge und fünf Workshops mit PraktikerInnen bieten Gelegenheit zu Austausch und gegenseitiger Inspiration. COVID-19-bedingt kann es zu Änderungen kommen, die zeitgerecht kommuniziert werden.

19. April 2021, Steiermarkhof in Graz
www.agenda2030.at

Kontakt

oegz@staedtebund.gv.at



Trofaiach

Ausblick ÖGZ 3/2021

In der nächsten Ausgabe der ÖGZ geht es um Wohnen und Bauen. Bodenpolitik und Raumordnung sind ebenso Themen wie Stadtentwicklung und Energieraumplanung. Plus: zahlreiche Beispiele aus österreichischen Städten, Berichte aus der EU und ein Artikel über Stadtkonflikte.
Die Ausgabe 3/2021 erscheint am 3. März 2021.

Ausstellung Boden für Alle

noch bis 19. 7. 2021, täglich 10–19 Uhr

Kuratorinnen: Karoline Mayer und Katharina Ritter
Architekturzentrum Wien
Museumsquartier 1 im MQ
1070 Wien

Details dazu finden Sie auf www.azw.at.

Impressum: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 2/2021 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag GmbH, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Gabriele Ambros, KR Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Katharina Kunz, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-9989980, Mitarbeit: Kevin Muik • Chefin vom Dienst: Carina Wiesner, Grafische Gestaltung: Bohmann Repro-Media und Online GmbH, Lektorat: Carina Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndl-Bullens • Reproduktion: Bohmann Repro-Media und Online GmbH, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2021: 10 Ausgaben • Cover: Getty Images, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,70; Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung & Adressänderungen: +43(0)1/740 32-725, abo.oegz@bohmann.at, Anzeigenannahme und Backoffice: Daniela Borka, daniela.borka@bohmann.at, +43(0)1/740 32-733, Verkaufsleitung: Julia Rötzer, julia.roetzer@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)664 829 77 62 • Informationen zur DSGVO: www.bohmann.at • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

© Abbildung: www.un.org, Foto: Armin Russold/Foto Freisinger


CLUB
JBL
WILLKOMMEN
IM CLUB.
HOL DIR DEIN JUGENDKONTO MIT
GRATIS JBL TUNE 500BT HEADPHONES.
raiffeisenclub.at/imclub
Ab 14 Jahren, in allen teilnehmenden Raiffeisenbanken, solange der Vorrat reicht.